

Bevölkerungs- schutz



**Magazin für Zivil- und
Katastrophenschutz**



**Eurokat – eine Premiere für
den Katastrophenschutz
Brandschutzwoche 1989:
Auftakt in Wuppertal**





27 Jahre berufliche Verflechtung mit dem Katastrophenschutz, 40 Jahre Feuerwehrmann, seit 35 Jahren im Deutschen Roten Kreuz aktiv – Zeiträume, die für einen großen Erfahrungsschatz im Zivil- und Katastrophenschutz sprechen.

Menschen im Katastrophenschutz

Heute: Karlheinz Klutinus aus Euskirchen

Auf die Anfänge seiner beruflichen Laufbahn im Katastrophenschutz angesprochen, meint er, scherzhaft das Sprichwort verdrehend: „Ich bin das Übel der Wurzel.“ Doch liegt in diesem nicht ernst gemeinten Ausspruch auch ein Quentchen Wahrheit, denn so wie Karlheinz Klutinus quasi die Wurzel der Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt im rheinischen Euskirchen darstellt, so ist er selbst in mehrfacher Hinsicht im Katastrophenschutz verwurzelt.

Seit 1962 ist er hauptamtlich dabei. Anfangs als Lagerverwalter des damaligen Zentrallagers – als Ein-Mann-Betrieb die „Keimzelle“ des heutigen Betriebes –, seit 1974 als Dienststellenleiter der nunmehrigen Katastrophenschutz-Zentralwerkstatt mit 33 Bediensteten. Heute kann der Dienststellenleiter auf eine Werkstatt verweisen, die bezüglich Reparatur und Wartung in den Bereichen Kraftfahrzeug- und Fernmelde-technik sowie Atemschutz allen Anforderungen an einen modernen Betrieb entspricht. Teilweise in Eigenleistung der Mitarbeiter entstanden in den Fabrikhallen moderne und freundliche Arbeitsplätze, die keinen Vergleich mit denen der Industrie zu scheuen brauchen.

Daneben existiert unter dem Dach der Zentralwerkstatt ein Verteilerlager für ganz Nordrhein-Westfalen. Alle Geräte und Ausrüstungsgegenstände – mit Ausnahme der Fahrzeuge –, die für Katastrophenschutz-Einheiten im Lande bestimmt sind, nehmen erst einmal den Weg nach Euskirchen. Mit der Registrierung, Kontrolle und Verteilung der Güter bildet das Lager ein wichtiges Glied in der Versorgungskette.

Im Katastropheneinsatz aktiv

Wenige Wochen nach seinem beruflichen Start im Katastrophenschutz, im Februar 1962, erschütterte die Sturmflutkatastrophe von Hamburg die Öffentlichkeit. Karlheinz Klutinus erreichte der Auftrag, Decken und Matratzen nach Hamburg zu bringen. Gemeinsam mit weiteren Helfern machte man sich mit zwei Lastkraftwagen von Euskir-

chen aus auf den Weg nach Norden. Ursprünglich als Zwei-Tages-Einsatz geplant, dauerte der Einsatz schließlich eine Woche. Karlheinz Klutinus erinnert sich: „Man ließ uns einfach nicht mehr weg. Es war tatsächlich so, daß jede helfende Hand gebraucht wurde, wobei ausgebildete Helfer wie wir natürlich besonders willkommen waren. Die Katastrophenbilder von damals sind mir immer noch gegenwärtig. Und die Eindrücke haben mich an der Notwendigkeit unseres Katastrophenschutzes nie zweifeln lassen. Denn ausschließen lassen sich solch schlimme Ereignisse auch in Zukunft nicht.“

Werterhaltung im Vordergrund

Hat der Dienststellenleiter Wünsche bezüglich Verbesserungen oder Veränderungen im Katastrophenschutz? Ja, die hat er: „Daß die Qualität der Neufahrzeuge immer mehr sinkt, sollte nicht hingenommen werden. Es darf doch nicht sein, daß an jungen Fahrzeugen bereits Karosserieausbesserungen notwendig werden, während 20 Jahre alte Autos noch einwandfrei dastehen. In diesem Zusammenhang muß ich die geringer werdenden Mittelzuweisungen, etwa für Ersatzteile, ansprechen. Denn das Argument, durch die neuen Fahrzeuge würden die Instandsetzungen weniger und damit die Kosten sinken, ist eben wegen der schlechteren Qualität dieser Fahrzeuge unrichtig. Tatsächlich ist es so, daß der Aufwand steigt und schließlich mit geringeren Mitteln nicht mehr aufgefangen werden kann. Vor dieser Tatsache sollte man nicht die Augen verschließen.“

Und noch ein Punkt liegt ihm am Herzen: „Der Pflegezustand der Fahrzeuge läßt manchmal zu wünschen übrig. Man kann zwar nicht alle Helfer über einen Kamm scheren, aber es sind doch einige schwarze Schafe darunter, die ihre Fahrzeuge hier in einem Zustand abliefern, der jeder Beschreibung spottet. Verständlich, daß Fahr-

zeugpflege nicht jedermanns Sache ist. Aber es muß doch möglich sein, innerhalb einer Einheit Helfer zu bestimmen, die diese Aufgabe übernehmen und sich dafür voll verantwortlich fühlen.

Denn schließlich wurde hier aus Steuermitteln modernste Technik zur Verfügung gestellt, die es gilt, möglichst lange einsatzbereit zu halten. Wir als Werkstatt tun dazu unser möglichstes, doch nützt das herzlich wenig, wenn von seiten der Einheiten dabei nicht am gleichen Strang gezogen wird.“ – Bleibt zu hoffen, daß die Betroffenen diese Zeilen lesen und Besserung geloben.

Ehrenämter fordern Freizeit

Eine Wand im Dienstzimmer zeugt von Karlheinz Klutinus' ehrenamtlichem Engagement. Urkunden über die Verleihung der Feuerwehr-Ehrenzeichen in Silber und Gold sowie eine Ehrenurkunde des DRK und eine Verleihungsurkunde über das THW-Helferzeichen in Gold sind dort ebenso zu finden wie Urkunden über die 60. Blutspende beim DRK und die Dankmedaille für den Hamburger Sturmfluteinsatz.

Viel Freizeit fordern seine Ehrenämter auch heute noch. Der Oberfeuerwehrmann nimmt auch nach vierzig Jahren seinen Dienst in der Feuerwehr nach wie vor ernst und rückt bei jedem Einsatz mit aus. Seit 35 Jahren ist er – heute als Ausbilder in Erster Hilfe und Sofortmaßnahmen am Unfallort – für das DRK aktiv.

Eingestellt hat er seine Aktivitäten bei der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft. Lange Jahre wurde er dort als Rettungsschwimmer im Binnenland und an der Küste eingesetzt. Nicht vergessen wird er den Sommer 1969, als ihn die DLRG zur Ausbildung von Rettungsschwimmern in ein internationales Camp nach Südfrankreich schickte. Denn dieser Weg führte ihn dort mit seiner jetzigen Ehefrau zusammen. Die Familie hat sich in den vergangenen 20 Jahren auf vier Köpfe vergrößert. Wahrlich ein Einsatz mit Folgen.

9/89



ISSN 0173-7872

Umschau

Aktuelles im Blickpunkt

2

Ein Gesetzentwurf auf dem Prüfstand

Expertenanhörung vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages

6

Eine Premiere des internationalen Katastrophenschutzes 10

481 Helfer bei der „Eurokat“ im Übungseinsatz

„Deine Feuerwehr hilft – komm hilf mit“

Brandschutzwoche 1989 in Wuppertal eröffnet

22

Bundesverband für den Selbstschutz 25

Technisches Hilfswerk 32

Warndienst 39

Deutsche Rotes Kreuz 43

Arbeiter-Samariter-Bund 45

Johanniter-Unfall-Hilfe 47

Malteser-Hilfsdienst 49

Deutscher Feuerwehrverband 52

Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft 58

Presseschau des Inlands 61

Presseschau des Auslands 62

Wissenschaft & Technik 63

Bücher 64

Minimagazin U 3

Dieses Heft ist mit Ausnahme des Umschlags aus 100 Prozent Altpapier hergestellt! Helfen Sie mit, hochwertigen Rohstoff zu erhalten. Falls Sie das Bevölkerungsschutz-Magazin nicht sammeln, geben Sie das gelesene Heft – nach Entfernen des Umschlags – zur Altpapiersammlung.

Anschrift der Redaktion:

Deutscherherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Impressum

Herausgegeben im Auftrag des
Bundesministeriums des Innern vom
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutscherherrenstraße 93–95, 5300 Bonn 2,
Postfach 20 01 61, Ruf (02 28) 84 01

Verlag:

Bundesverband für den Selbstschutz
Das „Bevölkerungsschutz-Magazin“ erscheint
monatlich; im Juni/Juli und im
August/September als Doppelnummer

Chefredakteur:

O. Ulrich Weidner

Leitender Redakteur:

Peter Steinfurth

Redaktion:

Jochen von Arnim, Günter Sers,
Paul Claes

Layout:

Horst Brandenburg

Druck,

Herstellung und Vertrieb:

Bonner Universitäts-Buchdruckerei
Postfach 12 04 06, 5300 Bonn 1
Ruf (02 28) 5 46-0, Telex 17-2 283 687
Teletex 2 28 36 87, Telefax 546-150

Manuskripte und Bilder nur an die Redaktion. Für unverlangt eingesandte Beiträge keine Gewähr. Nachdruck einzelner Beiträge, auch im Auszug, nur mit Quellenangabe und mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Mit Namen gezeichnete Beiträge geben die Meinung der Verfasser wieder und müssen nicht unbedingt mit der Auffassung der Redaktion übereinstimmen.

Einzelpreis DM 2,80, Doppelnummer DM 5,60,
Abonnement jährlich DM 33,60,
zzgl. Porto und Versandkosten.

Im Bezugspreis sind 7 Prozent Mehrwertsteuer enthalten. Abonnements werden am Beginn des Bezugszeitraums berechnet. Kündigungen müssen bis 6 Wochen vor Ablauf der Bezugszeit schriftlich vorliegen, sonst verlängert sich das Abonnement um den bisher vereinbarten Bezugszeitraum. Wenn nicht ausdrücklich ein kürzerer Bezugszeitraum gewünscht ist, gilt das Kalenderjahr als vereinbart. Erfüllungsort und Zahlungsort ist Bonn.

Bei Nichterscheinen der Zeitschrift im Falle höherer Gewalt oder bei Störung des Arbeitsfriedens besteht kein Anspruch auf Haftung.



Die Welt gehört allen

Dr. Jürgen Warnke zum Informationstag Dritte Welt

Trinkwasseraufbereitung im Sudan, Erdbebenhilfe in der Sowjetrepublik Armenien – das sind nur zwei Beispiele dafür, wie die Bundesregierung das Technische Hilfswerk in den vergangenen Jahren zur humanitären Hilfeleistung im Ausland eingesetzt hat. Der Bundesminister für Wirtschaftliche Zusammenarbeit, Dr. Jürgen Warnke, hob in Zusammenhang mit dem „Informationstag Dritte Welt“ die Bedeutung dieser Hilfe hervor, die in weiten Teilen von den Kirchen und den Hilfsorganisationen DRK, ASB, JUH, MHD getragen wird.

Dr. Warnke erklärte:

„Die Welt gehört allen“. Unter diesem Motto wurde der Informationstag Dritte Welt am 12. September 1989 zum zweiten Mal durchgeführt. Unter Beteiligung verschiedener Organisationen, Verbände, politischer Stiftungen, Kirchen, Kommunen und privater Initiativen fanden zahlreiche Veranstaltungen bundesweit statt. Dabei erhielt die Bevölkerung Gelegenheit, sich umfassend über die Zusammenarbeit mit der Dritten Welt sowie die vielfältigen Probleme in den Entwicklungsländern zu informieren.

Die Bundesregierung begrüßt die Unterstützung der Entwicklungsprojekte durch die nicht-staatlichen Organisationen und die Kirchen, weil sie insbesondere die Bevölkerung in den Ländern der Dritten Welt einbezieht und so ihren Selbsthilfswillen stärkt.

Die Bundesregierung fördert die Erhaltung der Umwelt in der Dritten Welt. Auf dem Wirtschaftsgipfel der führenden sieben westlichen Industrienationen 1989 in Paris stand auf Initiative der Bundesregierung der Umweltschutz im Mittelpunkt der Be-

ratungen. Die Bundesrepublik Deutschland hat in dieser für die Zukunft der Welt wichtigen Frage die Meinungsführerschaft übernommen. Die Gipfelteilnehmer riefen dazu auf, das ökologische Gleichgewicht der Erde mit weltweiten gemeinsamen Maßnahmen zu schützen.



Dr. Jürgen Warnke

Denn: Raubbau an Land- und Waldressourcen aus blanker Not führt zu Umweltschäden, die für alle spürbar sind. Die Vernichtung der Tropenwälder verändert das Weltklima, verringert den Wasserhaushalt, bringt Verwüstung und Verkarstung bislang noch fruchtbarer Regionen mit sich.

Im vergangenen Jahr hat die Bundesregierung ihre Hilfe für die Erhaltung von Wäldern und Wiederaufforstung mehr als verdoppelt und unterstützt wesentlich die Aktivitäten des Tropenwaldaktionsplans der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Auch bei Projekten, die nicht unmittelbar den Umweltschutz zum Ziel haben, stellen wir bereits im Vorfeld sicher, daß keine negativen Wirkungen auf die Umwelt zu befürchten sind. Fällt die Prüfung unbefriedigend aus, stellen wir die Förderung des Projekts ein.

Der Umwelterstörung liegt aber nicht nur die Not des Einzel-

nen zugrunde. Schuldenlast und Wirtschaftskrisen verleiten auch staatliche Stellen zu ökologisch fragwürdigen Projekten. Hier helfen nicht allein Strategien zur Umwelterhaltung, sondern sind Maßnahmen zur Schuldenerleichterung und Wirtschaftsförderung gefragt. Die Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in den Entwicklungsländern kommt uns allen zugute. Den Industrieländern, weil sie auf den Import von Rohstoffen aus der Dritten Welt angewiesen sind und den Entwicklungsländern, die dringend Devisen aus ihren Exporten benötigen. Entwicklungszusammenarbeit ist also Eine-Welt-Partnerschaft, da wir alle aufeinander angewiesen sind.

Diese Partnerschaft bewährt sich auch in der Ausbildung von Fachkräften aus den Entwicklungsländern bei uns. Fortbildungsprogramme für Fach- und Führungskräfte sowie Stipendien für den wissenschaftlichen Nachwuchs an deutschen Hochschulen helfen den Entwicklungsländern, eine Schicht qualifizierter Fachkräfte aufzubauen und tragen damit zur gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung bei. Die bei uns Ausgebildeten wirken in ihrer Heimat auch als Sympathie- und Informationsträger für uns, denn ihre Fähigkeiten und Erfolge schaffen Vertrauen in die Entwicklungspolitik der Bundesrepublik Deutschland, das unerlässlich ist für eine wirksame und fruchtbare Zusammenarbeit.

Seit über 30 Jahren wird international Entwicklungshilfe geleistet. Seitdem sind wirtschaftliche und soziale Erfolge erzielt worden. Doch im Mittelpunkt der Entwicklungshilfe steht noch immer die Bekämpfung der Massenarmut in den Ländern der Dritten Welt. Mangelnde Befriedigung von Grundbedürfnissen ist die Ursache zahlreicher Probleme der Entwicklungsländer.

Der Kampf gegen Hunger und Armut kann nicht von außen gewonnen werden. Er hat nur Aussicht auf Erfolg, wenn die Bevölkerung in den Entwicklungsländern selbst daran mitarbeitet. Entwicklungshilfe ist deshalb Hilfe zur Selbsthilfe. Staatliche und nicht-staatliche Organisationen unterstützen gemeinsam die Eigenanstrengungen der armen Bevölkerungsgruppen, ihre Lebensbedingungen zu verbessern.

Erhaltung der Umwelt, Förderung der Wirtschaftsstruktur, Ausbildung und Armutsbekämpfung – diese vier Felder der Entwicklungszusammenarbeit zeigen schlaglichtartig, daß Entwicklungshilfe nichts zu tun hat mit einseitiger Verteilung von Almosen. Sie ist Zusammenarbeit, die beiden Seiten nutzt. Und sie ist eine Investition in die Zukunft unserer Partnerländer wie in die Zukunft unseres eigenen Landes.

Plädoyer für den Katastrophenschutz

Der Niedersächsische Innenminister Josef Stock informierte sich am 12. Juli 1989 in der Katastrophenschutzschule in Bad Nenndorf über Ausbildungsinhalte, Ausstattung der Fachdienste und Unterbringung der Teilnehmer.

Dem Hinweis auf die in der heutigen Zeit immer deutlicher in den Vordergrund tretenden Akzeptanz- und Motivationsprobleme in der Öffentlichkeit und bei den Helfern begegnete er mit der Überlegung, daß „die Feuerwehr ja auch nicht abgeschafft wird, wenn es lange nicht gebrannt hat. Niemand zerreißt seine Versicherungspolice, wenn kein Schadensfall eingetreten ist.“

Weiter führte er aus, daß das Thema Katastrophenschutz auch politisch einen hohen Stellenwert haben muß. Im Zeichen weltpolitischer Veränderungen sollten aber auch die bisher hauptsächlich auf den Verteidigungsfall ausgerichteten Lerninhalte überdacht werden.



Schulleiter Stanowski (Mitte) und Lehrgruppenleiter FmDi Vogel (rechts) erläutern Innenminister Stock (links) die Fachdienstausstattung der Schule

Der Minister zeigte sich sehr angetan darüber, daß der bisher schon hohe Stellenwert der Schule, die in den zurückliegenden 26 Jahren über 50 000 Helfer ausge-

bildet hat, durch in Kürze anstehende Neubauten für ein Übungsgelände und Modernisierungsmaßnahmen für rd. 7 Millionen Mark verbessert werden soll.

BVS-Direktor Schuch: 25 Jahre öffentlicher Dienst

Auf 25 Jahre Tätigkeit im öffentlichen Dienst kann der Direktor des Bundesverbandes für den Selbstschutz, Helmut Schuch, zurückblicken. Aus diesem Anlaß überreichte ihm der Leiter der Zentralabteilung des Bundesinnenministeriums, Ministerialdirektor Banspach, eine Ehrenurkunde. Banspach würdigte die Verdienste des BVS-Chefs, der diese Funktion seit dem 1. August

1981 innehat. Als Leiter der Verwaltungsabteilung des BVS hatte der heute 50jährige Volljurist damals die Nachfolge des BVS-Direktors Artur Franke angetreten. Seine berufliche Laufbahn hatte Schuch in der Innenverwaltung des Landes Baden-Württemberg begonnen. Dann wechselte er ins Bundesministerium des Innern (BMI), bevor er 1975 die Verwaltungsabteilung des BVS über-



nahm. Unser Bild zeigt bei der Verleihung der Urkunde (von links nach rechts): Ministerialrat Fock (Leiter des Referates KN 3 – Selbstschutz, Warndienst, Katastrophenschutzhubschrauber im Rettungswesen, fernmeldeorganisatorische Angelegenheiten der Zivilen Verteidigung), Ministerialdirektor Banspach, Ministerialrat Starke (Leiter des Referates Z 2

– Personalangelegenheiten der zum Geschäftsbereich des BMI gehörenden Dienststellen), den Personalratsvorsitzenden der BVS-Bundeshauptstelle, Dipl.-Ing. Neckermann, Ministerialdirigent Beyer (Leiter der Abteilung KN – Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung) und BVS-Direktor Schuch.

Foto: Steinfurth

4. Arkat-Fachtagung

Zukunftsorientierte Konzepte gefordert

„Ein zukunftsorientiertes Gesamtkonzept und integriertes System für ein personales, materielles und informationstechnisches Zusammenwirken aller Einsatzkräfte im Katastrophenschutz ist nicht vorhanden“, so Klaus-Dieter Kühn, Vorsitzender des Bundesverbandes der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen

Rettungsdienst und Katastrophenschutz bisher lediglich ansatzweise entwickelt wurden. Kühn forderte in Bad Gandersheim nachdrücklich eine systematische Überprüfung und Erneuerung bestehender Konzeptionen.

„Die gegenwärtige Konzeption des Katastrophenschutzes geht noch immer von der Tatsache aus, daß dieses Potential zunächst für den Verteidigungsfall aufgestellt und auch auf diese Erfordernisse ausgerichtet ist, weniger aber den friedensmäßigen Anforderungen heute gerecht wird; sei es von der Ausstattung her, von der Führungskonzeption, der Organisation und Ausbildung“, erläuterte der Arkat-Vorsitzende den Sachstand. Das Problem liegt für Kühn darin, bei den unterschiedlichen Führungs- und Organisationsstrukturen der Katastrophenschutzverbände einen Einsatz vernünftig zu koordinieren. Dabei geht es insbesondere um die Abstimmung zwischen den einzelnen Diensten, seien es staatliche oder freiwillige Organisationen, von der Polizei über die Feuerwehr bis hin zu Rettungsdiensten und gegebenenfalls der Bundeswehr sowie dem Bundesgrenzschutz.



Fordert neue Konzeptionen im Katastrophenschutz; der Arkat-Bundesvorsitzende Klaus-Dieter Kühn

des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland (Arkat), auf der 4. Fachtagung des Verbandes Mitte September in Bad Gandersheim (Niedersachsen).

Der Arkat-Vorsitzende kritisierte vor rund 300 aktiven Mitgliedern aus einzelnen Verbänden die sich mit dem Katastrophenschutz beschäftigen, darunter Vertreter der Polizei, der Feuerwehr, der Rettungsdienste und der Katastrophenschutzbehörden, daß neue Konzepte für die Zusammenarbeit von Feuerwehr,

Aufgrund richtungsweisender Initiativen insbesondere von Ärztekammern, Katastrophenschutzorganisationen und Bundeswehr seien auf dem Gebiet der Koordination von notfallmedizinischen und technischen Rettungsmaßnahmen schon entscheidende Fortschritte zu verzeichnen, führte Kühn in seinem Vortrag „Konzeptionelle Neuorientierung im Katastrophenschutz und Zusammenarbeit der Hilfeleistungs-

tentiale auf kommunaler Ebene" aus. Nach den Vorstellungen des Arkat-Vorsitzenden muß die Einsatzführung vor Ort nach dem Prinzip „schneller kleiner Regelkreise“ zwischen den jeweils tätigen Hilfeleistungssystemen gestaltet werden. Dies einschließlich einer schadensfallbezogenen Integration der jeweils örtlich verfügbaren Fach- und Führungskompetenz sowie der Planung und Organisation der Gefahrenabwehr durch kürzere Informationswege und teilweise dezentrale Organisationsformen. Des weiteren hält Kühn eine Anpassung von Ausbildung und Technik an die neuen Herausforderungen unserer Zeit für dringend erforderlich. Denn der technisch-wissenschaftliche Fortschritt hat in den letzten Jahren besonders in den dicht besiedelten Industriegebieten die Gefahr des Eintretens von Großunglücks- und Katastrophenfällen wahrscheinlicher werden lassen. Die Gefährdungspotentiale für den Menschen und seine Umwelt sind weltweit angestiegen.

Auch Manfred Gallwitz, Leiter der Ministerialrat im Niedersächsischen Innenministerium und Referent auf der 4. Arkat-Tagung, verwies auf eine deutliche Schwerpunktverlagerung in der Gefahrenenerwartung. „Mit speziellen Techniken müssen diese neuen Gefahren bekämpft werden“, so Gallwitz.

Ebenso wichtig sei die bundesweite Zusammenarbeit im Katastrophenfall, die sich mittlerweile schon auf EG-Ebene ausgeweitet habe. Gallwitz betonte vor dem Tagungsplenum, daß der Staat den Katastrophenschutz als eine seiner fundamentalen Für- und Vorsorgepflichten auffaßt. „Wir alle wissen, daß dies von staatlichen Stellen allein nicht geleistet werden kann. Hier sind wir auf den Dienst und den Einsatz der vielen tausend freiwilligen Helfer angewiesen.“ —sm—

Staatssekretär Robert Ruder: Alle notwendigen Vorhaben können 1989 gefördert werden

Die Feuerwehren des Landes Baden-Württemberg können auch 1989 mit namhaften Zuwendungen

rechnen. Wie Staatssekretär Robert Ruder vom baden-württembergischen Innenministerium am 11. Sept. 1989 mitgeteilt hat, trägt das Aufkommen aus der Feuerschutzsteuer, die nur für Zwecke der Feuerwehren und des vorbeugenden Brandschutzes verwendet werden darf, dieses Jahr voraussichtlich 72 Mio. DM. Davon fließen den Gemeinden und Landkreisen ca. 80 % in Form von Zuwendungen für Bau- und Beschaffungsmaßnahmen zu. Die restlichen ca. 20 % werden im wesentlichen für die Erweiterung und die Unterhaltung der Landesfeuerweherschule in Bruchsal, für die Unfallfürsorge der Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren

und für die Verbesserung des Nachrichtenwesens - Alarmierung und Sprechfunk - verwendet. Auch 1989 kann nach Darstellung des Staatssekretärs jedes feuerwehrtechnisch notwendige und zweckmäßige Vorhaben gefördert werden. „Die hohe Einsatzbereitschaft, der hervorragende Ausbildungsstandard und die gute Ausstattung der Feuerwehren geben dem Bürger die Sicherheit, daß die Feuerwehren ihre vielfältigen Aufgaben auch in Zukunft bewältigen können“, erklärte Ruder.

Nach Darstellung von Staatssekretär Ruder wurden 1989 bisher 54,6 Mio. DM an Haushaltsmitteln und 30 Mio. DM an Verpflichtungsermächtigungen, insgesamt

also 84,6 Mio. DM, zur Bewilligung von Zuwendungen an die Gemeinden zur Verfügung gestellt. Ca. 17 Mio. DM entfallen auf die Förderung von Baumaßnahmen der Feuerwehren und ca. 23 Mio. DM auf die Beschaffung von Feuerwehrfahrzeugen und Geräten, im wesentlichen Ersatzbeschaffungen.

In den Jahren 1985-1989 wurden Fördermittel von rund 300 Mio. DM verteilt. Zusammen geben die Gemeinden, die Landkreise und das Land jährlich ca. 430 Mio. DM für Bau- und Beschaffungsmaßnahmen für die Feuerwehren aus.

Katastrophenalarm an der Ostsee

Sachschäden in Millionenhöhe verursachten Ende August ein schwerer Nordoststurm mit Orkanböen bis zu 120 Stundenkilometern sowie sintflutartige Regenfälle an der schleswig-holsteinischen Ostseeküste. Tausende von Mitarbeitern der Feuerwehren, Polizei, Rettungsdienste, des Technischen Hilfswerks sowie des Deutschen Roten Kreuzes waren rund um die Uhr im Einsatz. Allein in Hamburg mußte die Feuerwehr sechszigmal ausrücken, um auf Straßen und Schienen umgestürzte Bäume aus dem Weg zu räumen. Katastrophenalarm wurde in dem am stärksten betroffenen Kreis Plön ausgerufen, wo rund 2 000 Helfer im Einsatz waren. Dort drohte aufgrund der

starken Regenfälle ein Deich nahe der Gemeinde Hohenfelde zu brechen. Mehrere Einwohner mußten von den Hilfsmannschaften vorübergehend evakuiert werden.

In Sicherheit gebracht wurden auch über 500 Urlauber von Campingplätzen sowie Hausbewohner in anderen betroffenen Gebieten, wo es in kürzester Zeit zu großen Überschwemmungen kam.

Menschen wurde der Sturm vor allem in den zahlreichen Sportboothäfen an der Ostseeküste gefährlich. Ganz besonders in Mitleidenschaft gezogen war der Hafen von Wendtorf an der Kieler Außenförde. Dort lagen zur Zeit des Unwetters nahezu 300 Boote.

Feuerwehr und Wasserschutz-

polizei fanden ein Chaos aus ineinander verkeilten und gestrandeten Schiffen vor.

Rettungshubschrauber der Bundesmarine mußten aufsteigen, da es an Land keinerlei Kenntnisse darüber gab, ob sich in den teilweise extrem zerstörten Booten noch Menschen befanden.

Speziell im Falle von Wendtorf aber hätten die Marineflieger, so die Aussage des zuständigen Flottenkommandos, nichts ausrichten können. „Man kann keinen Haken in das Gewirr hinablassen. Man will einen Menschen bergen und zieht eine ganze Yacht hoch“, erläuterten die Fachleute vor Ort.

Mitglieder der Wasserschutzpolizei sowie der Feuerwehr gerieten bei der Rettung von Havarierten oftmals selbst in Lebensgefahr.

Denn da der orkanartige Sturm über Nacht hereinbrach, war es aufgrund der Dunkelheit und des hohen Seegangs äußerst schwierig, die Menschen von Bord zu bergen.

Zumal sich einige Bootseigner „sehr unvernünftig“ verhielten, wie Georg Fleischmann, Amtsleiter des Kreisordnungsamtes Plön und zuständig für alle Rettungseinsätze im Kreisgebiet, berichtete.

„Manche weigerten sich, rechtzeitig von Bord zu gehen“.

Die Besatzungen seien „teil-



Chaos aus ineinander verkeilten Schiffen; hier der Yachthafen in Mönkeberg.



Ein Bild der Verwüstung auf dem Campingplatz in Laboe.



Mühsame Aufräumarbeiten auf Schleswig-Holsteins Straßen nach dem Sturm. (Fotos: Rebehn)

weise unverantwortlich lange an Bord geblieben“, kritisierte auch der Plöner Landrat Joachim Wege manche Verhaltensweisen. Einige Sportschiffer hätten von der Polizei unter Androhung von Gewalt aufgefordert werden müssen, ihre Boote zu verlassen, so der Kreis-Chef.

Großen Einsatz zeigten aber nicht nur die „Seenot Helfer“, sondern auch jene, die sich bemühten, Straßen und Schienen

im schleswig-holsteinischen Binnenland freizuhalten.

„Bis wir einen Baum von der Straße geholt haben, sind ein paar Meter weiter schon drei andere umgefallen“, schilderte ein Mitarbeiter des THW die katastrophalen Zustände. Starke Überschwemmungen auf Straßen und Autobahnteilstrecken erschwerten die Aufräumarbeiten zusätzlich.

-sm-

Minister Schnoor ehrt Goldmedaillengewinner

Nordrhein-Westfalens Innenminister Dr. Herbert Schnoor hat den Löschgruppen der Freiwilligen Feuerwehren Olpe und Rheurdt/Schaepfysen (Kreis Kleve) zur Goldmedaille bei den Internationalen Feuerwehrwettkämpfen des Internationalen Technischen Komitees für vorbeugenden Brandschutz und Feuerlöschwesen

(CTIF) in Polen gratuliert und ihnen in Düsseldorf für ihren ehrenamtlichen Einsatz gedankt. Sie hätten das Land Nordrhein-Westfalen auf internationaler Ebene vorbildlich vertreten.

Das CTIF veranstaltet seit 1961 alle vier Jahre Internationale Feuerwehrwettkämpfe. Bei dem diesjährigen Treffen in Warschau waren über 20 Nationen mit mehr als 2 000 Feuerwehrfrauen und -männern vertreten. Jeweils neun Teilnehmer bilden eine Wettkampfgruppe.

Daß sich Freiwillige Feuerwehren aus Nordrhein-Westfalen internationale Wettkämpfen stellen, die ein großes Maß an Können voraussetzen, verdiene eine besondere Anerkennung. „Es ist gleichzeitig ein Beweis dafür, daß sich der Bürger in unserem Land auf unsere Freiwilligen Feuerwehren verlassen kann“, erklärte Schnoor.

Der Innenminister dankte auch dem Landesfeuerwehrverband, der seit rd. 25 Jahren den Gedanken der sportlichen Leistung bei den Feuerwehren durch die Stiftung des Feuerwehr-Leistungsabzeichens fördert.

Der Weg zu den Internationalen Feuerwehrwettkämpfen führt über Landes- und Bundesausscheidungen. Nur wer hier die vordersten Plätze belegt, qualifiziert sich für diesen herausragenden Leistungswettbewerb. „Diese

Wettkämpfe, aber auch das Training selbst, bringen immer wieder große Strapazen mit sich und erfordern erhöhte Willenskraft“, meinte Schnoor.

Der Wettbewerb in Warschau wurde nach den internationalen Richtlinien des CTIF, die 1961 in Bad Godesberg beschlossen wurden, durchgeführt. Er besteht aus einem feuerwehrtechnischen und einem sportlichen Teil. Der feuerwehrtechnische Teil beinhaltet einen Löschangriff als Trockenübung, bei dem drei C-Rohre vorgenommen werden müssen. Kriterien für die Bewertung sind Schnelligkeit und fehlerfreie Durchführung. Der sportliche Wettkampf besteht aus einem 9 x 100 m langen Hindernislauf. Auf der Gesamtstrecke sind als Hindernisse ein Balken, eine Holzwand und ein Kriechrohr eingebaut.

30 Jahre SAR-Dienst der Bundeswehr



Vor 30 Jahren begann bei der Bundeswehr der SAR-Dienst. Oberste Aufgaben dieses SAR (Search and Rescue)-Dienstes ist es, überfällige Luftfahrzeuge zu suchen und die Insassen zu retten. Heute fliegen die Hubschrauber der SAR-Kommandos und der SAR-Rettungszentren über 90 % ihrer Einsätze im zivilen Bereich. In den 30 Jahren wurden über 130 000 Rettungseinsätze geflogen. (Foto: Rahe)

ADAC rechnet mit der günstigsten Unfallstatistik aller Zeiten

Trotz eines um 3,4 Prozent gewachsenen Kfz-Bestandes und einer um 5,1 Prozent gestiegenen Fahrleistung wird es zum Jahresende zur günstigsten Unfallbilanz seit Beginn der amtlichen Statistik in der Bundesrepublik kommen. Dies geht aus einer Unfallprognose des ADAC hervor, wonach zum Jahresende mit etwa 7 600 Verkehrstoten zu rechnen ist. Das wären 7,5 Prozent weni-

ger als noch vor einem Jahr. Den Höchststand verzeichneten die Statistiker im Jahr 1970 mit 19 193 Verkehrstoten.

Auch die 89er Unfallbilanz wird rückläufig sein. Die polizeilich erfaßten Unfälle werden voraussichtlich von 2 022 455 auf rund 1 985 000 (-1,9 Prozent) sinken, an Verletzten werden mit 440 000 (Vorjahr 448 233) um 1,8 Prozent weniger registriert werden.

Ein Gesetzentwurf auf dem Prüfstand

Das Gesetz zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes: Breite Zustimmung bei den Hilfsorganisationen und strikte Ablehnung durch die Zivilschutzgegner

„Einzigster Punkt der Tagesordnung: Öffentliche Anhörung von Sachverständigen zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Katastrophenschutzgesetzes und anderer Vorschriften – und zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung – Entwurf eines Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der Helfer der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk“. So lautete die Mitteilung, die der Vorsitzende des Innenausschusses des Deutschen Bundestages, Hans Gottfried Bernrath (SPD), zur 62. Sitzung des Ausschusses am Freitag, dem 6. Oktober 1989, herausgegeben hatte. Das Gesetzgebungsverfahren ging damit – nach Behandlung im Bundesrat und erster Lesung am 21. Juni 1989 im Deutschen Bundestag – in seine entscheidende Phase. Das Katastrophenschutzergänzungsgesetz (KatSErgG) stand nunmehr auf dem „Prüfstand“. Nicht weniger als 15 Sachverständige als Repräsentanten der Hilfsorganisationen, der Ärzteschaft, der Gewerkschaften, der kommunalen Spitzenverbände und weiterer Interessengruppierungen, die – salopp formuliert – künftig mit diesem Gesetz „leben müssen“, waren um ihre Stellungnahmen gebeten.

Um das wesentliche Ergebnis vorwegzunehmen: Es wurde sehr deutlich, daß der Gesetzentwurf auf eine überaus breite und grundsätzliche Zustimmung bei diesen Sachverständigen stieß, während die ablehnenden Voten von den Vertretern der „Internationalen Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges“ (IPPNW) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes ebenfalls wenig überraschten. Verfassungsjuristische Bedenken an einigen vorgesehenen Regelungen machte eine Professorin für öffentliches Recht geltend, wobei – wie so oft in Fragen des Rechts – eine große Mehrheit der anwesenden Juristen wie der Bundestagsabgeordneten dieser Sachverständigen nicht folgen mochten.

KatSG war ein erster Schritt

Blenden wir jedoch zunächst auf die Historie zurück. Vor über zwanzig Jahren, 1968, wurde mit dem Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes (KatSG) die rechtliche Grundlage für die Vereinheitlichung des Katastrophenschutzes von Bund und Ländern gelegt. Bis dahin hatten der Katastrophenschutz der Länder und der sogenannte „Luftschutzhilfsdienst“ des Bundes, letzterer vorgesehen für die Hilfe in einem Verteidigungsfall, quasi nebeneinander existiert. Das KatSG brachte die entscheidende und vernünftige Verknüpfung der Schutzaufgaben in Frieden und Krieg, indem nämlich die Potentiale von Ländern und Bund sich nunmehr ergänzen und vor allem wechselseitig nutzbar gemacht werden sollten. Aus personellen, materiellen und finanziellen Gründen war dieser Schritt nur logisch und zeitgemäß.

In der Folgezeit ist wiederholt bemängelt worden, daß die Rechtsmaterie auf eine Reihe von Gesetzen aufgesplittert wurde und – so die Begründung in einem Papier des Bundesministeriums des Innern – „nur noch Fachleute den notwendigen Überblick“ haben. Der Deutsche Bundestag hatte deshalb am 3. Juli 1980 einstimmig die Bundesregierung aufgefordert, „die Zivilschutzgesetzgebung zu vereinfachen und zu verbessern“. Diesem Auftrag kam das Bundesinnenministerium mit entsprechenden Gesetzentwürfen nach, die im Laufe der Zeit – Insider wissen dies – verschiedene Änderungen und Fassungen erfuhren.

Ergänzungen und Fortschreibungen

Worum geht es konkret bei diesem Gesetz? In der Begründung des Gesetzentwurfs heißt es: „Das mehr als zwei Jahr-

zehnte im wesentlichen unverändert gebliebene Katastrophenschutzrecht des Bundes soll in Teilbereichen erneuert und fortgeschrieben werden.“ Das bisherige Gesetz über die Erweiterung des Katastrophenschutzes soll durch folgende Regelungen ergänzt werden

- die Mitwirkung der humanitären Organisationen
- die Bildung eines Katastrophenschutzbeirats
- die Organisation und Aufgaben der Bundesanstalt Technisches Hilfswerk
- die Umwandlung des Bundesverbandes für den Selbstschutz in eine unselbständige Bundesanstalt
- eine persönliche Hilfeleistungspflicht von Männern und Frauen im Verteidigungsfall
- Planungen und Maßnahmen zur Verbesserung der gesundheitlichen Versorgung der Bevölkerung
- Sonderregelungen für die Aufgabenübertragung an Beamte im Spannungs- und Verteidigungsfall.

Bemerkenswert ist, daß eine Verpflichtung zum Bau von Schutzräumen, die ursprünglich einmal in der Diskussion gewesen war, nicht mehr enthalten ist. Auch wird offensichtlich auf eine separate Vorlage des vor Jahren vom Bundesministerium für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit als Referentenentwurf erarbeiteten Gesundheitssicherstellungsgesetzes verzichtet; statt dessen enthält das KatSErgG einige Regelungen zu diesem Bereich, jedenfalls erheblich weniger, als Fachleute eigentlich als nötig erachten.

Der im Juni im Bundestag eingebrachte Entwurf (siehe unsere Ausgabe 6–7/89, Seite 9ff.) fand bei den Regierungsparteien und – abgestuft – der SPD generelle Verhandlungsbereitschaft sowie bei den Grünen strikte Ablehnung. Bundesinnenminister Dr. Schäuble hatte den Entwurf mit der Erklärung, es sollen rechtliche Lücken geschlossen werden, die die Leistungsfä-

higkeit des Katastrophenschutzes insgesamt beeinträchtigen und mit der verfassungsmäßigen Pflicht des Bundes, der Bevölkerung in Notlagen durch organisierte Hilfe beizustehen, begründet. Der Entwurf war nach dieser ersten Lesung federführend dem Innenausschuß überwiesen worden.

Pro und Kontra im Meinungsstreit

Den schon erwähnten Sachverständigen hatte der Ausschuß dann vorab einen detaillierten, insgesamt zwanzig Fragen umfassenden Katalog zur Stellungnahme zugeleitet. Ferner erhielten die Experten in der Anhörung am 6. Oktober 1989 Gelegenheit zu grundsätzlichen Statements. Eingeladen waren im einzelnen:

Arbeiter-Samariter-Bund
ARKAT (Verband der Arbeitsgemeinschaften der Helfer in den Regieeinheiten/-einrichtungen des Katastrophenschutzes in der Bundesrepublik Deutschland e. V.)
Bundesärztekammer
Bundesverband für den Selbstschutz
Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft
Deutscher Beamtenbund
Deutscher Feuerwehrverband
Deutsches Rotes Kreuz
Deutscher Gewerkschaftsbund
IPPNW
Johanniter-Unfall-Hilfe
Kommunale Spitzenverbände
Malteser-Hilfsdienst
Verein der Helfer und Förderer des THW
Frau Prof. Dr. Diemut-Mayer, Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung.

Aus den Stellungnahmen der Sachverständigen an diesem Freitagvormittag ergab sich dann noch einmal, wie sich Pro- und Kontra-Argumente zueinander verhalten bzw. wo die Gegner des Gesetzes ihre Probleme sehen. Unter Vorsitz des stellvertretenden Ausschußvorsitzenden Franz Heinrich Krey (CDU) fand das Hearing statt, dem die Zivil- und Katastrophenschutzexperten der Fraktionen mit großem Interesse folgten, um nur die prominentesten zu nennen: Johannes Gerster und Joachim Kalisch von der CDU, Hermann Fellner (CSU), Dr. Burkhard Hirsch (FDP) und Manfred Such von den Grünen.

Kurz und eindeutig: die Statements

Dem Wunsch des Vorsitzenden entsprechend fielen die Stellungnahmen erfi-

schend kurz, aber auch eindeutig aus. So begrüßte Horst Frentrup als Sprecher des THW-Helfer- und Fördervereins das Gesetz, vor allem natürlich den Entwurf des THW-Helferrechtsgesetzes, und betonte: „Das gemeinsame Hilfeleistungssystem hat sich bewährt.“ Das THW sei dankbar, daß man gemeinsame Einsatzerfahrungen machen könne. Frentrup sprach sich ergänzend für eine Personalreserve des THW, also den „Reservehelfer“ aus. Schließlich setzte sich der THW-Sprecher – wie fast alle folgenden Redner – für eine baldige Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen aus.

Eine gemeinsame Erklärung für die vier Sanitätsorganisationen ASB, DRK, JUH und MHD gab Dr. Hartwig Schlegelberger (DRK) ab. Auch er begrüßte den Entwurf des Gesetzes und drückte die Erwartung aus, daß der Gesetzentwurf zügig verabschiedet wird: „Ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.“ Schlegelberger machte darauf aufmerksam, die Helfer seien zunächst Mitglieder der Organisationen und würden erst im Einsatzfall dem Hauptverwaltungsbeamten (HVB) unterstellt. Außerdem erwarten die Organisationen, daß sie im Stab des HVB einen Platz erhalten.

Der nächste Sprecher, Klaus Dieter Kühn für die ARKAT, erklärte gleichfalls Zustimmung zum Gesetzentwurf: „Die Regieeinheiten begrüßen die ersten Schritte zur Integration aller Hilfspotentiale.“ Allerdings will die ARKAT künftig vom HVB „angehört und angemessen beteiligt werden“. Kühn meinte, zur Zeit sei die Organisation der Regieeinheiten noch zu sehr auf einen Verteidigungsfall abgestellt; man wünsche sich eine stärkere Orientierung auf Friedensaufgaben.

Helmut Schuch stellte für den Bundesverband für den Selbstschutz (BVS) fest: „Die Fortschreibung und Anpassung der gesetzlichen Grundlagen des Bevölkerungsschutzes insgesamt begrüße ich grundsätzlich, weil ich der Meinung bin, veränderte Rahmenbedingungen und Weiterentwicklungen erfordern gesetzgeberische Konsequenzen.“ Der BVS-Vertreter unterstrich die Bereitschaft, erweiterte Aufgaben der Öffentlichkeitsarbeit für den Bevölkerungsschutz übernehmen zu wollen, falls eine Zusammenfassung der im Gesamthaushalt des Bundes für Zivilschutz-Aufklärung veranschlagten Mittel erfolgt. Schuch sah sich dabei in Übereinstimmung mit den Berichtserstatern des Haushaltsausschusses. Im Hinblick auf die Rechtsform des Verbandes – das Gesetz sieht die Umwandlung in eine Bundesanstalt vor – zitierte Schuch den Präsidenten des BVS, wonach sich die gemeinsame Trägerschaft von Bund, Ländern und Kommunalen Spitzenverbänden bewährt habe und beibehalten werden sollte – ein Votum, das auch die Bundesländer mehrheitlich unterstützen.

Zur Mitarbeit bereit

Ein weiteres „Ja“ zum Gesetz formulierte Herr Wiest für die DLRG. Wiest erklärte, bisher gebe es zwar für seine Organisation noch keine einheitliche Mitwirkung im Katastrophenschutz, da die Zuordnung des Wasserrettungsdienstes Schwierigkeiten bereite: „Der Wasserrettungsdienst sollte aber integraler Bestandteil des Katastrophenschutzes werden.“ Die DLRG sei bereit, nicht nur in der Wasserrettung, sondern auch mit dem übrigen Hilfspotential mitzuwirken. So könne man das Ausbilderpotential für die Erste Hilfe und die Herz-Lungen-Wiederbelebung mit einbringen. Im übrigen möchte die DLRG ebenfalls einen Sitz im Stab des HVB.

Kurz und knapp fiel auch die Stellungnahme des Deutschen Feuerwehrverbandes, vorgetragen von Bundesgeschäftsführer Voßmeier, aus: Die Feuerwehren begrüßen es, daß nach über zehn Jahren die Novellierung hoffentlich noch in dieser Legislaturperiode zum Abschluß kommt. Voßmeier meinte aber auch, die Berichte des Bundesrechnungshofes über Teilbereiche des Zivilschutzes sollten im Gesetz ihren Niederschlag finden.

Keine Hilfe im Atomkrieg

„Hier fließt militärisches Denken in den Katastrophenschutz ein“, monierte Dr. Flux von der IPPNW und betonte, mit Blick auf die gesundheitliche Vorsorge, seine Organisation lehne seit Jahren alle Versuche ab, das Gesundheitswesen für einen Verteidigungsfall zu organisieren. Es gebe keine Hilfe im Atomkrieg, deshalb sei keine Vorbereitung möglich; man nähre nur die Hoffnung, daß es Schutz geben könnte. Insofern bringe das Gesetz „keine wirkliche Verbesserung für den Schutz des Menschen“. Wenn überhaupt möglich, könne man in einem „drohenden Inferno“ allenfalls die Leiden mindern. Das Gesetz sollte deshalb in Richtung Katastrophenschutz umstrukturiert werden, denn die IPPNW halte den Ausbau des Rettungswesens und die Ausbildung in Katastrophenmedizin für sinnvoll. Der Bezug auf den Verteidigungsfall wird dagegen für falsch gehalten.

Gegensätzlicher konnte direkt im Anschluß das Petition der Bundesärztekammer, vertreten durch Prof. Dr. Rebentisch, nicht ausfallen: Die Landesorganisation der deutschen Mediziner meint nämlich, der gesundheitliche Bereich sei im Gesetz nur „sehr zurückhaltend“ berücksichtigt worden, gleichwohl sei ein „deutlicher Fortschritt“ festzustellen. Gerade seit der Katastrophe von Ramstein müsse man Forderungen erheben, um die medizinische Versorgung angesichts solcher Ereignisse si-

cherzustellen. „Wir unterstützen sehr diesen Gesetzentwurf“, erklärte Prof. Dr. Rebentisch und ergänzte, daß man sich eine „Signalwirkung auf die Landeskatastrophenschutzgesetze“ erhoffe, um im Gesundheitswesen zu Verbesserungen zu kommen.

Prof. Hammer, Justitiar der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und Vertreter des Deutschen Gewerkschaftsbundes, lehnte das Gesetz ab, weil er es für „Augenwischerei“ halte, zu glauben, in einem Verteidigungsfall könne es Hilfe geben. Bei Einsatz von Atomwaffen müßten alle Mittel versagen, deshalb sollte man sich auf einen „zivilen Katastrophenschutz in Friedenszeiten“ konzentrieren und jegliches falsches Sicherheitsgefühl vermeiden. Außerdem müsse man die Gefahr der „Verwischung von Kompetenzen“ zwischen Bund und Ländern sehen. Der vorliegende Gesetzentwurf sei ein „Notstandsgesetz“, der die „Glaubwürdigkeit der Friedens- und Entspannungspolitik“ gefährde. Die ÖTV halte das Gesetz im Hinblick auf die derzeitige Politik für „kontraproduktiv“ und lehne es auch deshalb ab: „Frieden ist die einzige wirksame Vorsorge.“

Rainer Schwierzinski, Deutscher Beamtenbund, erklärte die grundsätzliche Zustimmung zu dem Gesetzesvorhaben, wies aber auf „Fragen im dienstrechtlichen und organisatorischen Bereich“ hin. Der DBB setze sich für eine effiziente Gesamtorganisation des Zivilschutzes des Bundes ein, verbunden mit einer besseren Struktur. Insofern fordere man angesichts der vier Bundeinrichtungen, Bundesamt für Zivilschutz, Bundesanstalt THW, Bundesverband für den Selbstschutz und Akademie für zivile Verteidigung, ein „organisatorisches Gesamtkonzept“.

Mehr Geld vom Bund gefordert

Der Sprecher der kommunalen Spitzenverbände, Herr von Hausen, sah in dem Gesetzentwurf zwar die Interessen der Organisationen berücksichtigt, stellte dafür die Frage, was mit den Interessen der Träger des Katastrophenschutzes auf unterer Ebene, der Kommunen, sei. Er habe „erhebliche Zweifel“, ob das Hilfeleistungssystem im Verteidigungsfall funktioniert; es gebe zu wenig Helfer, zu wenig Schutzplätze und die Gesundheitssicherstellung werde durch das neue Gesetz „nicht ausreichend berücksichtigt“. Schließlich fehle eine klare Kostenregelung zwischen Bund, Ländern und Kommunen; so sollte z. B. der Bund auf die „kleinliche Kostenerstattung“ bei THW-Einsätzen verzichten. Von Hausen forderte ein „stärkeres finanzielles Engagement des Bundes“, weil derzeit die „finanzielle Lei-

stung des Bundes unverhältnismäßig „niedrig“ sei. Last but not least: Die Vertretung der Organisationen im Stab des HVB sollte nicht festgeschrieben, sondern eher als Empfehlung gegeben werden.

Die Professorin für öffentliches Recht an der Fachhochschule des Bundes für öffentliche Verwaltung, Dr. Diemut-Meyer, die als Rechtsexpertin geladen war, gab ein kurzes Gutachten ab, das bei der Vielzahl der anwesenden Juristen teils heftige Verwunderung auslöste. Dazu muß man einerseits wissen, daß besagte Fachhochschule zum Geschäftsbereich des Bundesinnenministeriums gehört, andererseits der Bundesminister des Innern bekanntlich auch Verfassungsminister ist und man deshalb – drittens – kaum glauben kann, nach so langer Vorgeschichte und gründlicher Vorberatung könnte aus diesem Hause schlicht Verfassungswidriges kommen. Ein für den Nichtjuristen jedenfalls erstaunliches Stück auf offener Bühne, zumal der Bundesjustizminister seinerzeit die Kabinetttvorlage auf – wie es heißt – „Rechtsförmlichkeit“ geprüft hatte.

Nicht verfassungskonform?

Prof. Diemut-Mayer unterteilte ihre gravierenden Bedenken in grundsätzliche und einzelne Gesichtspunkte. Grundsätzlich gelte, gesetzliche Regelungen seien nur erforderlich, wenn ein Bedarf besteht. Somit stelle sich die Frage, ob die bisherigen Regelungen für den Zivilschutz nicht ausreichten. Hierzu fehle eine Prognose. Im einzelnen stellte die Expertin einen Regelungsbedarf im Falle der Zivilschutz-Dienstpflicht ebenso in Frage wie die Verpflichtung der Beamten im Spannungs- und Verteidigungsfall. Sind zusätzliche Kräfte im Zivilschutz erforderlich oder nicht, jedenfalls gehe die Zivilschutz-Dienstpflicht zu weit. „Große verfassungsrechtliche Bedenken“ sah Frau Diemut-Mayer auch in der Kompetenz- und Organisationsform des Bevölkerungsschutzes, wo nach ihrer Meinung allerhand „durcheinandergeht“, was die Bundes- und Länderaufgaben anbetrifft. So seien „mehr Kompetenzen des Bundes“ festzustellen, verschiedene Behörden hätten die gleichen Aufgaben, es entstehe eine „Mischverwaltung“. Dies halte einer verfassungsgerichtlichen Prüfung nicht stand, konstatierte die Juristin. Daß die Kostenregelung ebenfalls unklar sei und die „Herabstufung“ des BVS zu einer unselbständigen Anstalt mit folgendem Verlust von Rechten nicht nur bedenklich, sondern verfassungsrechtlich nicht haltbar sei, vervollständigte sie schließlich mit den Zweifeln an den Friedensaufgaben des THW die harsche Kritik an den Urhebern der beiden Gesetzentwürfe.

Gegensätze bleiben unüberbrückbar

Gewiefte Kenner der zivilschutzpolitischen Landschaft stellten nach diesem Experten-Auftakt einmal mehr fest: Es gibt keinen Steg, geschweige denn eine Brücke zwischen den Beschwörern des „atomaren Infernos“ (IPPNW) und den Vertretern einer Verbesserung der Vorsorge allgemein. Dabei sind sich eigentlich beide Seiten zumindest darüber einig, daß jeder Krieg mit aller Macht zu verhüten ist. Bloß ob dies mit oder ohne Vorsorge besser und richtig ist, da scheiden sich die Geister heftig. Die Argumente werden, ja man kann sagen, seit Jahren immer wieder ausgetauscht, so auch an diesem Freitag vor dem Innenausschuß des Deutschen Bundestages. Eine Annäherung war jedenfalls nicht erkennbar.

Fragen der Abgeordneten

Hatten bis zu diesem Punkt die Mitglieder des Ausschusses aufmerksam die Statements verfolgt, so gestalteten sie die anschließende Diskussion, die weitere interessante Aspekte zutage förderte.

Abgeordneter Joachim Kalisch (CDU) sprach dem Schutz der Bevölkerung „großen Rang“ zu und wandte sich gegen die Behauptung, es würden „Kriegsvorbereitungen“ betrieben. MdB Dr. Wilhelm Nöbel stellte die Frage, inwieweit ärztliche Hilfe im Katastrophenfall – zum Beispiel bei einem Kernkraftwerksunfall – möglich sei. Dr. Burkhard Hirsch (F.D.P.) vermochte der Behauptung einer „totalen Erfassung des Gesundheitswesens“ nicht zu folgen und bat um Erklärung. MdB Such (Grüne) forderte eine „aktualisierte Bedrohungslage“ und meinte, es sollten das Bevölkerungsschutzprogramm und die weiteren Berichte des Bundesrechnungshofes zu Teilbereichen des Zivilschutzes abgewartet werden, ehe man die vorliegenden Gesetzentwürfe weiterverfolge. Johannes Gerster (CDU) hielt die angesprochene „Mischverwaltung“ für angemessen und „verfassungsmäßig in einem föderativen Staat gewollt“.

Ist Hilfe möglich?

Prof. Dr. Rebentisch (Bundesärztekammer) verdeutlichte noch einmal: Ohne Vorbereitung und Organisation ist effektive medizinische Hilfe in Katastrophenfällen nicht möglich. Helmut Schuch (BVS) beantwortete die Frage nach den Möglichkeiten einer Hilfe mit der Feststellung, im unwahrscheinlichen Atomkrieg gebe es keine solche Hilfe für den Menschen. Aber bei allen

anderen denkbaren abgestuften Szenarien sei Hilfe möglich und nötig.

Dr. Schlegelberger (DRK) meinte, in dem Gesetz könne er „keine kriegsfördernde Maßnahme“ sehen. Herr Himmels (MHD) stellte klar, daß seine Organisation „keine Kriegsförderungsgesellschaft“ sei.

Demgegenüber sprach Prof. Hammer (DGB) von einem „großen Defizit im Katastrophenschutz“, das die Organisationen zwingt, die „Angebote des Bundes anzunehmen“. Der Aufbau des Katastrophenschutzes sei zu forcieren und nicht am Kriegsfall zu orientieren. Als Hammer befürchtete, das vorliegende Gesetz könnte eines Tages „mißbraucht“ werden, griff der Ausschußvorsitzende Krey ein – solche Interpretationen gingen den Politikern dann doch zu weit.

Frau Prof. Diemut-Meyer wies nochmals auf die ihrer Meinung „unentwirrbare Verzahnung von Bund und Ländern“ und die „Mischverwaltung“ hin, die nicht verfassungskonform sei. Herr von Hausen als Vertreter der kommunalen Spitzenverbände sah dagegen keine derartige Mischverwaltung, sondern eine klassische Auftragsverwaltung, wie sie auch für andere Aufgaben üblich ist.

Effektive Vorsorge gefordert

In dieser abschließenden Diskussionsrunde wurde von den Sprechern verschiedentlich erneut die Ratifizierung der Zusatzprotokolle zu den Genfer Abkommen bei der Bundesregierung angemahnt, weil man übereinstimmend in diesen völkerrechtlichen Regelungen entscheidende Verbesserungen für den Schutz des Menschen in bewaffneten Konflikten erkennt – und auch für den Schutz der dann eingesetzten Helfer selbst. Daß die Zusatzprotokolle allerdings die Signatarstaaten verpflichten, für den Schutz der Bürger auch effektiv zu sorgen, ist übrigens der wenig beachtete, aber zwingende Umkehrschluß.

Chronisten sollten sich hüten, in Spekulationen oder gar Prophetie zu verfallen, aber es reizt doch, die Frage nach dem „Wie geht es weiter?“ versuchen zu beantworten. Der Innenausschuß hat schließlich selbst am 7. Oktober 1987 festgestellt, der Schutz der Bevölkerung vor Katastrophen und schweren Unglücksfällen aller Art – gleich, ob durch Naturereignisse, technische Unfälle, menschliches Versagen usw. verursacht – fundamentale Aufgabe des Staates ist.

Vorbeugende und abwehrende Maßnahmen im Frieden und im Verteidigungsfall stehen gleichberechtigt nebeneinander. Der Ausschuß hat per Beschluß die Bundesregierung u. a. aufgefordert, ihre bisherigen Zivilschutzvorkehrungen zu verstärken und weitgehend auch an den Schutzbedürfnissen der Bevölkerung gegenüber großflächigen und folgenschweren Gefahren in Friedenszeiten auszurichten.

Der Gesetzentwurf, der die auch nach Meinung des Bundesinnenministers derzeit bestehenden erheblichen Mängel des Bevölkerungsschutzsystems abbauen soll, liegt auf dem Tisch. Die deutlichen zustimmenden Signale der großen Mehrheit jener, die das Gesetz – wie sagt man so schön? – mit Leben erfüllen sollen und wollen, dürften ihre Wirkung nicht verfehlen. Die zweite und dritte Lesung des Gesetzes im Deutschen Bundestag soll dem Vernehmen nach bereits am 16./17. November 1989 erfolgen. Steht der Abschluß eines jahrelangen Verfahrens unmittelbar bevor? – uwe –



Der Deutsche Bundestag wird sich voraussichtlich im November mit dem Entwurf des Katastrophenschutz-Ergänzungsgesetzes in zweiter Lesung befassen.

Eine Premiere des internationalen Katastrophenschutzes

481 Helfer und 87 Fahrzeuge aus Belgien, der Bundesrepublik Deutschland und den Niederlanden bei der „Eurokat“ im Übungseinsatz

„Der Teufel steckt oft im Detail“, hatte Dr. Gerd Langguth, Leiter der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, über die Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten gesagt. Auch für die erste grenzübergreifende Katastrophenhilfeübung „Eurokat“ sollte dies zutreffen: Es sind nur noch jene Kleinigkeiten, Verständigungsschwierigkeiten und unterschiedliche Auffassungen in Detailfragen, die das reibungslose Zusammenspiel der Europäer verzögern. So war denn schon allein das Zustandekommen einer „grenzenlosen“ Übung im Dreiländereck bei Aachen ein Erfolg an sich, dem die Helfer aus Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland gerecht werden mußten. Eine nicht immer ganz leichte Aufgabe im Sprachgewirr von Flämisch, Französisch und Deutsch unter der Aufsicht von Regierungsvertretern aller drei Länder. Gleichzeitig sollte „Eurokat“ die praktischen Voraussetzungen schaffen für den Fall, daß schnelle Nachbarschaftshilfe über die Grenzen hinweg wirklich einmal notwendig werden sollte – also kein Einsatz im „Sonnenscheinanzug“. Vor diesem Hintergrund wird deutlich, was der niederländische Einsatzleiter Jongen bei der Schlußbesprechung meinte, als er sagte, er habe viele „schöne Fehler“ gesehen.

Hans Schröder, Katastrophenschutz-Direktor beim Kölner Regierungspräsidenten, war der Mann, bei dem auf deutscher,

sprich nordrhein-westfälischer Seite, alle Fäden zusammenliefen. Auch er hat Fehler notiert, die mit den Partnern jenseits der Grenzen besprochen werden müssen. Doch es wird noch eine Weile dauern, ehe mit einer endgültigen Auswertung von „Eurokat“ zu rechnen ist. In einem Punkt sind sich jedoch alle Beteiligten schon jetzt einig: Nur eine praktische Übung konnte die Schwachstellen so deutlich offenlegen, wie es auf dem Bahnhof im belgischen Montzen gelungen ist. Sie beweist auch, welche Sy-

steme sich bei Zusammenarbeit bewähren – und das ist die deutliche Mehrheit.

Das besondere Augenmerk bei der Auswertung gilt jedoch den offensichtlichen Fehlern und den Möglichkeiten, sie „am grünen Tisch“ auszumerzen. Die nächste grenzüberschreitende Übung ist nämlich noch nicht in Sicht, der belgische Innenminister Louis Tobback und seine niederländische Amtskollegin O.Y.V. de Graaf-Nauta sowie Wolfgang Riotte, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Nordrhein-



Acht brennende Güterwaggons, die mit Ammoniumnitrat beladen sind – dieses Bild bot sich den Übungsteilnehmern auf dem Bahnhof im belgischen Montzen.

Westfalen, halten eine zweite „Eurokat“ für grundsätzlich denkbar.

Im Gespräch mit dem Bevölkerungsschutz-Magazin faßte Hans Schröder seine ersten Eindrücke und die offensichtlichsten Schwachpunkte zusammen:

- Die Löscharbeiten am Zug begannen zu früh. Bei einem echten Schadensereignis wäre dadurch die Stickoxyd-Konzentration in der Atemluft derartig angestiegen, daß



Wasser war Mangelware bei der Eurokat: Die Förderstrecke mit einer Nenn-Leistung von 5000 Litern pro Minute funktionierte erst kurz vor Ende der Übung.

die Bergung der Verletzten nur noch unter schwerem Atemschutz möglich gewesen wäre. Zusätzliche Verletzungen durch die giftigen Dämpfe wären bei den Passagieren des Zuges unvermeidlich gewesen.

- Die Wasserversorgung lief nur stokkend. Erst bei Ende der Übung füllte sich einer der zwei Schläuche, die mit einer Leistung von 3000 Liter pro Minute fest eingeplant waren.



Die Bergung konzentrierte sich anfangs zu sehr auf die Türen des Zuges, wodurch immer nur eine begrenzte Zahl von Helfern direkt zupacken konnte.

- Abtransport und Versorgung der Verletzten waren nicht ausreichend organisiert. Erst im Einsatz zeigte sich beispielsweise, daß eine deutsche Trage nicht in ein niederländisches Fahrzeug paßt.

- Zu- und Abfahrt zum Bahnhofsgelände waren nicht eindeutig geregelt. So standen sich mehrfach zwei Fahrzeuge mit Blaulicht gegenüber, ohne das klar gewesen wäre, wer nun Vorfahrt hat.

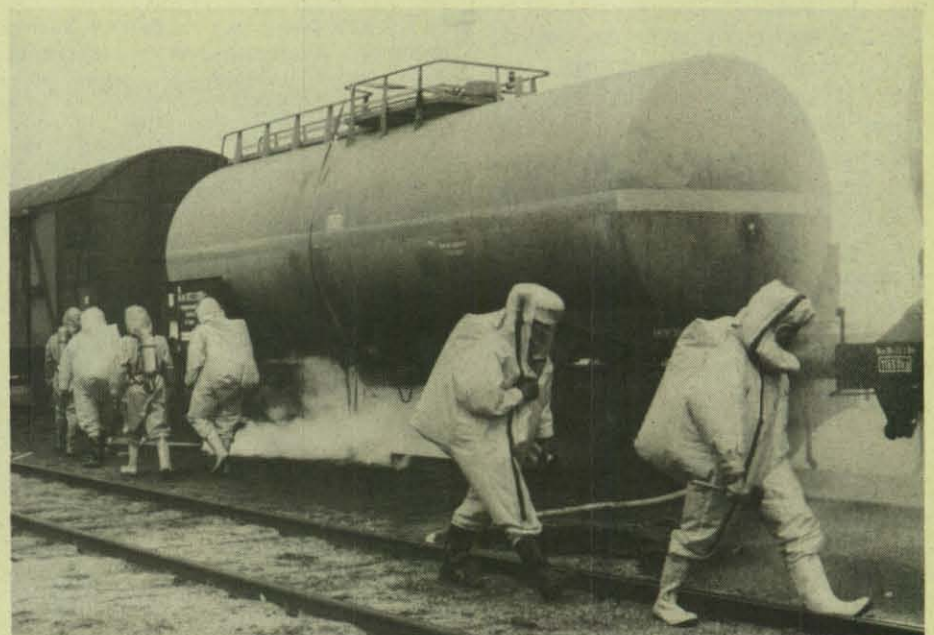
- Schaulustige und Pressevertreter behinderten den Ablauf stärker, als dies im tatsächlichen Fall zu erwarten wäre. So baten gleich mehrere Fernsehteams den belgischen Innenminister zu einem Interview – zehn Meter vom Einsatzort entfernt.

- Sprachprobleme und technische Schwierigkeiten behinderten den Ablauf weit weniger, als dies zunächst vermutet worden war. Das System, komplette Einheiten für verschiedene Aufgaben einzusetzen, hat sich bewährt. Die Hauptschwierigkeit verlagert sich dadurch in Richtung Einsatzleitung, wo die sprachliche Verständigung durch mehrsprachige Verbindungskräfte weitgehend sichergestellt wurde. In diesem Bereich sind jedoch weitere Fortschritte möglich.

- Als „Erfolg auf der ganzen Linie“ wertet Schröder den Einsatz der deutschen ABC-Einheit, die innerhalb von zwei Stunden insgesamt 110 Schutzanzüge dekontaminierte und damit den ständigen Einsatz aller 32 vorhandenen Vollschutz-Anzüge gewährleisten konnte. Hans Schröder: „Im tatsächlichen Schadensfall ist nicht damit zu rechnen, daß



Die Türen des Zuges waren schwer zu knacken: Um einen Zusammenstoß zweier Züge zu simulieren, waren sie teilweise zugeschweißt worden.



Einsatzkräfte in Vollschutzanzügen nehmen sich des Kesselwagens an. Die gefährliche Fracht macht sich mit gelblichen Dämpfen bemerkbar: Chlor!



EUROKAT

auch nur eine annähernd ausreichende Zahl an Schutzanzügen zur Verfügung steht. Nur durch schnelle Dekontamination ist der Einsatz der Atemschutzgeräteträger im ständigen Wechsel aufrecht zu erhalten!“ Ähnlich verhält es sich auch mit den Atemluftflaschen: Mit zwei Großkompressoren füllte die mitgebrachte Atemschutzgeräte-Werkstatt insgesamt 240 Flaschen, wobei ein fahrbares Gerät der belgischen Protection Civile zur Verfügung gestellt wurde, deren 10 Flaschen schon bald ohne Druck waren. Entscheidender Punkt war jedoch die „Schnittstelle“ zwischen dem Personenzug, in dem bis zu 200 Verletzte zu retten waren, und dem brennenden Güterzug. Angesichts der acht brennenden Waggons mit der Ammoniumnitrat-Ladung war mit Stickoxiden in Bodennähe zu rechnen, was sich eindrucksvoll durch rotbraunen Qualm dokumentierte. Ein Kesselwagen stand in einer gelblichen Wolke, was auf Chlorgas schließen ließ. Laut Drehbuch gab es in dieser Situation nur eins: Eine dichte Wasserwand mußte Retter und Verletzte von den giftigen Gasen abschirmen. Erst als alle Passagiere den Zug verlassen hatten und sich in ausreichender Entfernung zum Zug befanden, durfte mit den eigentlichen Löscharbeiten begonnen werden. Bis dahin, so sah es das Drehbuch vor, mußte die Thermik des Großfeuers genutzt werden, die den Großteil der giftigen Gase in höhere Luftschichten befördern würde. Gleichzeitig wäre mit einer deutlichen Verdünnung – und damit geringeren Gefährlichkeit – der Wolke zu rechnen. Tatsächlich stand jedoch nicht genug Löschwasser zur Verfügung, weil die beiden Hauptversorgungsschläuche beim Verlegen Schaden genommen hatten. Die Wasserwand mußte mit einem Zehntel der geplanten Fördermenge auskommen. Gleichzeitig begannen (viel zu früh) die ersten Löscharbeiten an den Güterwaggons, was den verfügbaren Wasservorrat weiter schmälerte. Hans Schröder glaubte: „In diesem Fall wären die Insassen der ersten beiden Personenwaggons nicht mehr zu retten gewesen. Auch die Bergungseinheiten, die nicht unter schwerem Atemschutz voringen, hätten Vergiftungen davongetragen.“

Die Wasserversorgung machte jedoch noch mehr Sorgen: Eine Pumpe der belgi-

Fotos: GÜNTER SERS und PETER STEINFURTH



Ein belgischer Meßtrupp im Einsatz. Bei Anstieg der Stickoxid-Konzentration mußte die Verletzensammelstelle sofort verlegt werden.



Ein Erfolg auf der ganzen Linie: Schnelle Dekontamination der Vollschutzanzüge sicherte den ständigen Einsatz der so ausgerüsteten Atemschutzgeräteträger.



Die Verletzten-Darsteller spielten ihre Rolle sehr überzeugend. THW-Bergungshelfer haben alle Mühe, einen Schock-Verletzten zurückzuhalten, der den Abtransport seiner Frau verhindern will.



Die Verletzten-Sammelstelle lag nur wenige Meter vom Zug entfernt.



Die THW-Spitze im Einsatz: „Ich wurde vom Einsatzleiter zum Anpacken eingezogen“, sagte THW-Direktor Gerd Jürgen Henkel (links) später.

schen Protection Civile (der Zivilschutz, der in Belgien aus hauptamtlichen Helfern besteht und einen großen Teil des Katastrophenschutzes abdeckt) versagte und zwei Schläuche platzten bei dem Versuch, die fehlende Fördermenge wenigstens teilweise durch mehr Druck auszugleichen. Sogar ein Hydrant ließ die Montzener Feuerwehr im Stich: Statt der erhofften 800 Liter lieferte er

nur knapp die Hälfte des dringend benötigten Löschwassers. Zu diesem Zeitpunkt erstellten die niederländischen Einsatzkräfte zwei Wasserförderstrecken mit je 150 Millimeter Durchmesser. Acht Kupplungen des von einem Schlauchwagen verlegten Schlauchmaterials hatten nach dem Verlegen der Strecken den Dienst versagt. Als Ursache wurde vermutet, daß die Alumi-

nium-Gußteile beim Aufprall auf den Straßenasphalt zu Bruch gegangen waren. Später hieß es, ein schwerer Lastwagen habe die acht Kupplungen beim unsachgemäßen Überfahren einer Schlauchbrücke beschädigt. Das Auswechseln der Kupplungen dauerte bis kurz vor Ende der Übung.

Ebenso wie der gesamte Löscheinsatz am Zug standen auch die Rettungs- und Ber-

Katastrophenschutzübung

EUROKAT 1989

Eingesetzte Kräfte

	Brandschutz		Rettung		ABC		Sanitätsdienst	
	Fahrzeuge	Personal	Fahrzeuge	Personal	Fahrzeuge	Personal	Fahrzeuge	Personal
B	12	52	6	50	12	25	4	12
BRD	8	52	4	38	2	60	11	50
NL	8	52	6	40	0	0	14	50



THW und DRK kümmern sich gemeinsam um einen Verletzten.



Die Atemschutz-Werkstatt: Mit zwei Großkompressoren wurden hier 240 Flaschen gefüllt – eine reife Leistung.



EUROKAT



Der niederländische Einsatzleiter Jongen: „Ich habe viele schöne Fehler gesehen!“



Realitätstrend? Ein Interview mit einem Schwerverletzten – nur wenige Meter vom Einsatzort entfernt.

gungsarbeiten unter belgischer Leitung. Entsprechend der Lage und den tatsächlichen Anfahrtszeiten begannen zunächst belgische Einheiten in den Zug vorzudringen. Nacheinander trafen dann niederländische und deutsche Bergungseinheiten ein und unterstellten sich der belgischen Einsatzleitung. Beobachter bemängelten später, daß sich die Bergungseinheiten zunächst nur auf die Türen der Waggons konzentriert hätten, statt in kleineren Trupps auch durch die Fenster vorzugehen. So hatte ein großer Teil der Männer warten müssen, bis die Türen endlich geöffnet waren. Dies gestaltete sich schwieriger als erwartet: Um verkeilte Türen wie bei einem Zusammenstoß zu simulieren, waren die Zugänge zum Teil zugeschweißt worden.

Nachdem die Helfer dann zügig einen Verletzten nach dem anderen aus den innen total verwüsteten Waggons befreiten, begannen die Probleme im Sanitätsbereich. Die Verletzten, von Mimen aus Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik überzeugend dargestellt, wurden zunächst in unmittelbarer Nähe des Zuges abgelegt; dann war offensichtlich nicht klar, wie es weitergehen sollte. Krankenwagen fuhren teilweise bis direkt an den Zug heran, in

anderen Fällen suchten Träger vergeblich nach Sanitätspersonal, das ihnen den Verletzten abnehmen sollte. Nach etwa einer halben Stunde richteten die vereinigten Sanitätskräfte dann einen Verbandsplatz etwa 20 Meter vom Zug entfernt ein, was im tatsächlichen Schadensfall wohl kaum als sichere Distanz anzusehen gewesen wäre.

Pressevertreter aus den beteiligten Län-

dern behinderten die Bergungsarbeiten erheblich, indem sie direkt an den Zug herantreten. Die ersten Kamerateams, die diesen Vorstoß gewagt hatten, standen den übrigen nun „im Bild“, so daß auch die anderen Fotografen und Kameraleute näher herangingen. Das zur Absperrung gedachte rot-weiße Flatterband aus Kunststoff vermochte dies ebensowenig zu verhindern wie die



Pressekonferenz am Einsatzort: Belgiens Innenminister Louis Tobback wurde von Journalisten umlagert.



EUROKAT



Fachgespräch am Rande: Katastrophenschutzfachmann Fundter vom niederländischen Innenministerium, die niederländische Innenministerin de Graaf-Nauta, Ministerialdirigent Wolfgang Beyer, Leiter der Abteilung Katastrophen-/Zivilschutz, Notfallvorsorge, Zivile Verteidigung im Bundesinnenministerium (von links nach rechts) und Wolfgang Riotte, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (ganz rechts)

eingesetzten Ordner, deren Aufforderungen nur wenige Folge leisteten. Bei tatsächlichem Austreten von Stickoxiden wäre dieser Andrang wohl deutlich geringer ausgefallen.

Erst wenn man bedenkt, daß auf dem Montzener Bahnhof immerhin 481 Helfer aus drei Ländern mit 87 Fahrzeugen im

Einsatz waren, relativiert sich die Zahl der Pannen und Schwierigkeiten. Am Ende einer solchen Übung gerät dann leicht in Vergessenheit, wie viele sachkundige Handgriffe eben nicht daneben gingen, welcher Aufwand an modernster Technik reibungslos funktionierte und wie viele Anweisungen zur richtigen Zeit die richtige Wirkung erziel-



Aufmerksam verfolgen Beobachter und Aktive aus ganz Europa die erste Auswertung der Übung im Montzener Gemeindesaal.

ten. So ist auch das Fazit zu verstehen, das Hans Schröder zieht: „Die Übung war Gold wert. In allen Gesprächen am grünen Tisch lernt man seine Partner nicht so einzuschätzen wie in zwei Stunden einer solchen Übung. Wir haben jetzt praktische Grundlagen, von denen wir ausgehen können, wir kennen unsere Schwächen und die der anderen, wenn es um eine solche grenzübergreifende Zusammenarbeit geht. Das schafft gegenseitiges Vertrauen. Wir werden die Fehler für die Zukunft zwar nicht zu hundert Prozent abstellen können – aber die Wahrscheinlichkeit, daß man den gleichen Fehler zweimal macht, ist doch sehr gering. Und das war schließlich der Sinn der Sache: Fehler erkennen und ausschalten.“

Befragt nach den herausragenden Erkenntnissen und Schlüssen, die daraus in Zukunft gezogen werden sollen, meinte Schröder: „Abgesehen von den technischen Pannen, die bei jeder Übung und bei jedem Einsatz vorkommen können, liegt das Haupt-Tätigkeitsfeld bei der Koordination, die sich durch die Sprachprobleme noch erschwert. Wir brauchen dennoch keine Dolmetscher, die ständig neben jedem Helfer stehen, sondern Verbindungsleute, die nicht nur die Sprache des jeweils anderen sprechen, sondern sich auch auf fachlichem Gebiet auskennen. Das Tätigkeitsfeld solcher Leute liegt an den Berührungspunkten der verschiedenen Systeme, also im Fernmeldebereich, in den Einsatzleitungen und an jenen Einrichtungen vor Ort, die von allen genutzt werden. Wenn das klappt, gibt es kaum noch Unterschiede zu nationalen Einsätzen, weil die einzelnen Einheiten ja sowieso eingespielte Teams sind.“ Auch die „Nachlese“ der ersten grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe-Übung ist gesichert. Auf die entsprechende Frage des Bevölkerungsschutz-Magazins sagte der Staatssekretär im Nordrhein-Westfälischen Innenministerium, Wolfgang Riotte: „Vertreter aller fünf beteiligten Regierungspräsidenten und des Bundesinnenministeriums werden die gewonnenen Erkenntnisse weiterverarbeiten.“

Wo und wann eine Folgeübung stattfinden kann, ist noch nicht besprochen worden. Angesichts der Zeit, die für Vorlauf und Auswertung einer solchen Veranstaltung notwendig ist, wird es jedoch noch einige Jahre dauern.“ Auch der belgische Innenminister Louis Tobback und seine niederländische Kollegin D.Y.V. de Graaf-Nauta zeigten sich im Rahmen der abschließenden Pressekonferenz in Montzen zufrieden mit der Übungs-Premiere. PS

Zweite internationale Konferenz

Die Münchener Verhandlungen wurden in Aachen fortgesetzt

Der „Startschuß“ für die erste europäisch-grenzüberschreitende Katastrophenhilfeübung fiel am Konferenztisch: Am 26. April 1988 gaben die Vertreter der Partnerstaaten, mit denen die Bundesrepublik Deutschland gegenseitige Katastrophenhilfeabkommen geschlossen hat, grünes Licht für die „Eurokat“. Die Übung soll auf der Grundlage der Abkommen möglichst viele Berührungspunkte schaffen und gleichzeitig überschaubar bleiben. Die Wahl des Dreiländerecks bei Aachen als Schauplatz der Übung war also im wahrsten Sinne des Wortes „naheliegend“. Nachdem die „Arbeitsgruppe Euregio Maas-Rhein“, bestehend aus Katastrophenschutz-Experten der Niederlande, Belgiens und der Bundesrepublik Deutschland, den praktischen Übungsverlauf vorbereitet hatte, lud Bundesinnenminister Dr. Wolfgang Schäuble die Repräsentan-



Carl-Dieter Spranger Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium stellte in seiner Eröffnungsrede die thematischen Schwerpunkte der Aachener Tagung vor.

ten der Partnerstaaten zur „2. Internationalen Konferenz über gegenseitige Katastrophenhilfe“. Naheliegend auch hier Ort und Zeit: Aachen, 31. August 1989, ein Tag vor Beginn der „Eurokat“.

Neben den Vertretern der Partnerstaaten und der EG-Kommission nahmen als Gäste Delegierte aus Norwegen, Finnland und Großbritannien teil, die auch später den praktischen Verlauf der Übung beobachteten. Carl-Dieter Spranger, Parlamentarischer Staatssekretär im Bundesinnenministerium, verdeutlichte in seiner Eröffnungsrede die thematischen Schwerpunkte der Tagung:

- die bilaterale Zusammenarbeit im Katastrophenschutz in Europa
- die Auswirkungen des europäischen Binnenmarktes auf den Brand- und Katastrophenschutz

STELLENAUSSCHREIBUNG

Beim Bundesverband für den Selbstschutz, bundesunmittelbare Körperschaft des öffentlichen Rechts (Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern), sind nachfolgend aufgeführte Stellen zu besetzen:

1. Fachgebietsleiter/in für Öffentlichkeitsarbeit der BVS-Landesstelle Niedersachsen

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort

2. Leiter/in der BVS-Dienststelle Wuppertal

Verg.-Gr. IV a BAT – ab sofort

Die Bewerber sollen über umfangreiche Kenntnisse auf dem Sektor des Zivilschutzes – insbesondere des Selbstschutzes – verfügen.

Bis zum Abschluß der Fachausbildung erfolgt die Eingruppierung eine Vergütungsgruppe niedriger.

Wir bieten außer einer angemessenen Vergütung die im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bei gleicher Eignung erhalten schwerbehinderte Bewerber den Vorzug.

Bewerbungen mit vollständigen Unterlagen (Personalbogen mit Lichtbild, Lebenslauf, Ausbildungs- und Befähigungsnachweisen) sind bis zum 31. 10. 1989 zu richten an:

Bundesverband für den Selbstschutz

– Bundeshauptstelle –
Deutscherrenstr. 93–95
5300 Bonn 2

Personalbogen wird auf schriftliche Anforderung übersandt.

Bei ha Beschäftigten des BVS genügt formlose Bewerbung auf dem Dienstweg.

● die Entwicklung eines umfassenden Bekämpfungssystems gegen Gefahrguttransportunfälle.

Nachfolgend geben wir die Rede des Parlamentarischen Staatssekretärs in weiten Teilen wieder:

„Die Bundesrepublik Deutschland hat inzwischen mit allen Nachbarstaaten Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen abgeschlossen.

Europa ist gefordert

Das letzte wurde kurz vor Weihnachten vorigen Jahres mit der Republik Österreich unterzeichnet. Ausgenommen sind bisher allerdings die im Osten und Südosten angrenzenden Nachbarstaaten, das heißt die DDR und die CSSR. Ich bedauere dies. Die Bundesrepublik Deutschland wird sich auch weiterhin bemühen, mit den östlichen Nachbarn zu entsprechenden oder ähnlichen Vereinbarungen zu kommen, wie mit den üblichen Anrainerstaaten. Bei dieser Gelegenheit darf ich Ihnen mitteilen: Die Sowjetunion hat nach der Erdbebenkatastrophe in Armenien und während der deutschen Hilfeleistung im Erdbebengebiet ihr Interesse an einer bilateralen Katastrophenhilfevereinbarung mit der Bundesrepublik Deutschland bekundet. Wir haben inzwischen einen Vertragsentwurf über die deutsche Botschaft in Moskau dem sowjetischen Außenministerium zugeleitet und warten nun dort auf eine – hoffentlich positive – Reaktion. Ich habe mir berichten lassen, daß auch die anderen europäischen Staaten in West-, Nord- und Südeuropa mit ihren Nachbarstaaten Abkommen über bilaterale Hilfeleistung bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen geschlossen haben oder dabei sind, dies zu tun. Damit entsteht ein immer dichter werdendes Netz von bilateralen Vereinbarungen der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe, das nicht nur unter fachlichen Aspekten, sondern auch politisch einen sehr hohen Stellenwert hat. Nach meiner Meinung ist damit nicht nur der schnelle grenzüberschreitende Zugang von Katastrophenschutzressourcen des Nachbarlandes möglich. Wichtig ist auch, daß dies über die vorher vereinbarten Ansprechpartner in kürzester Zeit realisiert werden kann, denn gerade bei Katastrophen und lebensbedrohenden Notständen gilt das Sprichwort: „Schnelle Hilfe ist doppelte Hilfe“.

„Nachbarschaftshilfe“

Grenzüberschreitende Beziehungen zu Nachbarstaaten sind auch in diesem Bereich Maßnahmen der Außenpolitik. Derart politisch motivierte Nachbarschaftshilfe impliziert in der Regel einen wichtigen Beschleunigungseffekt in der Umsetzung. Daher sollte die bilaterale Hilfeleistung über die Grenzen hinweg nach meiner Auffassung auf jeden Fall die Grundlage für die nachbarschaftliche Unterstützung in Fällen von Katastrophen und anderen schweren Notständen sein und bleiben.

Für ein zusätzlich konkurrierendes supranationales Hilfeleistungssystem besteht meines Erachtens kein Bedürfnis. Die Katastrophenschutzmaßnahmen, die auf den Zivilschutzministertagungen von 1987 bis 1988 beschlossen worden sind, sind nach dem Willen der Zivilschutzminister in das bilaterale Hilfeleistungssystem sinnvoll und effektiv einzuordnen. Die Katastrophenschutzmaßnahmen der EG, wie etwa das Korrespondentennetz, das Vademecum, die Gefahrstoffdatenbankverzeichnisse, das Glossar der Katastrophenschutzterminologie, der einheitliche europäische Notruf und vieles andere stellen nützliche Ergänzungen zu den bilateralen Aktivitäten dar. Sie müssen unter diesem Gesichtswinkel gesehen und zum Wohle aller eingesetzt werden. Nichts wäre dagegen schlimmer, als wenn sich auf der bilateralen und auf der supranationalen Ebene ausgerechnet im humanitären Bereich Konkurrenzen entwickeln würden.

Eine für das Vertragsnetz bilateraler Hilfeleistungsbeziehungen hilfreiche Funktion der in der EG vereinten Staaten auf dem Gebiet des Katastrophenschutzes ist auch die Förderung eines ständigen Erfahrungs- und Informationsaustausches zwischen den Mitgliedsländern.

Harmonisierung des Denkens und des Handelns

Dadurch würde zur Harmonisierung des Denkens und des Handelns in diesem Bereich beigetragen und auf lange Sicht auch auf die Einführung gleicher oder vergleichbarer Maßstäbe und Standards im Bereich der Ausbildung, der Ausstattung, der Orga-

nisation und der Führung hingewirkt werden. Gleichzeitig könnte ein Forum entstehen für die Formulierung einer gleichgerichteten Katastrophenschutzpolitik gegenüber Drittländern. Ein sehr aktuelles Beispiel hierfür ist die bevorstehende UN-Dekade, die dem vorbeugenden Schutz gegen Naturkatastrophen gewidmet ist. Durch abgestimmte Katastrophenschutzmaßnahmen zugunsten von katastrophenbedrohten Ländern der Dritten Welt könnten die Mitgliedsstaaten der EG einen essentiellen Beitrag zur Erreichung des Dekadenziels leisten.

Ein weiteres zentrales Thema richtet den Blick sozusagen nach innen; er betrifft eine wesentliche Veränderung innerhalb des EG-Raums durch Öffnung des Binnenmarktes nach 1992.

Die Beseitigung aller internen Handels- und Wettbewerbsschranken, die damit verbunden sein wird, sind vielfältigster Art. Sie werden mehr oder weniger alle Lebensbereiche tangieren. Auch das Gebiet des Brand- und Katastrophenschutzes sowie des Rettungsdienstes wird dabei nicht ausgespart bleiben. Ich bin sicher, daß dieses gewaltige politische Integrationsvorhaben eine ganz erhebliche Schubkraft für den Fortschritt in den Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft auslösen wird.

Öffnung ist Fortschritt

Der damit ebenfalls verbundene Harmonisierungseffekt wird auch auf lange Sicht und allmählich die noch bestehenden Unterschiede im Fortschrittsniveau innerhalb der Gemeinschaft abbauen.

Öffnung bedeutet aber nicht nur Fortschritt sondern zum Teil auch Verzicht auf die Konservierung oder Protektion nationalstaatlicher Regeln und Praktiken. Wie alles im Leben hat auch dieser Vorgang zwei Seiten. Man kann nicht die vielfältigen Vorteile der Öffnung des Binnenmarktes anstreben und gleichzeitig die Herausforderungen, die mit einem dadurch bedingten schärferen Wettbewerb verbunden sind, ablehnen. Auf Wunsch der Teilnehmer an der Münchener Tagung haben wir als dritten Themenkomplex noch einmal die Problematik der Gefahrguttransportunfälle auf die Tagesordnung gesetzt. Ich halte dies für richtig und notwendig. Alle hier am Tisch vertretenen Staaten sind mehr oder weniger stark industrialisiert. Einige von Ihnen haben zudem eine sehr hohe Bevölkerungs-

dichte. Das gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland.

Gefährliche Güter

Wenn man dazu bedenkt, daß allein bei uns jährlich mehr als 300 Mio. Tonnen gefährlicher Güter über die Verkehrswege bewegt werden, dann wird schnell klar, welch ungeheure Brisanz in dieser Entwicklung liegt, zumal wenn man bedenkt, daß jährlich ganz erhebliche Steigerungsraten hinzukommen...

Im Rahmen seiner Rede wies der Parlamentarische Staatssekretär auf die jüngsten Forschungen der Professoren Henschler und Achilles hin, die sich mit der Problematik der Gefahrguttransporte auseinandergesetzt hatten. Professor Henschler, Leiter des Instituts für Toxikologie an der Universität Würzburg, verdeutlichte den Konferenzteilnehmern die Vielfalt der Risiken und Gefährdungen, die mit chemischen Gefahrenstoffen beim Transport verbunden sind. Professor Ernst Achilles, der als ehemaliger Leiter der Frankfurter Berufsfeuerwehr auch

über die Grenzen der Bundesrepublik Deutschland hinaus als führender Brandschutzexperte gilt, stellte abschließend seine Kernaussagen zur risikoabhängigen Brandbekämpfung von Gefahrguttransportunfällen zur Diskussion.

Gemeinsame Ziele

Da der Bereich der vorbeugenden Gefahrenabwehr bei Gefahrguttransporten in den Bereich des Bundesministers für Verkehr fällt, gab Klaus Ridder als Mitarbeiter des Ministeriums einen Überblick über die neuesten Entwicklungen auf diesem Gebiet, die besonders durch die Katastrophe von Herborn beeinflusst worden sind. Dazu hatte Carl-Dieter Spranger zuvor die gemeinsamen Interessen der Partnerstaaten hervorgehoben:

„Ich bin sicher, daß in allen Staaten, die hier vertreten sind, Überlegungen zur Optimierung der drei Bereiche Risikoanalyse, Gefahrenbekämpfung und Gefahrenvorbeugung angestellt werden. Ich nehme an, daß die Zielvorstellungen hinsichtlich der Lösung der Problematik im großen und ganzen deckungsgleich sind.“

Was den Gedankenaustausch dennoch nützlich und sinnvoll macht, sind die Nuancierungen und die Details der Lösungssätze. Hierbei denke ich an den Aufbau benutzerfreundlicher Gefahrstoffdatenbanken und den Datenaustausch im internationalen Datenverbund. Von allgemeinem Interesse dürfte ebenso der Entwicklungsstand von mobilen Analysegeräten sein, die am Unfallort eingesetzt werden und unverzüglich die notwendigen Informationen über Gefahrgutbekämpfungsmaßnahmen, aber auch über die Schutzvorkehrungen für die Abwehrkräfte liefern können.

Der intensive Meinungs austausch über relevante Probleme der Gefahrenabwehr über die Grenzen hinweg ist das 3. Generalthema dieser Konferenz.

Damit ist ein persönliches Kennenlernen der Experten verbunden, das dann im Ernstfall die Zusammenarbeit nach meiner Auffassung ganz wesentlich erleichtern kann. Für mich ist das wichtigste Ergebnis eines solchen Treffens, wenn der allgemeine Wunsch am Ende stünde, Veranstaltungen dieser Art, gleich ob theoretischer Gedankenaustausch oder praktische Übungen, fortzusetzen, um den großen Herausforderungen unserer Zeit auf diesem Gebiet gemeinsam wirksam begegnen und gerecht werden zu können.“ PS

Plan-Spiel ohne Grenzen

Stabsrahmenübung in Simmerath, Montzen und Maastricht

Der Löwenanteil der gedachten Katastrophe spielte sich auf dem Papier ab: bei der Stabsrahmenübung, die den Auftakt der „Eurokat“ bildete. Gemäß der Lage hatten sich in Kreis und Stadt Aachen und beim Regierungspräsidenten Köln Übungsstäbe gebildet, die sich in der Simmerrather Leitstelle des Kreises Aachen zusammengefounden hatten. Auf belgischer Seite stand dem der Leitungsstab des Gouverneurs der Provinz Lüttich in Montzen und auf niederländischer Seite der Leitungsstab des Gouverneurs der Provinz Limburg in Maastricht gegenüber. Während die Stäbe nun bereits

die Bekämpfung der zahlreichen Unweterschäden auf dem Papier vornahmen, sollte dann das Zugunglück von Montzen, das am nächsten Tag Gegenstand der Realübung sein würde, in den Verlauf der Stabsrahmenübung eingespielt werden. Für die nationale Lage im Regierungsbezirk Köln war je ein zusätzlicher Leitungsstab gebildet worden, der per Telefon die Rolle „eingesetzten“ Einheiten „draußen“ übernahm. So war für den übenden Stab eine realitätsnahe Situation simuliert worden. Während sich der Stab noch mit den Auswirkungen des Unwetters befaßte, ließ sich

in der Fahrzeughalle der Simmerrather Leitstelle die internationale Beobachter-Delegation über den Verlauf und die Grundlagen der Übung informieren. Nachdem der Oberkreisdirektor des Kreises Aachen, Dr. Friedrich Wilhelm Janssen die Gäste begrüßt hatte, erläuterten Ministerialdirigent Norbert Salmon als Vertreter des NRW-Innenministeriums und Regierungsdirektor Dr. Christoph Steegmann als Vertreter des Kölner Regierungspräsidenten die Grundlagen der Gesamtübung. **Lesen Sie dazu „Vorarbeit und Grundlagen“.**

Dr. Steegmann: „Da im näheren Scha-



Oberkreisdirektor Friedrich-Wilhelm Janssen begrüßte die Beobachter-Delegation in Simmerath.



Dr. Christoph Steegmann erläuterte im Auftrag des Kölner Regierungspräsidenten die Grundlagen und den Ablauf der Stabsrahmenübung.



Ministerialdirigent Norbert Salmon vom Innenministerium Nordrhein-Westfalens freute sich über die Wahl des Übungsraumes „Euregio Maas-Rhein“.

den Bereich alle Einsatzkräfte durch die Unwetterschäden gebunden sind, wird es die Aufgabe der regionalen Führungsstäbe sein, weitere Kräfte aus den Bereichen heranzu-

führen, die nicht vom Unwetter betroffen sind. Dieses sind für den Bereich des Regierungsbezirkes Köln die Kreise Euskirchen, Düren, Heinsberg und der Erftkreis. Aus

diesem Grunde werden auch nur diese an der Realübung teilnehmen. Zur besseren gegenseitigen Verständigung werden in den Regionalstab eines Landes jeweils Vertreter

Bilaterale Hilfeleistungsabkommen

Mehrere westeuropäische Staaten haben bilaterale Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen geschlossen.

Bei der Übung „EUROKAT“ am 1. und 2. September 1989 wurden die Abkommen zwischen Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland erstmals in der Praxis erprobt. Der Vertrag zwischen Belgien und der Bundesrepublik Deutschland wurde am 06.11.1980 geschlossen (paraphiert) und trat am 01.05.1984 in Kraft. Der Vertrag zwischen Belgien und den Niederlanden wurde am 14.11.1984 geschlossen und trat am 01.11.1988 in Kraft.

Die Bundesrepublik Deutschland und die Niederlande haben am 07.06.1988 ein Hilfeleistungsabkommen unterzeichnet, welches voraussichtlich im Laufe des Jahres 1989 in Kraft treten wird.

Inhaltlich sind die drei Verträge nahezu gleichlautend. Sie haben zum Ziel, bei Katastrophen und schweren Unglücksfällen den Ver-

tragspartnern durch das Zurverfügungstellen von Katastrophenschutzeinheiten Hilfe zu leisten.

Zuständig für Hilfeersuchen und Hilfgewährung sind:

Bei aneinandergrenzenden belgischen und niederländischen Provinzen oder angrenzenden deutschen Bundesländern der belgische Provinzgouverneur, der niederländische Commissaris der Königin und der deutsche Landesinnenminister; bei nicht aneinandergrenzenden Provinzen oder Bundesländern der belgische und niederländische Innenminister und der deutsche Bundesinnenminister. In den Verträgen werden Regelungen zur Ausführung der Hilfgewährung, zur Beschränkung von Grenzformalitäten, zur Nutzung von Luftfahrzeugen, zur Verbesserung der Zusammenarbeit und zur Behandlung evtl. Streitigkeiten getroffen.

Die Abkommenspartner verpflichten sich grundsätzlich zu einem wechselseitigen Kostenverzicht und zu einem umfassenden Haftungsausschluß bei Personen- oder Sach-

schäden. Lediglich beim Einsatz von Luftfahrzeugen kann die hilfeleistende Seite verlangen, daß ihre Kosten bis zur Hälfte übernommen werden. Die Abkommen legen weiter fest, daß Einzelvereinbarungen getroffen werden können, durch die bestimmte technische und organisatorische Maßnahmen und Verfahren näher geregelt werden. Einzelvereinbarungen sind ferner vorgesehen für den Betrieb der Funkanlagen und für die Durchführung von gemeinsamen Übungen. Die Abkommenspartner verpflichten sich zur künftigen Zusammenarbeit und zum Informationsaustausch aus dem Gebiete der Vorbeugung und Bekämpfung von Katastrophen oder schweren Unglücksfällen sowie zu einem vorbeugenden Informationsaustausch über drohende Gefahren.

Die Abkommen gelten auch für die Gewährung von Hilfe aufgrund von Absprachen zwischen Grenzgemeinden und den in diesen Gemeinden vorgehaltenen Personal und Material.



EUROKAT

der beiden anderen Staaten als Verbindungsbeamte gesandt.“

Der Übungsstab im Keller der Simmerrather Kreisleitstelle hat inzwischen alle Hände voll zu tun: Ein voll besetzter Bus ist von einer Brücke gestürzt, Personen sind eingeklemmt, das Glasdach des Achener Bahnhofes ist teilweise zusammengestürzt und hat die Fahrdrähte gekappt – zahlreiche Verletzte durch Scherben und elektrischen Strom. Häuser brennen, Keller laufen voll und immer wieder kommen neue Nachrichten von „draußen“. Der Leitungsstab gibt sich alle Mühe, zwei Stockwerke darüber eine realistische Katastrophe in Szene zu setzen. Die Verbindung mit Maastricht klappt recht gut – mit Montzen gibt es Probleme: Die Verständigung ist nicht nur aus sprachlichen Gründen schlecht. Später, bei der Auswertung der Übung im Provinzhaus von Maastricht sind nicht alle zufrieden. Auf nationaler Ebene war mit unterschiedlichem Aufwand auch unterschiedlich effektiv gearbeitet worden. Das System der Deutschen sei ja hervorragend – aber doch auch ziemlich aufwendig für eine Übung, hieß es später im zwanglosen Gespräch der internationalen Beobachter. Dennoch, so waren sich alle Beteiligten einig, habe die Übung Schwachstellen und Stärken der einzelnen Systeme aufgedeckt und schon deshalb sei der Erfolg nicht hoch genug zu bewerten. PS

Im Provinzhaus von Maastricht zog Provinzgouverneur Gilbert Mottard eine erste Bilanz der Stabsrahmenübung.



Auf dem Bahnhofsgelände in Montzen demonstrierten die Katastrophenschutzorganisationen der drei beteiligten Länder im Rahmen einer Fahrzeugschau ihre Einsatzbereitschaft.

STELLENAUSSCHREIBUNG

Der DRK-Landesverband Badisches Rotes Kreuz e. V. sucht (möglichst zum 1. 4. 1990) den/die

Leiter/Leiterin der Abteilung Rotkreuzarbeit

Der/die Stelleninhaber/in leitet verantwortlich die Abteilung mit den Referaten Zentrale Gemeinschaftsaufgaben, Bereitschaften, Sozialarbeit, Jugendrotkreuz, Zivil- und Katastrophenschutz und Rettungsdienst.

Für diese anspruchsvolle Aufgabe suchen wir eine engagierte Persönlichkeit mit mehrjähriger Berufserfahrung, pädagogischer oder juristischer Vorbildung, organisatorischen und betriebswirtschaftlichen Fähigkeiten, sowie der Begabung zur Menschenführung.

Erfahrungen auf dem Gebiet der Rotkreuzarbeit sind erwünscht. Eine besondere Aufgeschlossenheit ist dafür Voraussetzung. Geboten wird eine diesen Anforderungen entsprechende Vergütung nach dem DRK-Tarifvertrag (in Anlehnung an den BAT) mit den im öffentlichen Dienst üblichen Sozialleistungen.

Bewerbungen mit Lebenslauf, Lichtbild, Zeugnisabschriften und Referenzen erbitten wir bis zum 30. 11. 1989 an:

Deutsches Rotes Kreuz

Landesverband Badisches Rotes Kreuz
z. Hd. Landesgeschäftsführer Rüdiger Schminck
Basler Str. 19
7800 Freiburg/Breisgau

Große Ziele vor Augen

Die Rolle des EG-Binnenmarktes im Katastrophenschutz

National unterschiedliche Vorschriften und Normen erlangen gerade bei der grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe besondere Bedeutung. Dr. Gerd Langguth, Leiter der Vertretung der EG-Kommission in der Bundesrepublik Deutschland, wertete die Aachener Tagung deshalb als deutliches Zeichen dafür, daß der europäische Einigungsprozeß nach Jahren der Skepsis und Gleichgültigkeit inzwischen nicht mehr nur aus Deklarationen und Appellen bestehe, sondern immer mehr konkrete Formen annehme. Zwar liege der Teufel oft im Detail, so Dr. Langguth, über den notwendigen Diskussionen um diese Details sollten die großen Ziele des Binnenmarktes jedoch nicht vergessen werden.

Als ein zentrales Problem sprach der Leiter der EG-Vertretung an, daß speziell einige der Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland der Kommission rechtliche Kompetenzen absprechen. Dr. Langguth in seiner Aachener Rede: „Gelegentlich wird bezweifelt, daß die Kommission Richtlinien oder Entschließungen zur Verbesserung der gemeinschaftlichen Zusammenarbeit im Bereich des Katastrophenschutzes vorschlagen kann. So hat die Kommission die sogenannte Seveso-Richtlinie vorgeschlagen, die eine Informationspflicht an die Öffentlichkeit über Notfallschutz- und Katastrophenschutzmaßnahmen enthält. Ich bin sicher, daß trotz aller verständlicher Kompetenzdiskussion die europäische Öffentlichkeit die Zielsetzung dieser Richtlinie begrüßt. Umstritten war auch eine Richtlinie über Brandschutz in bestehenden Hotels, die schließlich in eine nicht bindende Empfehlung umgewandelt wurde. Dies verdeutlicht die Schwierigkeit der Kommission zwischen ihrem Willen, ein Europa auch für die Bürger zu schaffen, und den ihr zugeordneten Kom-

petenzen, einen durchsetzbaren Weg zu finden.

Bedenken werden gerade hier in der Bundesrepublik zum Thema der technischen Harmonisierung geäußert. Wie Sie sicher wissen, ist die Gemeinschaft von ihrem ursprünglichen Ansatz, alle technischen Einzelheiten harmonisieren zu wollen, abgerückt. Nach einem bahnbrechenden Urteil des Europäischen Gerichtshofes („Cassis de Dijon“) hat auch der Ministerrat 1985 dem neuen Ansatz der gegenseitigen Anerkennung zugestimmt. Im Klartext bedeutet dies: In den Richtlinien werden nur noch die grundlegenden Sicherheitsanforderungen festgelegt, die natürlich rechtlich bindend sind. Die technische Ausstattung bleibt den europäischen Normungsgremien CEN und CENELEC überlassen, die entsprechende EG-Normen ausarbeiten sollen. Diese Normen haben zwar rechtlich freiwilligen Charakter, werden aber de facto bindend, je mehr EG-Normen als Referenzgröße von den betroffenen Kreisen, Herstellern, Anwendern, Händlern und so weiter benutzt werden.

Sinn dieser Angleichung ist die Schaffung eines einheitlichen technischen Umfeldes für die Unternehmen, die nun europaweite Strategien der Produktentwicklung verfolgen können. Auch gerade die kleineren und mittleren Unternehmen versprechen sich hiervon einen viel besseren Zugang zum europäischen Markt, denn bei dem heutigen Normenwarrir lohnt es sich für ein solches Unternehmen kaum, auf andere Märkte zu gehen; wäre doch eine kostspielige Umrüstung ihrer Produkte erforderlich.

Einige befürchten, daß diese Euro-Normen geringere Sicherheitsstandards als die strengen deutschen Bestimmungen anlegen. Diese Befürchtungen sind unbegründet, denn erstens ist die EG-Kom-

mission durch die europäischen Verträge (Einheitliche Europäische Akte) verpflichtet, bei der Ausarbeitung der Vorschläge von einem hohen Schutzniveau in den Bereichen Gesundheit, Sicherheit, Verbraucher- und Umweltschutz auszugehen. Zweitens sind die nationalen Normungsinstitute in den europäischen Normungsorganisationen CEN und CENELEC vertreten, so zum Beispiel auch das DIN, das Deutsche Institut für Normung, dessen Interessen bei der Festlegung der EG-Normen voll einfließen. Man hat mir seitens des DIN bestätigt, daß alle bisherigen Erfahrungen dagegen sprechen, daß EG-Normen sicherheitstechnisch schlechter seien als deutsche.

Natürlich wird es Umstellungen und Veränderungen geben. Das ist im Zuge der Angleichungen im EG-Binnenmarkt unvermeidlich, aber dies wird nicht auf Kosten der Sicherheit oder des Gesundheitsschutzes geschehen.

Natürlich wird es noch einige Zeit dauern, bis die harmonisierten technischen EG-Normen vollständig ausgearbeitet sind. Daher ist eine Übergangsregelung beschlossen worden, nach der unterschiedliche Vorschriften gegenseitig anerkannt werden. Dies muß aber im einzelnen vom Ministerrat – das heißt von den Vertretern der zwölf Mitgliedsstaaten – beschlossen werden. Die Anerkennung erfolgt also nur dann, wenn sichergestellt ist, daß die entsprechenden Vorschriften den festgelegten Sicherheitsbestimmungen entsprechen.“ Dr. Langguth versicherte, daß die EG-Kommission allen Anliegen im Interesse der europäischen Bürger aufgeschlossen sei: „Ich freue mich, daß auch Teilnehmer aus den Staaten außerhalb der EG an der Tagung teilnehmen, weil Brand- und Katastrophenschutz keine Grenzen kennt.“ PS

„Deine Feuerwehr hilft – komm hilf mit“

Brandschutzwoche 1989 in Wuppertal eröffnet

Das Feuerwehrkommando „Wassermarsch“ hatte diesmal wohl der falsche vernommen. Denn Petrus öffnete die Schleusen des Himmels weit, als es am 13. September 1989 in Wuppertal hieß, die bundesweite Brandschutzwoche zu eröffnen. Nordrhein-Westfalens Innenminister Herbert Schnoor und Vertreter von Rat und Verwaltung der Stadt Wuppertal sowie der Präsident des Deutschen Feuerwehrverbandes, Hinrich Struve, und die Führungsspitze des Landesfeuerwehrverbandes – sie alle konnten vom Portal des Rathauses nicht nur auf ein Meer von roten Fahrzeugen, sondern auch auf ein solches von Regenschirmen der dennoch in großer Zahl erschienenen Bürger herabblicken.

Feststellung und Aufruf

Der nordrhein-westfälische Feuerwehr-Verbandsvorsitzende Klaus Schneider ging in seinen Begrüßungsworten auf die Bedeutung der Brandschutzwoche ein und verwies darauf, daß dieser in zweijährigem Rhythmus wiederkehrenden konzertierten Aktion erneut eine herausragende Bedeutung zukomme. Der Leitspruch dieser 10. Brandschutzwoche „Deine Feuerwehr hilft – komm hilf mit“ sei Feststellung und Aufruf zugleich. Denn in diesem Rahmen lassen sich sowohl die Hilfsmöglichkeiten der Feuerwehr aufzeigen, als auch dem Bürger sagen, wie er selbst mithelfen kann. Insofern stellte Schneider fest, passe das Motto der

Brandschutzwoche nahtlos in die in Nordrhein-Westfalen landesweit betriebene Intensivierung der Brandschutzaufklärung und -erziehung.

Bewußtsein schärfen

Innenminister Schnoor sprach in seiner Eröffnungsrede ebenfalls die Bedeutung der Brandschutzwoche an und wies in diesem Zusammenhang auf die Leistungen der nordrhein-westfälischen Feuerwehren hin:

„Die Brandschutzwoche soll dazu beitragen, das Bewußtsein für die uns täglich umgebenden Gefahren zu schärfen und damit mitzuhelfen, Brände und Unfälle zu vermeiden oder abzuwenden.“



Das Portal des Wuppertaler Rathauses als Rednertribüne.



Innenminister Schnoor bei seinen Worten zur Eröffnung, hinter dem Minister DFV-Präsident Struve.

Die Brandschutzwoche soll den Mitbürgerinnen und Mitbürgern aber auch das Bewußtsein vermitteln, daß sie bei Gefahren von ihrer Feuerwehr Schutz und Hilfe erhalten können, sei es zu Hause, am Arbeitsplatz oder im Verkehr.

Die Abwehr dieser Gefahren und der Schutz der Umwelt, der bei der Feuerwehr mehr und mehr an Bedeutung gewinnt, erfordern immer aufwendigere Fahrzeuge und Geräte sowie eine vielfältige persönliche Ausstattung der Feuerwehrangehörigen, damit diese sich bei den mannigfaltigen Gefahren der Feuerwehreinsätze selbst schützen können.

Die Feuerwehr gehört in Nordrhein-Westfalen zum täglichen Alltag von mehr als hunderttausend Frauen und Männern, die als Feuerwehrleute ehrenamtlich oder hauptberuflich Dienst für die Gemeinschaft tun.

Die Zahlen über die Einsätze der Feuerwehren in Nordrhein-Westfalen – das sind Freiwillige Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werk- und Betriebsfeuerwehren – im Jahr 1988 sprechen für sich selbst: Rund 42 000 Brände, 94 000 Technische Hilfeleistungen und 966 000 Einsätze im Rettungsdienst waren zu bewältigen.“

Gefahrguttransporte verbessern

Nach der Feststellung, daß sowohl Brandeinsätze als auch die Einsätze im Rettungsdienst im Vergleich zum Vorjahr stagnieren, wandte sich der Minister dem Thema Gefahrgutunfälle zu:

„Bei den Einsätzen nach Unfällen mit gefährlichen Gütern und Stoffen ist eine deutliche Steigerung von 13 Prozent festzustellen. Dies bestätigt meine bereits mehrfach geäußerte Auffassung, daß die Sicherheit der Gefahrguttransporte verbessert werden muß. In erster Linie ist eine Verlagerung der Gefahrguttransporte von den Straßen auf

die Schienen- und Wasserwege erforderlich. Darüber hinaus ist die Fahrzeugtechnik weiter zu verbessern. Auch eine noch intensivere Ausbildung der Fahrzeugführer und der am Gefahrguttransport Beteiligten ist erforderlich.

Aus der Sicht der Feuerwehren ist die zutreffende Kennzeichnung der Gefahrguttransportfahrzeuge von entscheidender Bedeutung, damit eine schnelle und sachgerechte Schadensbekämpfung aufgenommen werden kann. Gerade diese vorgeschriebene Kennzeichnung ist häufig überhaupt nicht oder nicht korrekt vorhanden. Hierdurch ist im übrigen auch eine zusätzliche Gefährdung für die Einsatzkräfte gegeben.

Bei Gefahrgutunfällen handelt es sich überwiegend um Erdölprodukte wie Heizöl, Benzin, Flüssiggas sowie um giftige, ätzende oder explosive Stoffe. Die ermittelten durchschnittlichen Kosten für die Beseitigung der Sachschäden liegen bei 175 000 DM je Gefahrgutunfall. Dabei sind Schäden für die Umwelt nicht berücksichtigt.

In technischer Hinsicht sind unsere Feuerwehren für Gefahrgutunfälle gut ausgerüstet. In den letzten Jahren sind in beträchtlichem Umfang Mittel aus der Feuerschutz-

steuer für die Beschaffung entsprechender Gefahrgut-Bekämpfungsfahrzeuge bereitgestellt worden. Auch die Gemeinden, insbesondere die Städte mit Berufsfeuerwehren, haben hier erhebliche Investitionen vorgenommen.

Der Ausbildung der Feuerwehrangehörigen für Gefahrguteinsätze ist besondere Bedeutung zuzumessen. Das bezieht sich sowohl auf den eigenen Schutz der Feuerwehrangehörigen als auch auf eine sachgerechte Gefahrenabwehr.

Für den Feuerwehr-Einsatzleiter ist es wichtig, so schnell wie möglich Aufschluß über die beteiligten Stoffe zu erhalten. Er kann diese Informationen Handbüchern entnehmen. In vielen Fällen besteht die Möglichkeit, auf weitere Informationsmittel zurückzugreifen, z. B. in den Leitstellen für Feuerschutz, Katastrophenschutz und Rettungsdienst, die im Lande Nordrhein-Westfalen in jedem Kreis bereits seit langer Zeit eingerichtet sind.“

Anerkennung und Mahnung

Mit einem Dank an die Aktiven in den Feuerwehren und einem Aufruf an die Bürger schloß Minister Schnoor:

„Unverzichtbar für eine einsatzkräftige Feuerwehr ist aber die aktive Mitarbeit der Bürger in der Feuerwehr, die dadurch tatkräftig dazu beitragen, daß mehr Sicherheit für die Mitbürger geschaffen wird. Besonders im Bereich der Freiwilligen Feuerwehren haben sich Menschen zusammengefunden, die dem Staat nicht als Fordernde gegenüberreten, sondern ihm bei der Erfüllung seiner Aufgaben helfen. Das sind aktive Bürger, die aus ihrem Demokratieverständnis heraus der Allgemeinheit dienen wollen, ohne nach persönlichen Vorteilen zu streben. Das Land und die Gemeinden haben allen Anlaß, dieses freiwillige Engagement zu würdigen.

Ich nehme diese Gelegenheit gerne wahr, um den Frauen und Männern in den Feuer-



Mit 4 PS zum Brandort: Bespannte Spritze im Einsatz.

wehren dieses Landes für ihre stete Einsatzbereitschaft und die im Feuerwehrdienst geleistete Arbeit meinen Dank auszusprechen. Sie opfern viel Freizeit für Ausbildung und Einsatz. Bei Einsätzen, in denen es um die Rettung von Menschen geht, bringen sie ihre eigene Gesundheit und das eigene Leben in Gefahr. Dieser Opferbereitschaft gebührt besonderer Dank und Respekt, den ich Ihnen im Namen der Landesregierung hiermit ausspreche.

Dies soll zugleich eine Mahnung sein an alle Mitbürgerinnen und Mitbürger, Schadenfeuer und Unfälle zu vermeiden und durch Umsichtigkeit zu verhindern.

Hierzu gehört es auch,

- eingetretene Schäden durch schnelles Handeln gering zu halten,
- Entstehungsbrände - soweit gefahrlos möglich - selbst zu bekämpfen,
- die Feuerwehr umgehend zu alarmieren,
- Verkehrswege für anrückende Fahrzeuge freizumachen und - das gilt beispielsweise für das Parken in verkehrsberuhigten Zonen -
- die Durchfahrt der Feuerwehr - insbesondere der für die Menschenrettung erforderlichen großen Drehleiterfahrzeuge - nicht durch falsches Parken zu behindern.

Das ist jedermanns Beitrag zur Brandschutzwoche 1989."

Blick auf die Technik

Damit war die Brandschutzwoche 1989 eröffnet. Für die Besucher war die Eröffnungsfeier dennoch nicht zu Ende. Bot sich ihnen doch jetzt ein interessantes Programm, das mit Löschvorfürungen den Bogen spannte vom Einsatz einer Handkarenspritze über die pferdebespannte Handdruckspritze bis zum modernen Tanklöschfahrzeug. In zeitgemäßem Aufzug von Angehörigen der Wuppertaler Feuerwehr authentisch dargestellt, vermittelten die Demonstrationen ein Bild von der rapide gewandelten Technik und der Leistungsfähigkeit unserer heutigen Feuerwehr.

Und wem das nicht genug war, der konnte noch einen Blick auf die vor dem Rathaus aufgefahrene Feuerwehrrfahrzeuge werfen und sich die Details von Lösch- und Hubrettungsfahrzeugen, Rüst- und Gerätewagen, Schlauchwagen, Sanitätsfahrzeugen und Sonderfahrzeugen der Feuerwehr erläutern lassen. Sofern er vor der Vielfalt der Materie nicht schon vorher aufgegeben hat, weiß ein solchermaßen rundum informierter Bürger schließlich auch, inwieweit er seine Feuerwehr bei der Schadensvermeidung unterstützen kann. Das „... komm hilf mit“ der Brandschutzwoche als Aufforderung zur eigenen Vorsorge ist dann verstanden worden.

- cl -



Bei der Handdruckspritze sind Kraft und Ausdauer gefragt.



„Wasser marsch“ auch für die Feuerwehr von anno dazumal.



Überzeugen sich von den Leistungen der modernen Feuerwehr: Innenminister Schnoor, Oberbürgermeisterin Kraus und Wuppertaler Feuerwehrchef Blätte.

(Fotos: Claes)

BVS legt Leistungsübersichten vor

Ausbildung und Öffentlichkeitsarbeit verzeichnen deutliche Zuwächse

Dem Bundesinnenministerium wurden jetzt die Leistungsübersichten für das erste Halbjahr 1989 des Bundesverbandes für den Selbstschutz vorgelegt. Veranstaltungs- und Teilnehmerzahlen in den Bereichen Ausbildung sowie Öffentlichkeitsarbeit geben in den neuesten Leistungsübersichten Auskunft darüber, wie sich die BVS-Aktivitäten auf die einzelnen Bundesländer und BVS-Schulen verteilen. Im ersten Halbjahr 1989 nahmen insgesamt 151 534 Personen an rund 10 700 Ausbildungs-Veranstaltungen teil. Dabei liegt der Frauenanteil mit 16 219 bei 28,4 Prozent.

Weit über diesem prozentualen Wert liegt die Beteiligung weiblicher Teilnehmer bei Veranstaltungen, die sich mit dem Selbstschutz in Wohnstätten befassen. Die Leistungsübersicht für das erste Halbjahr 1989 jedenfalls zeigt in diesem Ausbildungsbereich einen Frauenanteil von 44,9 Prozent (29 808) an.

Insgesamt nahmen im Berichtszeitraum 66 282 Personen an insgesamt 3 880 Lehrgängen zum Thema Selbstschutz in Wohnstätten teil.

Das größte Interesse an dieser Thematik hatte man der Statistik folgend in Nordrhein-Westfalen, wo 1 306 Ausbildungsveranstaltungen von 21 618 Personen besucht wurden. 10 618, also 49,1 Prozent davon, waren Frauen.

Außerordentlich hoch war der Anteil weiblicher Teilnehmer im Berichtszeitraum auch in Niedersachsen (44,9 %), Rheinland-Pfalz (44,5 %) sowie in Schleswig-Holstein (44,8 %).

Zweiter in der Rangliste der Selbstschutzausbildung in Wohnstätten ist in diesem Jahr bisher Bayern. 715 Einzelveranstaltungen wurden von 13 312 Interessenten besucht. Auch im Freistaat kann sich der Frauenanteil mit 43,2 Prozent (5 762) sehen lassen.

Den beiden Spitzenreitern folgt Niedersachsen, wo 10 423 Personen 610 Veranstaltungen zur Information nutzten.

Durchschnittlich nahmen 14 Personen an einer Veranstaltung zum Selbstschutz in Wohnstätten teil. Bayern mit 18 Teilnehmern pro Veranstaltung sowie Baden-Württemberg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein mit 17 liegen dabei über dem Bundesdurchschnitt.

Bis zum 30. Juni 1989 nahmen insgesamt 6 742 069 Menschen an Ausbildungen des BVS zu dieser Thematik teil.

Selbstschutz in Arbeitsstätten

Stark abfallend gegen diesen hohen Frauenanteil beim Selbstschutz in Wohnstätten ist die Beteiligung weiblicher Personen an Lehrgängen zum Selbstschutz in Arbeitsstätten, obwohl die Teilnehmerzahl in diesem Bereich größer ist als auf dem Gebiet

Selbstschutz in Wohnstätten. Hier waren von 78 110 Teilnehmern an 6 050 Grund-, Ergänzungs- und Fachlehrgängen sowie Fortbildungsveranstaltungen lediglich 11 818 weiblich. Dies entspricht einem prozentualen Anteil von 15,1 Prozent.

Die höchsten Frauenanteile verzeichnet Hamburg mit 25,8 Prozent, Rheinland-Pfalz mit 19,4 Prozent sowie Schleswig-Holstein (17,6 %), dicht gefolgt von Bremen (17,4 %).

Die meisten Ausbildungsveranstaltungen in diesem Bereich fanden wieder in Nordrhein-Westfalen statt. Zu 1 489 Lehrgängen fanden sich insgesamt 18 958 Teilnehmer ein. Mit 2 737 weiblichen Personen liegt der Frauenanteil bei 14,4 Prozent. In Baden-Württemberg besuchten 10 716 Personen 842 BVS-Veranstaltungen zum Thema Selbstschutz in Arbeitsstätten. 16 Prozent (1 719) davon waren Frauen.

An dritter Stelle steht Nieder-

sachsen mit 9 910 Teilnehmern an 792 Veranstaltungen mit einem Frauenanteil von 15,4 Prozent (1 536), dicht gefolgt von Bayern, wo sich zu 9 909 Veranstaltungen 784 Personen einfanden. Bei 13,6 Prozent (1 351) von ihnen handelte es sich um weibliche Teilnehmer.

Durchschnittlich nahmen 13 Personen pro Einzelveranstaltung an diesen BVS-Lehrgängen teil. In der BVS-Schule Birkenfeld sowie der Katastrophenschutzschule Geretsried waren es im Durchschnitt 16 beziehungsweise 15 Teilnehmer. Bisher erreichte die BVS-Initiative 'Selbstschutz in Arbeitsstätten' 1 671 962 Menschen in der Bundesrepublik.

Aus- und Fortbildung der BVS-Mitarbeiter

Weiterer Schwerpunkt des Bereichs Ausbildung ist die Aus- und Fortbildung der BVS-Mitarbeiter. Im ersten Halbjahr 1989 nahmen



Brandschutz – immer mehr Frauen und Männer nutzen die Lehrgangsangebote des BVS.

7 142 BVS-Mitarbeiter an 768 BVS-internen Bildungsmaßnahmen teil. Der Frauenanteil liegt mit 1 413 weiblichen Teilnehmern bei 19,7 Prozent. Überdurchschnittlich ist die Beteiligung von Frauen in Bremen (32,5 %), Niedersachsen (27,1 %), Rheinland-Pfalz (26,6 %), Bayern (26,4 %), und Schleswig-Holstein (26,2 %). Die Veranstaltungen wurden im Schnitt von 10 BVS-Mitarbeitern besucht, in der Schule Geretsried waren es 15. Nach der neuesten statistischen Erhebung nutzten bislang 822 212 Mitarbeiter des BVS die Möglichkeiten der Aus- und Fortbildung.

Auch in diesem Bereich fanden die meisten Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen statt (189), wo gleichzeitig die höchste Teilnehmerzahl (1 645) zu verzeichnen ist. 17,4 Prozent (287) davon waren BVS-Mitarbeiterinnen.

123 Veranstaltungen wurden im Berichtszeitraum in Baden-Württemberg durchgeführt. Insgesamt wurden in diesem Bundesland 939 Teilnehmer, darunter 213 (24,6 %) Frauen, registriert.

Öffentlichkeitsarbeit

Im ersten Halbjahr 1989 fanden 4 288 Info-Tagungen, Info-Veranstaltungen sowie Pressegespräche des BVS statt. Sie wurden von 84 264 Personen (28 997 weiblich; 34,5 %) besucht.

Besonders aktiv war man in Bayern, wo 1 208 Veranstaltungen den Zuspruch von 25 620 Personen fanden.

Im Freistaat nahmen auch die meisten Frauen an derartigen Veranstaltungen teil, nämlich 8 550 (33,3 %).

An zweiter Stelle steht in der bisherigen Bilanz für 1989 Nordrhein-Westfalen mit 850 Veranstaltungen und 15 200 Teilnehmern, 34,3 Prozent (5 220) von ihnen waren Frauen. Baden-Württemberg liegt mit 689 derartigen Veranstaltungen und 12 550 Teilnehmern auf dem dritten Platz. Hier fanden sich zu solchen Terminen 3 920 (31,2 %) Frauen ein.

Die neue Gesamtsumme der Teilnehmer an Info-Tagungen, Info-Veranstaltungen sowie Pressegesprächen beläuft sich auf 2 388 864.

Mit 53,9 Prozent waren über die Hälfte der Teilnehmer an Podiumsdiskussionen, Sicherheits-



Information und Beratung vor Ort sind ein wichtiger Bereich in der BVS-Öffentlichkeitsarbeit.

wettbewerben, Straßenaktionen sowie Rundfunk- und Fernsehveranstaltungen Frauen.

An 2 079 solcher Aktionen nahmen bis zum 30. Juni 1989 insgesamt 430 600 Personen teil, von denen es sich bei 232 440 um Frauen handelte.

Noch weit über dem Durchschnittswert von 53,9 Prozent liegen Bremen mit 60,5 Prozent, Baden-Württemberg mit 58,2 Prozent und Hessen mit 58,1 Prozent.

Bayern war im bisherigen Verlauf des Jahres auch in diesem Teilbereich der Öffentlichkeitsarbeit dominierend.

Im Bundesland diesseits der Alpen führte man 588 Aktionen mit 81 820 Besuchern (54 % Frauen) durch. Durchschnittlich kamen die BVS-Dienststellen in Bayern dabei auf 139 Besucher.

Zwar fanden in Nordrhein-Westfalen im Vergleich nur 365 derartige Veranstaltungen statt, jedoch verzeichnete man hier einen Besucherzustrom von 121 290 Personen (26,3 % Frauen), das sind im Schnitt 332 Besucher pro Einzelaktion. Auf Platz drei rangiert derzeit Baden-Württemberg mit 360 Veranstaltungen und 68 710 Besuchern (58,2 % Frauen). Das Saarland kam bei 57 Aktionen auf 47 340 Besucher und hält damit den vorläufigen Rekorde schnitt von 830 Besuchern pro Veranstaltung. Der BVS erreichte bislang 21 755 860 Menschen mit dieser Art der Öffentlichkeitsarbeit.

Fast 780 000 Ausstellungsbesucher

Insgesamt besuchten 776 290 Menschen in der ersten Jahreshälfte 1989 1 477 Ausstellungen des BVS, die Ausstellungen zum Schutzraumbau ausgenommen. Der Frauenanteil liegt bei 46,9 Prozent (364 430).

Im Durchschnitt fand eine BVS-Ausstellung bei 525 Personen Beachtung. Dabei fanden die meisten Ausstellungen in Nordrhein-Westfalen (393), Baden-Württemberg (300), Rheinland-Pfalz (187) sowie Bayern (185) statt. Jedoch ist die Anzahl der Veranstaltungen erfahrungsgemäß nicht immer ausschlaggebend für die Besucherzahlen. So findet man die meisten Besucher nicht wie vielleicht erwartet in Nordrhein-Westfalen (91 800), sondern in Baden-Württemberg (193 580), wo 93 Veranstaltungen weniger stattfanden als in Nordrhein-Westfalen.

Rheinland-Pfalz folgt Baden-Württemberg in der Besuchergunst mit 162 750 Personen bei 187 Ausstellungen, gefolgt vom Saarland mit 118 100 Besuchern bei lediglich 55 Ausstellungen sowie Hessen mit 92 900 Besuchern bei 135 Ausstellungsterminen. Diese Auflistung zeigt, daß das Saarland mit nur 55 Ausstellungen gegenüber Nordrhein-Westfalen gegenüber 393 dieser Veranstaltungen 1989 bisher bei weitem mehr Besucher verzeichnen kann, nämlich 118 100 gegenüber 91 800.

Im Schnitt kamen 2 147 Menschen zu Ausstellungen im Saarland und 233 Besucher zu gleichartigen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen.

Der BVS erreichte in seinem Einzugsgebiet mit den Ausstellungen, ohne die Ausstellungen zum Schutzraumbau, 52 016 420 Menschen.

Frauen weniger Interesse am Schutzraumbau

Zum Thema Schutzraumbau fanden im Berichtszeitraum 43 Info-Tagungen statt. 539 Teilnehmer fanden sich zu diesen Terminen ein, von denen 37, also nur 6,8 Prozent, Frauen waren. Positiv hebt sich dabei Bremen vom Bundesdurchschnitt ab. Dort kommt man immerhin auf einen Frauenanteil von 15,7 Prozent. Mit weitem Abstand folgt Nordrhein-Westfalen mit einem Anteil von 8,3 Prozent an weiblichen Teilnehmern.

Bremen führt auch in der Anzahl derartiger Info-Tagungen zum Schutzraumbau (15 Veranstaltungen; 146 Teilnehmer), gefolgt von Hessen mit 9 Veranstaltungen (76 Teilnehmer; 3,9 % Frauen) und Niedersachsen mit insgesamt 6 Veranstaltungen (90 Teilnehmer; 5,5 % Frauen) im ersten Halbjahr 1989.

Bisher wurden von seiten des BVS 8 933 Interessierte durch Info-Tagungen zum Schutzraumbau erreicht. 1989 nahmen bislang im

Durchschnitt 12 Personen an einer Tagung teil.

Schutzraumbauausstellungen gab es 1989 bis zum 30. Juni insgesamt 6. Sie wurden von 69 500 Menschen besucht, 46,9 Prozent (32 600) von ihnen waren Frauen.

Im Bereich Nordrhein-Westfalen war die große Schutzraumbau-Ausstellung dreimal präsent und erreichte 30 200 Bürger (48 % Frauen; 14 500).

Zweimal konnte die Ausstellung in Rheinland-Pfalz besucht werden, wobei 21 300 Menschen (51,1 % Frauen; 10 90) sich diese Gelegenheit denn auch nicht entgehen ließen.

Eine Ausstellung fand in Baden-Württemberg statt, die 18 000 Bürger anzog. Der Frauenanteil

liegt hier bei 40 Prozent (7 000), ist bei Ausstellungen bedeutend größer als bei Info-Tagungen zum Thema Schutzraumbau.

Insgesamt sahen bislang 496 350, also fast eine halbe Million Menschen, die Schutzraumbau-Ausstellung des BVS.

Fast ebensoviel Menschen (416 375) ließen sich bisher zum Schutzraumbau beraten. Allein im Berichtszeitraum waren es 17 748 Anfragen. Die meisten von ihnen verzeichnet man in Rheinland-Pfalz (6 518) und Nordrhein-Westfalen (3 179).

Intensive Bürgerinformation

Die Bearbeitung von insgesamt 98 392 Selbstschutzberatungen

sowie allgemeinen Fragen, 187 Schaufenster-Werbeaktionen an insgesamt 5 558 Tagen und 2 329 Presseveröffentlichungen mit einer Gesamtauflage von 89 189 500 sorgten im ersten Halbjahr 1989 für eine intensive Verbreitung des BVS-Gedankens.

Dabei fielen die meisten Selbstschutz-Beratungen sowie allgemeinen Anfragen in Bayern (17 958) an. Danach kommen die Bundesländer Nordrhein-Westfalen (16 903) sowie das Saarland (16 680). Insgesamt wurde der BVS bislang in diesem Bereich 912 644 Mal aktiv. Bei der Schaufenster-Werbung steht wiederum Bayern ganz vorne mit 60 Aktionen an 1 322 Tagen, gefolgt von Ba-

den-Württemberg (48 Aktionen an 1 448 Tagen).

Auf 2 416 Schaufenster-Werbeaktionen kommt der BVS bisher insgesamt.

Bei den Presseveröffentlichungen liegen Bayern (543 Artikel; Auflage: 13 886 800), Nordrhein-Westfalen (481 Artikel; Auflage: 23 731 800) und Baden-Württemberg (407 Artikel; Auflage: 14 352 700) vorne.

Weit abgeschlagen folgt Hessen mit 261 Presseveröffentlichungen mit einer Auflage von 7 333 900 an vierter Stelle.

BVS-Artikel erschienen bisher in einer Auflage 1 226 562 660.

- sm -

Zwischen Nord- und Ostsee

Friedrichskoog

Im Seebad Friedrichskoog-Spitze sorgte ein Sicherheitswettbewerb der BVS-Dienststelle Itzehoe für eine interessante Abwechslung bei Urlaubern und Feriengästen. Die örtlichen Hilfsorganisationen - DLRG, Feuerwehr, Polizei - waren Mitveranstalter.

Ganz bewußt war der Ort des Geschehens direkt an den Strand gelegt worden, damit die Gäste in aller Ruhe den Verlauf der Veranstaltung beobachten oder selbst aktiv mitmachen konnten. Schon durch die Einsatzfahrzeuge zwischen den Strandkörben und die Aktivitäten an den einzelnen Stationen wurden viele Schaulustige angezogen.

Der Wettbewerb sah sowohl die Beantwortung von Fragen aus dem Bereich der Vorsorge und Selbsthilfe im Alltag als auch die Durchführung von Übungen wie Atemspende, Herstellen der stabilen Seitenlage bzw. das Ablösen brennender Bekleidung vor.

Die Bewertung der Antworten und Ausführungen erfolgte nach einem Punktsystem. Ansehnliche Sachpreise lohnten die besten Leistungen. Sowohl die Anzahl der Zuschauer als auch die der Teilnehmer war überraschend groß. Alle Kommentare waren ohne Ausnahme positiv. So war es nicht verwunderlich, daß sich bei der Abschlußveranstaltung mit Preisverteilung an die 250 Zuhörer eingefunden hatten. Vor diesem Publikum konnte Dienststellenleiter Michael Krüger abschließend noch einmal auf die Not-

wendigkeit des Selbstschutzes im Alltag und bei großen Unglücksfällen und Katastrophen hinweisen.

Die beteiligten Organisationen und der BVS bewerteten den Sicherheitswettbewerb als eine äußerst erfolgreiche Veranstaltung. Sie beschlossen eine Wiederholung in wenigen Wochen an gleicher Stelle.

Berichte aus Hamburg

Hamburg

Aus gesundheitlichen Gründen ist Kurt Morjan, der frühere Leiter der BVS-Landesstelle Hamburg, im Alter von 54 Jahren endgültig aus dem Dienst des Bundesverbandes für den Selbstschutz ausgeschieden. Zu seiner

Verabschiedung versammelten sich in den Räumen der Landesstelle Hamburg zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Im Mittelpunkt der Feierstunde stand die Überreichung der Dankurkunde für geleistete treue Dienste an Kurt Morjan, die Verwaltungsdirektor Harald Schröder im Auftrage des Direktors des BVS vornahm. In einer sehr persönlich gehaltenen Ansprache zeichnete VD Schröder den langen Berufsweg Kurt Morjans im BVS nach. Er machte dabei deutlich, daß Morjan in den mehr als 25 Jahren seiner hauptamtlichen Tätigkeit zahlreiche ganz unterschiedliche Aufgaben mit Erfolg wahrgenommen habe. Sein Berufsweg sei ein echtes Spiegelbild der Wandlungen des gesamten Verbandes von der Vergangenheit bis in die Gegenwart.



Viele Zuschauer verfolgten die Vorfürhungen beim Sicherheitswettbewerb im Seebad Friedrichskoog.



Verwaltungsdirektor Harald Schröder überreicht Dankurkunde an Kurt Morjan. (Foto: Rößler)

Neben anderen persönlichen Geschenken erhielt Morjan als Abschiedsgeschenk von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine Armbanduhr, die durch den Personalrat, Ingo Arnold, überreicht wurde.

Den Dank der Freien und Hansestadt Hamburg für die langjährige Arbeit Kurt Morjans übermittelte der Leiter der Abteilung für Katastrophenschutz/Zivilschutz, Heinz Breuer, mit einem persönlichen Dankschreiben.

Hamburg

Im Wandsbeker Eichtalpark fand auch in diesem Jahr wieder die traditionelle vom SPD-Kreisverband Wandsbek organisierte Bürgerversammlung „Bunte Welle“ statt. Bei strahlendem Sonnenschein nutzten viele tausend Bürger die Angebote zur Information und Unterhaltung.

Auch der Bundesverband für den Selbstschutz beteiligte sich mit einem Informationsstand. Die im halbstündigen Turnus angebotene Demonstration des Ablöschens von in Brand geratener Kleidung zog immer wieder zahlreiche Mitbürger an, welche die Vorführungen aufmerksam verfolgten. Allerdings hatten nur wenige Zuschauer den Mut, das Ablöschen der Brandpuppe auch selbst zu üben.

Die angebotenen Informationschriften fanden so viele Interessenten, daß der Bestand an Broschüren gegen Ende der Veranstaltung restlos vergriffen war. Die Vorführungen und die angebotenen Broschüren waren Anknüpfungspunkt für eine große Zahl von Gesprächen mit Interessenten.

Neben einer Reihe prominenter Bürger besuchte auch Dr. Henning Voscherau, der 1. Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg, den Informationsstand, um sich über die Arbeit des BVS zu informieren.

Quer durch Niedersachsen

Ostrhauderfehn

Zum Ende der diesjährigen Sommerferien veranstaltete die Gemeinde Ostrhauderfehn in Zusammenarbeit mit den Katastro-

phenschutz-Organisationen und dem BVS vom 21. bis 26. 08. 1989 Selbstschutz-Aktionstage, die der Bevölkerung den Selbst- und Katastrophenschutzgedanken näherbringen sollten.

Mit den Aktionstagen wollten die Organisationen gemeinsam mit der Gemeinde ihren Beitrag leisten, um den Informationsmangel zu beheben. Mit mehreren Informations- und Ausbildungsveranstaltungen wurde das Thema aufbereitet.

So wurde am Montag, dem 21. 08. 1989, von 19.30–21.30 Uhr im Rathaus ein Vortrag über das Thema „Selbstschutz – als Vorsorge und Eigenhilfe des Bürgers“ angeboten. Alle Bürger waren hierzu herzlich eingeladen.

Als weiteres Angebot war ein Selbstschutz-Grundlehrgang vorgesehen, der vom 22.–24. 08. 1989, jeweils von 19.00–22.15 Uhr in der Volkshochschule stattfand.

Höhepunkt der Aktionstage war am 26. 08. 1989 ein „Tag des Katastrophenschutzes“. An diesem Tag gaben die ortsansässigen Katastrophenschutz-Organisationen im Rahmen einer Selbstdarstellung einen Einblick in ihre Arbeit. Parallel dazu wurde an diesem Tag ein Sicherheitswettbewerb, an dem alle Bürger teilnehmen konnten, durchgeführt. Den Teilnehmern winkten attraktive Preise.

Blickpunkt Nordrhein-Westfalen

Recklinghausen

Auf dem Marktplatz in Recklinghausen, wo die DVS-Dienststelle zu einer Ausstellung „Zivilschutz mit dem Bürger – für den Bürger“ eingeladen hatte, würdigte Bürgermeister Jochen Welt die Arbeit des BVS. Dieser habe gerade auf dem Gebiet der persönlichen Vorsorge in den vergangenen Jahren in enger Zusammenarbeit mit der Stadt Recklinghausen hervorragende Arbeit geleistet.

Neben den leider immer wieder vorkommenden größeren Katastrophen, für die der Staat eine Vielzahl von Hilfsmöglichkeiten parat halte, gelte es, die vielen kleinen, privaten und alltäglichen Unfälle im Verkehr, am Arbeits-



V.l.n.r.: Peter Henneke (Leiter des Amtes für Zivil- und Feuerschutz), Landesstellenleiter Peter Eykmann, Bürgermeister Jochen Welt, Dienststellenleiter Franz Bienbeck und Gisbert Sibbe (Behörden selbstschutzzleitender Finanzamt Recklinghausen). (Foto: Pölkling)

platz, in der Wohnung zu bekämpfen. Hier könne jeder einzelne Bürger Vorsorge treffen und häufig schon mit wenig Aufwand Sicherheit für sich und seine Umwelt erreichen.

Welt, der bei einem Rundgang durch die Ausstellung auch vom Leiter des Amtes für Zivilschutz- und Feuerschutz, Peter Henneke, begleitet wurde, ließ sich schließlich von BFS-Landesstellenleiter Peter Eykmann über die allgemeinen Aufgaben und Probleme des BVS informieren.

Datteln

Im Rahmen einer Feierstunde ehrte Datteln Bürgermeister Horst Niggemeier eine Reihe von Bürgern, die sich in besonderer Weise um die Stadt verdient gemacht haben, darunter auch Helmut Scholkowski, Fachlehrer der BVS-Dienststelle Recklinghausen. „Sie sind immer da, wenn man Sie braucht. Sie arbeiten im Hintergrund, ehrenamtlich und mit einem Engagement, das seinesgleichen sucht“, betonte das Stadtoberhaupt.

Helmut Scholkowski ist seit mehr als 25 Jahren ehrenamtlicher Mitarbeiter der Dienststelle Recklinghausen. Sein Einsatz für den Selbstschutz gilt als vorbildlich. Und auch sonst wirkt der Geehrte zum Wohle der Allgemeinheit. So kümmert er sich um behinderte Kinder und gehört zu den eifrigsten Blutspendern bei den DRK-Aktionen. Vor zwei Jah-

ren wurde er vom DRK für die 50. Blutspende ausgezeichnet.

Viersen

Das 100jährige Bestehen der Feuerwehr Niederkrüchten-Elmpt an der holländischen Grenze war für die BVS-Dienststelle Viersen willkommener Anlaß zu einer eindrucksvollen Demonstration der Ziele und Aufgaben des BVS. Dabei nutzte der BVS die anlässlich des Jubiläums stattfindenden Feuerschutz- und Sicherheitstage sowohl zu praktischen Vorführungen als auch zu umfangreichen Erläuterungen.

Stark gefragt bei den Besuchern, unter ihnen auch zahlreiche holländische Gäste und britische Soldaten des benachbarten Militärflughafens, war insbesondere das BVS-Rundzelt der fahrbaren Zivilschutz-Ausstellung. Im Gespräch bei den Führungen erwies es sich als vorteilhaft, daß zwei BVS-Mitarbeiter über gute englische Sprachkenntnisse verfügten, so daß es kaum Verständigungsprobleme gab. Auch die BVS-Infostände und Filmvorführungen lockten viele Interessenten an.

Als abschließender Höhepunkt stand schließlich ein Sicherheitswettbewerb auf dem Programm, an dem sich sämtliche im Kreis Viersen vertretenen Katastrophenschutzorganisationen beteiligten. Auch hier konnten die Veranstalter mit Genugtuung feststellen, daß sich Vorbereitungen und Einsatz gelohnt hatten. Alles

in allem eine hervorragende Werbung für die Sache des Selbstschutzes.

Dinslaken

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der BVS-Dienststelle Wessel beendeten die Sommerpause mit einer zweitägigen Großveranstaltung im Rahmen der DIN-Tage am 26. und 27. August 1989 in Dinslaken.

Unter Federführung der BVS-Dienststelle präsentierten sich bei diesem Stadtfest, das erfahrungsgemäß viele tausend Menschen anlockt, die DLRG, das DRK, die JUH, der MHD, das THW, der Fernmeldezug und die Kreispolizeibehörde in einer Schau, die nicht nur die Geräte darstellte, sondern auch praktische Vorführungen beinhaltete. Mehr als 100 Helferinnen und Helfer waren im Einsatz. Zwei Sicherheitswettbewerbe lockten 90 Teilnehmer an, die alle Stationen durchliefen. Das beste Punktergebnis lag bei 197 von 200 möglichen Punkten.

Die BVS-Dienststelle setzte die Filmwagen mit Informationsstand, ein Zelt für die An- und Abmeldung und ein Ausstellungszelt mit der dienststelleneigenen Ausstellung ein. Zusätzlich wurden zwei Stationen des Sicherheitswettbewerbes übernommen und betreut.

Als am Sonntagabend um 18.00 Uhr die Veranstaltung beendet war und mit dem Abbruch der vielfältigen Einrichtungen begonnen wurde, waren alle Beteiligten sich einig, für das Öffentlichkeitsverständnis in Sachen Zivilschutz und Selbstschutz viel getan und erreicht zu haben.

Mettmann

Den hohen Stellenwert des Selbstschutzes auch im Alltag betonten die Bundestagsabgeordneten Heinz Schemken und Dr. Theodor Blank im Anschluß an einen Informationsbesuch im Bereich der BVS-Dienststelle Wuppertal. Beide Politiker ließen sich in der Feuerwache Mettmann zunächst einen Überblick über die Aufgaben des BVS vermitteln. Dabei standen als Gesprächspartner die BVS-Mitarbeiter Joachim



Verfolgen interessiert die Vorführung (v. links): MdB Dr. Blank, Stadtdirektor Masanek, MdB Schemken, Landesstellenleiter Eykmann, Helfervertreter Winkler und Fachbearbeiter Thierbach. (Foto: Holtgreve)

Thierbach und Wolfgang Stube Rede und Antwort. Nachhaltigen Eindruck hinterließen schließlich einige praktische Vorführungen, wie das Ablöschen brennender Kleidung und das Ablöschen eines in Brand geratenen Holzstoßes.

BVS-Landesstellenleiter Peter Eykmann, der ebenfalls nach Mettmann gekommen war, informierte die Gäste über die Arbeit des Verbandes auf Landesebene. Beide Abgeordneten sagten zu, den BVS bei seiner wichtigen Aufgabe weiterhin zu unterstützen.

Körtlinghausen

Nachdem früher bereits Bedienstete der Regierungspräsidenten Arnsberg und Münster das

umfangreiche Angebot der BVS-Landesstelle Körtlinghausen in puncto Zivilschutz in Anspruch genommen hatten, trafen sich diesmal Mitarbeiter des Düsseldorfer Regierungspräsidenten zu einer Tagung im Sauerland. Das Motto der zweitägigen Veranstaltung: „Information über Zivilschutzmaßnahmen des Staates und die Notwendigkeit ergänzender Selbstschutzmaßnahmen des Bürgers.“

Im ersten Teil der Tagung, an der auch der Abteilungsdirektor „Zivilschutz“ beim Regierungspräsidenten Düsseldorf, Michael Eggers, teilnahm, kam es zu einem lebhaften Gedankenaustausch über die Erfahrungen, die Gäste und BVS-Gastgeber auf dem Gebiet des Zivilschutzes gemacht haben. Dominierende Thematik



Die Gäste aus Düsseldorf stellen sich dem Fotografen.

war dabei das Flugzeugunglück von Remscheid im vergangenen Jahr.

Im weiteren Verlauf der Veranstaltung, die von Josef Stute, Fachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit, und von Fachbearbeiter Bernd Mielisch, gestaltet wurden, ging es vor allem um die Möglichkeiten der staatlichen und privaten Hilfeleistungen in Notsituationen. Im Anschluß an die theoretischen Ausführungen wurden Ausschnitte aus dem Ausbildungsprogramm des BVS auf dem Übungsgelände demonstriert. Zum Abschluß der Tagung erörterten die Teilnehmer das Thema „Katastrophenschutz und Zivilschutz in der öffentlichen Meinung“.

Gleichzeitig mit der Zivilschutztagung der Gäste aus Düsseldorf fand in Körtlinghausen eine weitere Veranstaltung statt. Bedienstete des Bundestages trafen sich zu einem Erfahrungsaustausch zum Thema Selbstschutz,

Hessenspiegel

Darmstadt

Anläßlich der ersten Arbeitsgemeinschaft nach der Sommerpause konnten auf der BVS-Dienststelle Darmstadt zwei ehrenamtliche Mitarbeiter für langjährige Zugehörigkeit geehrt werden. BVS-Helfer Heiko Gärtner wurde für 25jährige Mitarbeit mit der Urkunde des Verbandes ausgezeichnet. Schutzbauberater Theoderich Stehlik übt diese Funktion seit 20 Jahren aus. Fachgebietsleiter Günter Wufka der BVS-Landesstelle Hessen überreichte die Urkunden. Dienststellenleiter Willy Roth bedankte sich für die Treue zum BVS; Helfervertreter Thomas Plume sowie die übrigen Mitarbeiter gratulierten den Ausgezeichneten.

Der neue Leiter der BVS-Landesstelle Hessen, Werner Hachen, nahm den Besuch bei der BVS-Dienststelle Darmstadt zum Anlaß, Hans-Werner Preuß die Urkunde zum 25jährigen Jubiläum im öffentlichen Dienst zu überreichen und ihm für die geleistete Arbeit zu danken. Preuß begann seine Tätigkeit bei der BLSV-Kreisstelle Groß-Gerau, wurde



Gratulation zum Dienstjubiläum (v.l.): Udo Schreiber, Fachgebietsleiter Günther Wufka, Landesstellenleiter Werner Hachen, Hans-Werner Preuß und Dienststellenleiter Willy Roth.

30 Jahre ehrenamtliche Tätigkeit, darauf konnte BVS-Mitarbeiter Theo Anderegg zurückschauen. Anderegg hatte vor 30 Jahren bei der damaligen Kreisstelle Mayen seine Tätigkeit aufgenommen. Neben seiner ehrenamtlichen Aufgabe als Feuerwehrmann stand er der Dienststelle Mayen und nach der Umstrukturierung des Verbandes der Dienststelle Koblenz zur Verfügung. Besonders in den letzten Jahren wurde er immer wieder zum Aufbau und zum Abbau von Ausstellungen benötigt. Sein umsichtiger und tatkräftiger Einsatz machten ihn zu einem wertvollen BVS-Helfer.

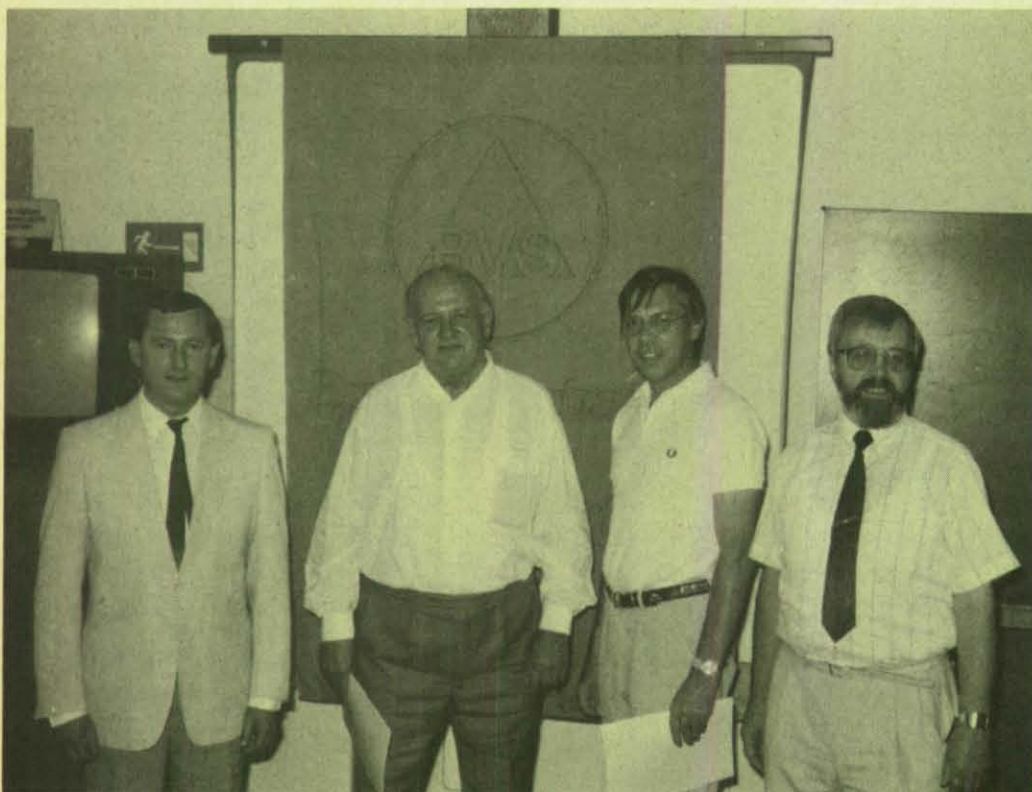
Der Leiter der BVS-Landesstelle Rheinland-Pfalz, Hans-Dieter Awiszus, überreichte ihm die Urkunde des BVS: Awiszus wies auf die große Bedeutung der ehrenamtlichen Helfer des BVS hin. Ohne diese Helfer könnte der BVS gerade in der heutigen Zeit seine gesetzlichen Aufgaben nicht im vollen Umfang erfüllen. Gleichzeitig konnte Awiszus noch die ehrenamtliche Mitarbeiterin Lieselotte Neuland für ihre 10jährige ehrenamtliche Tätigkeit ehren.

1968 an die BLSV-Dienststelle Heppenheim versetzt und ist seit 1979 als Leiter einer fahrbaren Aufklärungs- und Ausbildungsstelle bei der Dienststelle Darmstadt tätig. Fachgebietsleiter Günther Wufka, Dienststellenleiter Willy Roth und Betreuer der fahrbaren Zivilschutzausstellung Udo Schreiber beglückwünschten den

Jubililar, dem diese Ehrung während seines Einsatzes auf der Hessenschau 1989 zuteil wurde.

„Gutes Gelingen und viel Erfolg“ wünschte der Hessische Minister für Wirtschaft und Technik, Alfred Schmidt. Auf der Hessenschau 1989 trug er sich in das Gästebuch der BVS-Ausstellung „Zivil-

schutz – für den Bürger, mit dem Bürger“ ein. Über 100 000 Eintrittskarten wurden zu dieser größten südhessischen Schau verkauft. Die Mitarbeiter der Dienststelle Darmstadt konnten über 12 000 Besucher im BVS-Stand registrieren.



Ehrung der Helfer in Darmstadt (v.l.): Fachgebietsleiter Günther Wufka, Bauberater Theoderich Stehlik, Heiko Gärtner und Dienststellenleiter Willy Roth.

Südwest aktuell

Stuttgart

Die Helfervertreter der BVS-Landesstelle Baden-Württemberg wählten am 19. August in Stuttgart ihren Landeshelfervertreter. Nachdem der bisherige Landeshelfervertreter Kurt Spinnler, BVS-Dienststelle Ludwigsburg, aus Altersgründen sich nicht mehr zur Wiederwahl stellte, war nach 12 Jahren der Weg frei für einen neuen Landeshelfervertreter.

Kurt Spinnler ließ zunächst noch einmal die 12 Jahre seiner Amtszeit Revue passieren. Von der Strukturänderung des Verbandes bis zu den Neuregelungen der Aufwandsentschädigung war das Aufgabengebiet gekennzeichnet von Entscheidungen, die nur



Amtswechsel in Stuttgart: Der neue Landeshelfervertreter Ernst Lauer (links) dankt seinem Vorgänger Kurt Spinner.

bewältigt werden konnten durch die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit der Landesstelle und den Helfervertretern der Dienststellen. Kurt Spinner, der auch stellvertretender Bundeshelfervertreter des BVS ist, dankte dafür allen Beteiligten.

Beim anschließenden Wahlgang erhielt der von dem scheidenden Landeshelfervertreter vorgeschlagene bisherige 1. Stellvertreter Ernst Lauer, Mannheim, alle abgegebenen 12 Stimmen der Wahlberechtigten. Durch diesen hohen Vertrauensbeweis ist sichergestellt, daß die Helfer Baden-Württembergs auch weiterhin in der Helfervertretung gut vertreten werden. Zu Stellvertretern wurden, ebenfalls ohne Gegenstimmen, Gerhard Banzhaf, Dienststelle Schwäbisch-Hall, und Peter Rometsch, Ravensburg, gewählt.

BVS-Landesstellenleiter Raach beglückwünschte den neuen Landeshelfervertreter zur Wahl und bot eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an. Kurt Spinner wur-

de für seine aufopferungsvolle Tätigkeit Dank und Anerkennung

ausgesprochen. Er erhielt durch den Landesstellenleiter eine Ehrenplakette überreicht. Auch Ernst Lauer überreichte im Auftrag der Helfervertreter ein Buchgeschenk mit Widmung.

Bayern heute

Königsbrunn

Schon am frühen Morgen herrschte reger Betrieb rund ums Rathaus in Königsbrunn. Fahrzeuge von Feuerwehr, Rotem Kreuz, Polizei und THW fuhrten auf und zogen die Aufmerksamkeit der Zuschauer auf sich. Geschäftig liefen Hilfskräfte herum und erst allmählich ordnete sich das ganze zu einem überschaubaren Bild.

Die Fahrzeuge formierten sich zu einer Fahrzeug- und Geräteschau und die helfenden Hände hatten zehn Stationen aufgebaut. An jeder der Stationen war mittlerweile eine Schadenssituation gestellt.

An Start und Ziel hatten sich die ersten Teilnehmer eingefunden und nach ein paar ermunternden und lobenden Worten durch den Leiter der BVS-Dienststelle Augsburg schickte Königsbrunns 1. Bürgermeister Adam Metzner die ersten Teilnehmer auf den Weg.

Unter den Augen interessier-

ter, aber auch kritischer Zuschauer löste so Teilnehmer nach Teilnehmer die an den Stationen gestellten Aufgaben. Da waren Brände zu löschen, Wunden zu versorgen, Bewußtlose und im Schockzustand befindliche Verletzte in die richtige Lage zu bringen, Menschen aus Gefahrenbereichen herauszuholen usw.

Alle Teilnehmer bewiesen bei der Lösung der Aufgaben erstaunliches Geschick und ernteten so auch das Lob der Betreuer an den einzelnen Stationen, die sich auf alle beteiligten Organisationen verteilten. Insgesamt unterzogen sich 25 Männer und Frauen den Aufgaben des Sicherheitswettbewerbes.

In einer Abschlußveranstaltung freuten sich alle über die Medaille und die Urkunde, die sie aus der Hand des 1. Bürgermeisters Adam Metzner in Empfang nehmen konnten. Dieser würdigte dabei noch einmal ausdrücklich die guten Leistungen, die an den Stationen gezeigt wurden und sprach hohe Anerkennung für den Mut aus, sich unter den Blicken der Öffentlichkeit an die Aufgaben heranzuwagen. Unter dem Beifall aller Anwesenden nahmen die Sieger des Wettbewerbs ihre Preise entgegen, die als Ehrenpreise des BVS bzw. als Ehrengabe der Stadt Königsbrunn zur Verfügung standen.



Aus der Hand von Bürgermeister Metzner (Bildmitte) nehmen die Teilnehmer ihre Preise entgegen.

Schleswig-Holstein



Chaos nach Windstärke 12

Kiel. Was wie ein verregener kühler Augustsonntag anfang, wurde über Nacht zu einem Unwetter, das den schleswig-holsteinischen THW-Helfern nur eine kurze Nachtruhe bescherte. Am Montag, 28. August, gab es zunächst lediglich eine Hochwasserwarnung für die Ostsee. Das war um 3.30 Uhr. Doch das Unwetter spitzte sich so zu, daß der Landrat für den Kreis Plön um 5 Uhr Katastrophenalarm auslöste. Zu diesem Zeitpunkt fegte der Nordoststurm mit Windstärke 12 über das östliche Schleswig-Holstein.

Neben dem Kreis Plön wurde

in Teilen von Ostholstein und in Lübeck Katastrophenalarm ausgelöst und bis acht Uhr morgens ein Fahrverbot ausgesprochen. Grund hierfür waren die zahlreichen durch umgestürzte Bäume oder durch Überflutung unpassierbar gewordenen Straßen. Hier waren dann auch die Schwerpunkte für die THW-Helfer. Die Helfer aus Burg/Fehmarn bargen von einem überschwemmten Campingplatz neben drei verletzten Campern auch 150 Pkw, nachdem sie den Weg freigemacht hatten. Umgestürzte Bäume wurden im Landesinnern von den THW-Ortsverbänden Elmsborn und Barmstedt geräumt. Insgesamt entwurzelte der Sturm rund 5 000 Bäume.

Ein 65jähriger Rentner aus Heiligenhafen ertrank, als er nach seinem Schiff sehen wollte und ins Wasser gespült wurde. Über-

haupt waren es die Segler und Sportbooteigner, die am stärksten vom Unwetter überrascht wurden. So wurden allein in dem Yachthafen Marina Wendtorf am Ostausgang der Kieler Förde 90 Prozent der 750 Schiffe beschädigt. Rund 80 sanken. In einer ersten Schätzung taxierten Versicherungsexperten den Schaden allein in diesem Segelhafen auf 50 bis 70 Millionen Mark. In zahlreichen anderen Sportboothäfen sah es für die Segler ebenfalls traurig aus. So bargen die Eckernförder THW-Helfer gemeinsam mit der Feuerwehr über zehn Stunden lang Boote und Strandgut. Insgesamt waren landesweit rund 200 THW-Helfer im Einsatz. C.D.

ein Spezialaufbau angepaßt worden. In diesem Aufbau finden in zwei Magazinen je sechs FFK-Trommeln mit je 400 m Kabel Platz. Beim Verlegen rollen diese, etwa 65 kg schweren Kabeltrommeln nacheinander in eine Halterung, aus der sie während langsamer Fahrt abgetrommelt werden.

Beim Abbau des Kabels erfolgt der Vorgang umgekehrt. Das ausgelegte Kabel wird in der Halterung aufgetrommelt und die Trommeln verschwinden wieder in den Magazinen.

Unterhalb der Magazine und im Mittelgang werden Baugerät, die Endpeitschen (Anschlußadapter) und weitere Trommeln zum Auffüllen der Magazine untergebracht. Das komplette Gestell kann mit Hilfe des im OV bereits vorhandenen, von der Helfervereinigung angeschafften Gabelstaplers vom Anhänger abgehoben werden, so daß er auch für andere Zwecke zur Verfügung steht.

Bereits im Herbst des vergangenen Jahres bestand der Anhänger bei der Landesfernmeldeübung „Heros '88“, wo er großen Anklang bei den teilnehmenden Einheiten und Übungsbeobachtern aus Bremen und Niedersach-

Bremen



Fernmelder mit neuem Sondergerät

Bremen. Einen Anhänger mit Spezialaufbau zum Verlegen von Feldfernkabel (FFK) konnte jetzt der 4. Fernmeldezug des THW-OV



Der neue Anhänger erleichtert die Arbeit erheblich.

(Foto: Jodeit)

Bremen-Neustadt in Dienst stellen. Bei dem Anhänger handelt es sich um einen handelsüblichen Pkw-Anhänger mit Tandemachse und 1,5 t zulässigem Gesamtgewicht.

An die Ladefläche des Anhängers ist von Helfern des Fernmeldezuges in vielen Arbeitsstunden

sen fand, erfolgreich einen ersten Test. Es wurden mit ihm fast 6 km FFK verlegt.

Beim FFK handelt es sich, im Gegensatz zum üblicherweise im KatS verwendeten zweiadrigen Feldkabel, um ein vieradriges, abgeschirmtes Kabel. D. h., man kann mit nur einer Strecke FFK



90 Prozent der Segelyachten in der Marina Wendtorf erlitten Schäden. Für viele Besitzer bedeutete der Sturm den Totalverlust ihrer Boote.

(Foto: Oertel)

bereits zwei Sprechverbindungen herstellen, bei Mehrfachausnutzung sogar bis zu acht.

Nach diesem Test wurden einige Verbesserungen vorgenommen, wie z. B. der Einbau einer Sprechverbindung zum Fahrer des Zugfahrzeuges und dem Anbringen zusätzlicher Begrenzungsleuchten am Anhänger.

Mit der Indienstellung dieses im Bundesgebiet in seiner Art wohl einmaligen Sondergerätes hat der 4. Fernmeldezug seine Leistungsfähigkeit erheblich verbessern können. U.J.

Feuerwehr- abteilungsleiter beim THW

Bremen. Zu einem Informationsbesuch beim THW-Ortsverband Bremen-Neustadt kamen kürzlich zwei Beamte der Berufsfeuerwehr Bremen. Manfred Küspers, Abteilungsleiter für Abwehrenden Brandschutz, Organisation, Einsatzdienst, auch zuständig für den Katastrophenschutz im Bereich des Stabes „Rettung und Technische Abwehr“ (RTA), und sein Sachbearbeiter Karl Kantstein wurden vom Ortsbeauftragten Ralph Heuer begrüßt.

Nach einer kurzen Vorstellung der anwesenden Führungskräfte wurden die Fahrzeuge und das Gerät der Technischen Einsatzleitung, des Instandsetzungs- und Bergungszuges sowie des Fernmeldezuges vorgestellt. B.K.

Niedersachsen



THW-Jugend auf großer Fahrt

Lüchow-Dannenberg. Wie in jedem Jahr hatte stellvertret. Jugendbetreuer Heiko Kroll für die Jugendgruppe des THW-Ortsverbandes Lüchow-Dannenberg auch in diesen Sommerferien ein Zeltlager vorbereitet, das neben der Ausbildung im Wasserdienst viel Freizeitgestaltung beinhaltete. Fünf Tage lang konnten die Junghelfer ein zünftiges Lagerleben genießen.



Ein Erlebnis: Die Schleusung im Schiffshebewerk Scharnebeck.

(Foto: Kroll)

Im Vordergrund stand das Fahren auf dem Wasser mit zwei THW-Mehrzweckbooten, bestückt mit 40-PS-Außenbordmotoren und einem Schlauchboot, das mit einem der Jugendgruppe gehörenden 6-PS-Außenborder ausgerüstet war.

Chefkoch Peter Czornyj, Schirrmeister Peter Katsch und ein Trupp Junghelfer hatten als Vorhut in Stove/Marschacht auf dem Schützenplatz im Stover Holz das Zeltlager vorbereitet. Am späten Nachmittag brachten Betreuer Heiko Kroll sowie die Bootsführer Andreas Rotte und Thomas Rey den Rest der Jugendgruppe mit zwei VW-Kombis und den Booten zum Zeltplatz nach.

Die ersten Erkundungsfahrten auf der Elbe nach Geesthacht brachten überzeugende Ergebnisse für ideale Bootsfahrten und Wanderungen auf der Elbe sowie dem Elbe-Seitenkanal.

Der erste Programm-Höhepunkt des Lagers war die „Sail 89“ in Hamburg, wo man aus dem Staunen über die vielen Segelschiffe und den Trubel an und auf dem Wasser nicht herauskam. Auf

einem Seitenarm der Elbe, auf dem kein Berufsschiffsverkehr herrschte, durften die Jungen unter Aufsicht der Bootsführer einmal selbst die Pinne der 40 PS starken Außenbordmotore in die Hand nehmen und Vollgas geben. Die Begeisterung war so groß, daß die beiden Bootsführer Mühe hatten, die Zeit so einzuteilen, daß jeder einmal als „Kapitän“ an die Reihe kam.

Das Schiffshebewerk in Scharnebeck war Ziel der nächsten Fahrt. Hatten die THW-Jungen schon die Durchschleusung der Geesthachter Schleuse mit großem Interesse verfolgt, so waren Betreuer und Bootsführer bei den vielen Fragen der Jugendlichen über die Technik des Schiffshebewerks mit ihrem Latein bald am Ende. Die viertelstündige Auffahrt in der Riesenschleuse des Hebewerks war ein einmaliges Ereignis.

Am oberen Teil des Elbe-Seitenkanals angekommen, wurden die Boote festgelegt und alle hatten die Möglichkeit, das Schiffshebewerk von der Landseite aus zu begutachten. Ein anschließender

Besuch im Informationszentrum informierte Junghelfer und Betreuer über alle Details des riesigen Bauwerks.

Leider verliefen die Tage viel zu schnell und nach vielen weiteren Aktivitäten, die man im Lager veranstaltet hatte, wurden die Boote am letzten Morgen vor der Abfahrt noch einmal zu Wasser gelassen. Die auf drei Boote verteilten Jungen ließen sich diese Gelegenheit nicht entgehen und die letzte Bootsfahrt endete mit einer riesigen Wasserschlacht, bei der alle greifbaren Geräte wie Schöpfkellen und Paddel eingesetzt wurden.

Das Zeltlager war in Rekordzeit abgebaut und Jugendliche wie Betreuer freuten sich darauf, wieder in ihren gewohnten Betten zu Hause ausschlafen zu können.

H.K.

Explosion zerstörte Bungalow

Syke. In der Nacht vom 17. zum 18. Juli 1989 zerstörte in Klosterseele eine gewaltige Explosion einen großen, vollunterkellerten Winkelbungalow mit Walmdach. Vier Bewohner (Eltern mit zwei Kleinkindern) hatten sich selbst befreit und wurden zur Behandlung ins Krankenhaus gebracht. Der fünfte Bewohner war Untermieter und bewohnte einen Kellerraum in dem Bungalow. Er wurde von der Feuerwehr mit starken Brandverletzungen im nicht zerstörten Kellerteil gefunden und noch in der Nacht mit einem Bundeswehr-Hubschrauber nach Hamburg in ein Krankenhaus für Schwerverbrandverletzte transportiert, wo er einige Tage später starb.

Nach dem Hellwerden stellte die Polizei fest, daß wegen der akuten Einsturzgefahr Abstützungsmaßnahmen und zur Bergung von Beweismaterial Trümmerräumungen erforderlich waren. Daraufhin forderte das Lagezentrum der Polizei das THW an. Nachdem die ersten Helfer in der THW-Unterkunft eintrafen, fuhren unter Leitung des Zugführers Dettbarn einige Helfer zwecks Erkundung mit dem FÜKw vorab zum Unglücksort. Insbesondere um festzustellen, was an Personal und Abstützungsmaterial ge-



Mühsam müssen die Trümmer von Hand geräumt werden. (Foto: Poppe)

braucht wird. Nach kurzer Lagebesichtigung stand fest, daß das notwendige Abstützungsmaterial (Holzbalken) aus dem zerstörten Teil des Dachstuhles herausgesägt werden kann und 20 Helfer für den Einsatz reichen.

Kurz darauf traf eine Gruppe mit dem Gerätekraftwagen und danach weitere Helfer mit einem Mannschaftskraftwagen an der Einsatzstelle ein. Die Helfer begannen zunächst damit, die Dachpfannen von dem zerstörten Dachteil zu entfernen, um eine Gewichtsentlastung zu erreichen. Dann wurde der Dachstuhl über dem eingestürzten Gebäudeteil von dem übrigen erhaltenem Dachstuhl mit Motorkettensägen getrennt und mit der Motorwinde des Gerätekraftwagens heruntergezogen. Parallel dazu erfolgten im Erdgeschoß und auf der Kellertreppe die Trümmerräumung sowie im Erdgeschoß Abstützungsmaßnahmen. So wurde ein gesichertes Begehen des Erdgeschosses erreicht.

Dann erfolgte die Suche nach Beweismaterial im Keller, dem vermutlichen Explosionsort. Die Kellerdecke lag als schiefe Rutschfläche in dem Kellerraum, und dieser war aufgefüllt mit Trümmern und Möbeln aus dem darüber gelegenen Wohnzimmer. Nach dem vorsichtigen Räumen der Trümmer wurde u. a. eine Propangas-Flasche mit Gasheizung als Beweismaterial geborgen. Dazu wurde ein Deckendurchbruch durch die als Rutschfläche im Kellerraum liegende Kellerdecke gemacht.

Die Polizei zeigte sich mit den Arbeiten des THW sehr zufrieden und dankte für die fachgerechte

Unterstützung. Der Sachschaden wird auf ca. 500 000 DM geschätzt. P.

Floriansmedaille für OB Cwzink

Blexen. Im Rahmen der Eröffnungsfeier zum 10. Bezirkszeltlager der Jugendfeuerwehren im Oldenburgischen Feuerwehrverband in Blexen/Nordenham zeichnete Bezirksjugendfeuerwehrwart Heinz Stratemeier den Ortsbeauftragten des Technischen Hilfswerks Hude-Bookholzberg, Ingolf Cwzink, mit der Floriansmedaille der Niedersächsischen Jugendfeuerwehren aus.

Stratemeier hob die Verdienste Cwzinks bei der aktiven Zusammenarbeit der THW-Jugend und der Freiwilligen Feuerwehren hervor. Die stete Unterstützung und Hilfsbereitschaft des THW-Ortsverbandes Hude-Bookholzberg sollte mit der Ehrung seines Ortsbeauftragten seitens der Jugendfeuerwehren lobend anerkannt werden. Übrigens half das THW auch beim Bezirkszeltlager der Jugendfeuerwehren Booksholzberg und Harpstedt mit Steilwandzelten aus. H.H.

Umfangreiche Präsentation

Wardenburg. Großes Interesse bei der Bevölkerung fand eine Fahrzeug- und Geräteschau des THW Wardenburg anlässlich des 25jährigen Bestehens des Ortsverbandes.



Das THW zeigt die ganze Palette seiner Einsatzmöglichkeiten.

An der Präsentation nahmen neun THW-Ortsverbände teil. So wurde der Bau einer 19 Tonnen schweren Fahrzeugbrücke durch den Brückenbauzug Wilhelmshaven gezeigt, hierbei wurde auch ein Schwerlastkran des THW Bielefeld eingesetzt. Der THW-Ortsverband Cloppenburg rückte mit seinem Ölbekämpfungsfahrzeug an, von dem es in Deutschland nur einige Exemplare gibt.

Weiter nahmen die THW-Ortsverbände Ronnenberg, Aurich, Leer, Oldenburg, Hude-Bookholzberg und Delmenhorst mit Fahrzeugen und Geräten teil. Aber auch der Malteser-Hilfsdienst, die Johanniter-Unfall-Hilfe, das Deutsche Rote Kreuz, die DLRG sowie Polizei und Feuerwehr waren vertreten. Der Bundesverband für den Selbstschutz stellte ein Ausstellungszelt und einen Filmwagen.

In einer kleinen Feier dankte der Landesbeauftragte des THW, Dipl.-Ing. Leiser, allen Helfern für ihre stete Einsatzbereitschaft. Zu den Gratulanten gehörten auch der Bürgermeister von Wardenburg, Eckhardt Hildebrandt, und viele andere Gäste.

Nordrhein-Westfalen



Europa ist nicht weit

Paderborn. Wie kann man den eigenen THW-Ortsverband wirkungsvoll einer möglichst breiten Öffentlichkeit vorstellen? Vor dieser Frage ist ersichtlich, daß im Ortsverband des Technischen Hilfswerks in Paderborn die Idee der Teilnahme am Europa-Festzug, im Rahmen der Feierlichkeiten der Liborifestwoche in Paderborn, mit einem eigenen Festwagen schnell Anklang fand.

Für die an der Planung und Durchführung des THW-Festwagens beteiligten Helfer galt es zuerst, Gedanken und Ideen zusammenzutragen, wie denn ein solcher Festwagen unter Berücksichtigung der vorgegebenen Thematik gestaltet werden könnte. Eine Gruppe von Helfern aus den einzelnen Zügen des OV fand sich zusammen, Vorschläge wurden gemacht und diskutiert.

Als Ergebnis einigte man sich auf eine Lösung, bei der von



Mit einem ansprechenden Festwagen dabei: das THW.

(Foto: Reike)

einem Lkw-Kipper des THW ein 8 Meter langer Mehrzweckanhänger gezogen werden sollte. Auf der Ladefläche des Kippers sollte das THW-Emblem mit einem Durchmesser von zwei Metern befestigt werden. Für den Anhänger war vorgesehen, auf diesem eine Holzbrücke zu erstellen, die eine Schranke auf einer symbolischen Straße überbrückt. Als Motto wurde gewählt: „Das THW baut Brücken für Europa“. Die Brücke stellt dabei das grenzüberschreitende, nicht nur auf die Bundesrepublik beschränkte, Einsatzfeld des Technischen Hilfswerkes dar, und gleichzeitig zeigt sie, daß das THW im wahren Sinne des Wortes Brücken für Europa baut. Den Anhänger stellte die Zentralwerkstatt des Regierungsbezirks Detmold in Paderborn zur Verfügung.

Die praktischen Arbeiten am Festwagen konnten jetzt, einige Wochen vor dem Tag des Europazuges, beginnen. Unter Leitung des stellvertretenden Ortsbeauftragten Willibald Fischer wurde die Erstellung des Wagens angegangen. Dabei opferten die beteiligten Helfer Freizeit und teilweise auch Urlaub. Pünktlich war dann aber das „Werk“ aus viel Holz, Styropor und Farbe zur allgemeinen Zufriedenheit erstellt. Der Festumzug konnte beginnen.

In der Paderborner Innenstadt fanden sich schließlich die am Europazug teilnehmenden 16 mit europäischen Motiven geschmückten Festwagen und fast

50 Musik-, Tanz- und Showgruppen zusammen. Aufgeteilt in drei Marschsäulen, die sich an verschiedenen Stellen zur gleichen Zeit in Bewegung setzten, startete der Paderborner Europazug. Der von mehr als 1000 Teilnehmern geprägte Umzug dauerte fast drei Stunden und auch ein kurzer, aber heftig niedergehender Wolkenbruch konnte dem Erfolg des Zuges keinen Abbruch tun. Über 100.000 Zuschauer sahen den Europazug und somit auch den Wagen des Technischen Hilfswerkes Paderborn. Der OV hatte somit die Möglichkeit genutzt, sich einer breiten Öffentlichkeit im Rahmen eines Festzuges vorzustellen. Insgesamt waren 54 THW-Helfer aktiv für das Gelingen des Europazuges im Einsatz.

Beobachtungen eines THW-Neulings

Duisburg. Wir standen alle etwas erwartungsvoll herum, im Gebäude des THW in Duisburg-Buchholz an der Sternstraße. Es war allen anzusehen, daß sich jeder über die künftige Zeit beim THW so seine Gedanken machte, die am Ende noch ein Fragezeichen hatten. Aus etwa 20 Aspiranten im Alter von 18 bis 21 Jahren setzt sich die '89er THW-Crew zusammen – junge Männer also, die aus den verschiedensten Gründen den Dienst beim THW



Die „Neuen“ als aufmerksame Zuhörer im Unterrichtsraum.

für mindestens 10 Jahre dem Wehrdienst vorziehen.

Fast alle Gesichter hatte ich bereits bei der Vorbesprechung im November letzten Jahres gesehen. Doch da sich die meisten untereinander fremd waren, herrschte zunächst einmal rings herum Funkstille. Die uns allen etwas lang scheinende Wartezeit hatte aber den Vorteil, daß nach und nach das erste Gefühl des Fremdseins verlorenging.

Schließlich wurden wir von unserem vorläufigen Zugführer Bert Zimpel und vom Ortsbeauftragten Christfried Seifert in Empfang genommen. Die „offiziellen THW-Leute“ teilten uns Rechte und Pflichten sowie unsere Aufgaben mit. Dadurch wurde uns dann doch ganz schnell bewußt, daß die Arbeit beim THW kein bloßes Vergnügen ist, sondern daß im Ernstfall (der hoffentlich nicht so oft eintreten möge) jeder einzel-

ne zupacken muß, um Schlimmeres zu verhüten.

Bei der Gelegenheit erwähnte Christfried Seifert nicht ganz ohne Stolz, daß vor kurzem das sowjetische Fernsehen das Duisburger THW wegen seiner vorbildlichen Einrichtungen besucht hatte, um einen Informationsfilm zu drehen.

Den Schlußpunkt des ersten Tages bildete die Einkleidung – getrennt für Sommer und Winter und den Einsätzen entsprechend. Etwa 1½ Jahre wird die Grundausbildung dauern, dann wird jeder seinem endgültigen Bereich zugeteilt – mindestens für weitere 8½ Jahre. Am späten Nachmittag verließen wir das Übungsgelände des THW mit einigem Interesse auf den kommenden ersten Ausbildungssamstag. T.T.

Sturm entwurzelte 22 Eichen

Lengerich. Eine Windhose bildete sich genau über einem Gehöft und innerhalb weniger Minuten wurden 22 alte Eichen entwurzelt, krachten auf die Scheune und begruben den Hühnerstall unter sich. Auch mehrere Freileitungen wurden durch die umstürzenden Bäume zerstört.

Monteure des Stromversorgungsunternehmens wurden alarmiert und begannen die Freileitungen zu reparieren. Die Feuerwehr versuchte inzwischen, die von den umgestürzten Bäumen blockierte Zufahrt zum Gehöft zu räumen. Der Wehrführer stellte jedoch fest, daß diese Aufgabe nur mit mehreren Motorsägen und Seilwinden zu lösen war.

Deshalb nahm er Verbindung mit dem THW-OV Lengerich auf.

Nach kurzer Zeit waren 35 THW-Helfer mit 6 Motorsägen und den Seilwinden der beiden GWK im Einsatz. Bald war die Hofzufahrt wieder frei und auch die Stromversorgung konnte wieder hergestellt werden.

Der Verpflegungstrupp des THW-OV Lengerich versorgte die Einsatzkräfte mit einer kräftigen Suppe aus den für solche Fälle vorgesehenen Vorräten.

Großes Lob zollte der Einsatzleiter der Feuerwehr, Heinz Stork, dem Zusammenwirken zwischen Feuerwehr und THW. Es habe „hervorragend geklappt“. Die THW-Helfer waren mit Begeisterung bei der Sache, konnten sie doch ihre Leistungsfähigkeit unter Beweis stellen. G.P.

Bayern



Seminar für Öffentlichkeitsbeauftragte

Würzburg. In einer Zeit der Werbung und des Marketings wird es auch für Vereine und Organisationen immer wichtiger, umfassende Öffentlichkeitsarbeit zu betreiben. Im THW gibt es seit zehn Jahren Seminare, die auf den Umgang mit der Presse, der Öffentlichkeit und den Helfern vorbereiten wollen. Das Seminar in der Landesausbildungsstätte Karl Graßmann-Haus war ein Aufbau-seminar für die Kontaktpersonen zur Presse und Öffentlichkeit (Öffentlichkeitsbeauftragte/ÖffB).

Es wurde bei diesem Seminar auch wieder deutlich, wie vielfältig das Aufgabengebiet ist. Die Seminardauer ist viel zu kurz, um eine umfassende Schulung durchzuführen. Daher wurde auch die Forderung gestellt, wieder Wochenseminare auf Ebene der Bundesschule einzuführen.

Siglinde Schneider-Fuchs (Redakteurin im THW-Journal Bayern) und Jürgen Delle (Sachgebietsleiter Öffentlichkeitsarbeit im Landesverband Bayern) konnten trotz der wenigen Zeit viele Anregungen und Tips an die Teilnehmer vermitteln.

Wichtigste Punkte bei dem Seminar waren interne und externe Öffentlichkeitsarbeit, Nachricht,



Die Scheune war der tonnenschweren Eiche nicht gewachsen.

Bericht, Bildunterschriften, freie Rede und dazu praktische Übungen.

Jedes der Themen könnte ein eigenes Seminar füllen. Natürlich kann kein freiwilliger THW-Helfer, der die Aufgabe Öffentlichkeitsarbeit als Zweitfunktion übernommen hat, im Jahr zu so vielen Seminaren fahren. (Zweitfunktion = der Helfer hat eine Grundfunktion, z. B. Truppführer, und daneben die Aufgaben des

Öffentlichkeitsbeauftragten). Es muß also ein Konsens gefunden werden zwischen der Seminardauer und der Themenvielfalt. Die THW-Leitung und die Arbeitskreise sollten sich zu folgenden Punkten Gedanken machen:

1. Der freiwillige Helfer ist nur bis zu einem bestimmten Punkt belastbar, das heißt, die Zweitfunktion ÖffB muß in eine Erstfunktion umgewandelt werden.

2. Die Ausbildungsdauer der ÖffB muß überdacht werden (längere Seminare an den Landesausbildungsstätten oder Bundesschule). K.P.R.

THW bewahrte Volksbrauchtum

Weiden. Althergebrachtes und Traditionelles verlieren in



Mit sogenannten Schwalben wird der Maibaum aufgestellt.

(Foto: Meiler)

unserer schnellebigen Zeit leider mehr und mehr an Bedeutung. So wurde in Weiden in den vergangenen Jahren auch das alljährliche Aufstellen des Maibaumes – in früheren Tagen eine Kraftprobe für die jungen Burschen und ein Spektakel für die Massen – von einem Spezialkran zwar rasch und problemlos, aber auch ohne jede Spannung erledigt. Die rechte Stimmung mochte dabei nicht mehr aufkommen.

Heuer endlich besann sich der Heimatring auf alte Traditionen und ließ den Maibaum – von wem sonst als vom THW – in handwerklicher Manier aufstellen. Lediglich sogenannte „Schwalben“, also parallel zusammengebundene dicke Holzstangen, dienten als Hilfsmittel, um das Symbol des Frühlings aus der Horizontalen in die Höhe zu hieven. Wer einmal ungeübt mit chinesischen Stäbchen seine Mahlzeit einzunehmen versuchte, kann sich vorstellen, wie schwierig die Arbeit der THW-Helfer war, die, von mehreren Seiten aus ansetzend, den Maibaum Stück für Stück nach oben drückten. Manchmal sah es etwas bedrohlich aus, was die etwa 50 THW-Helfer bewerkstelligten, doch sie hatten in den beiden Einheitsführern Henry Günther und Manfred Bäuml umsichtige Koordinatoren, die den alten Volksbrauch nie zur Gefahr für die vielen hautnah beobachtenden Schaulustigen werden ließen. Doch Sicherheit hat ihren Preis, und so mischte sich bei einigen der Zuschauer, auch beim Stadtoberen Hans Schröpf, in die pikkelnde Spannung bald etwas Ungeduld, die jedoch weggewischt wurde, als der Baum schließlich in den vorbereiteten Schacht rutschte. Beifall belohnte die Mühen der Männer vom THW, die aber dennoch froh darüber sein werden, daß noch niemand die „Monats-Bäume“ erfunden hat.

R.M.

THW-Helfer retteten gekenterte Bootsfahrer

Regensburg. Als ganz gewöhnlicher Ausbildungstag für die „Althelfergruppe“ des THW Augsburg begann eine Fahrt auf der Donau. Bei Ingolstadt setzten die Helfer um Max Hartig ihr Floß

ein, aus vorgefertigten Einzelteilen – an Balken befestigte Fässer und Auflagebohlen – schnell zusammengebaut. Mit der THW-Flagge am Heck ging es, von Paddeln gesteuert, rasch flußabwärts auf der gerade Hochwasser führenden Donau. Bei Neustadt wurde in einer kleinen Schutzbucht angelegt und Brotzeit gemacht.

Plötzlich waren schwache Hilferufe zu hören. Norbert Hartig reagierte als erster: Er sah, wie weiter flußaufwärts mehrere Personen von der Strömung mitgerissen wurden. Ein mit elf Personen besetzter Wanderkanadier war in den Sog eines Brückenpfeilers geraten. Trotz heftigen Paddelns gelang es dem Steuermann nicht, die drohende Kollision mit dem Pfeiler zu verhindern. Als das Boot gegen die Brücke getrieben war, versuchten einige Mitfahrer, den Kanadier wegzudrücken. Dabei kenterte das Boot. Eine Schwimmweste hatte nur ein elf-jähriges Kind angelegt. Die anderen zehn Personen, darunter auch ein Nichtschwimmer, hatten ihre Schwimmwesten im Boot verstaubt. Eine Frau konnte sich als einzige aus eigener Kraft ans Ufer retten. Die anderen trieben hilflos in der starken Strömung ab.

Norbert Hartig machte seinen Bruder Max auf die Gekenterten aufmerksam. Mit Peter Girstenbrei und Werner Otters sprangen sie auf das Floß, starteten den für Notfälle mitgeführten Außenbordmotor. Stromaufwärts fuhren sie den ersten Schiffbrüchigen entgegen. Doch erst als sie sahen, daß einer der Männer bereits unter Wasser war und nur noch an einer Hand von zwei anderen gehalten wurde, war ihnen der Ernst der Lage bewußt. Den leblosen Körper zogen sie zuerst aus den Fluten. Hartig begann sogleich mit Wiederbelebungsversuchen. Der 47-jährige Mann zeigte weder Pulsschlag noch Atmung.

Währenddessen trieb der gekenterte Kanadier unter das THW-Floß. Max Hartig stoppte den Außenborder und klappete ihn nach oben. Werner Otters sprang vom Floß auf den Kanadier und drückte diesen nach unten. Das Floß kam wieder frei, der Motor konnte wieder gestartet werden. Gegen die Strömung steuerte Max Hartig die anderen unfreiwilligen Schwimmer an. Einzeln wurden sie von Otters und Girstenbrei aus der Donau gezogen. Mit dem Bewußtlosen war noch immer Norbert Hartig beschäftigt. Erbrochenes entfernte er aus dessen Mund. Immer wieder preßte er die Arme über der Brust zusammen. Nach etwa zehn Minuten, die den THW-Helfern wie eine Ewigkeit vorkamen, zeigte der Verunglückte Reflexe, Atmung und Herzstätigkeit setzten wieder ein. Das blau angelaufene Gesicht bekam wieder eine lebendigere Rotfärbung.

Bis alle zehn Schiffbrüchigen aus dem Wasser gerettet waren, war das THW-Floß bereits einige hundert Meter an der Schutzbucht mit der Strömung vorbeigetrieben. Passanten hatten mittlerweile DLRG, Feuerwehr und Rotes Kreuz alarmiert. Unterkühlungen und Schockanzeichen wurden von den herbeigeeilten Notärzten und Sanitätern behandelt. Der vor dem Ertrinken gerettete 47-jährige wurde ins Kehlheimer Krankenhaus gebracht. Die DLRG fischte noch treibende Ausrüstungsteile und das gekenterte Boot aus der Donau.

Ein großes Lob zollte ein Sprecher der Kehlheimer Polizei dem Augsburger THW: „Wenn das THW nicht zufällig zur Stelle gewesen wäre, hätte der Unfall mit absoluter Sicherheit ein sehr tragisches Ausmaß gehabt.“ Die Lust auf eine Bootsfahrt ist den vier Familien aus Neuburg an der Donau und Esslingen nach diesem „Schiffbruch“ gründlich vergangen. Sie dankten in einem Brief den THW-Helfern für ihren selbstlosen Einsatz. V.G.

Im Anschluß daran wurde das Landratsamt benachrichtigt, das schnell reagierte: Es verständigte die Feuerwehr aus Schliersee, und die zog um den Unfallort eine Ölsperre für den Fall, daß der Tank mit 300 Litern Hydrauliköl leckgeschlagen würde.

Die nächste Aufgabe bestand darin, die genaue Lage des Baggers ausfindig zu machen. Dies besorgten die Taucher der Wasserwacht aus Schliersee. Als auch dieses Problem gelöst war, ging es an die Bergung. Hierzu wurden der THW-Ortsverband Miesbach und die Tauchgruppe des Ortsverbandes Rosenheim zum Einsatzort beordert.

Die erste Idee war es, ein Ponton zu errichten, von dem aus ein Autokran den Bagger heben sollte. Diese Idee mußte aber verworfen werden, da weder die Pontons des THW noch die der Bundeswehr diese Last tragen können.

Josef Waldschütz, Besitzer eines Kranunternehmens, hatte einen anderen Plan: Er wollte mit Hilfe eines 80 Tonnen-Kranes und der Seilwinde eines 30 Tonnen-Kranes einen „Schrägzug“ bauen, mit dem es möglich sein sollte, den Bagger zu bergen. Diese Idee wurde schließlich realisiert.

Die Rosenheimer Taucher brachten um den Drehkranz des Baggers ein Stahlseil an, während am Ufer die Vorbereitungen von THW und Kranunternehmen auf Hochtouren liefen. Mit Erfolg! Denn gegen 22.00 Uhr war der Bagger aus dem Wasser geborgen, bevor man ihn auf einen Tieflader hob und abtransportierte. M.H.

Passau. 1988 wurde die Idee geboren, mit der ganzen Technischen Einsatzleitung (TEL) Passau (Stadt), deren Trägerschaft das THW innehat, das Leistungsabzeichen der bayerischen Feuerwehren zu absolvieren.

Nun war es soweit: Neun THW-Helfer (einschließlich des Ortsbeauftragten) und der Fachberater Sanitätsdienst vom BRK standen zur Ausbildung bereit. Der

Bagger aus 15 Metern Tiefe geborgen

Miesbach/Rosenheim. Gegen 10.30 Uhr arbeitete ein Baggerführer bei Fischhausen am Südufer des Schliersees, als plötzlich der Boden unter der 20 Tonnen schweren Baumaschine wegbrach. Der Bagger sank in den See und trieb etwa 30 Meter vom Ufer weg, bevor er in 15 Metern Tiefe im Schlamm versank. Der Baggerführer konnte sich aus seinem Gefährt befreien und ans Ufer retten. Er blieb unverletzt.

Einsatzleiter erwarben Feuerwehr-Leistungsabzeichen



Mit Eifer sind die Angehörigen der TEL-Passau bei der Sache.

(Foto: Hertel)

„Trainer“ war der Fachberater Brandschutz, Benno Schrimpf. Als alter Hase hatte er sofort das passende Ausbildungsprogramm parat.

Jeder bekam ungewohnte Posten zugeteilt: Der Leiter TEL wurde zum Gruppenführer ernannt, der Ortsbeauftragte zum Melder; weitere Führungskräfte waren plötzlich Wassertruppführer und der Fachberater Bergung übernahm die Funktion des Maschinisten. Es ging der Kampf gegen die Stoppuhr los, der S1/S4 räumte nicht schnell genug den Platz, und schon lag er auf dem Boden. Immer wieder Saugschläuche kuppeln: Eine schweißtreibende Arbeit bei strahlendem Sonnenschein. Allmählich lernten die Helfer auch die Meldungen, und der Löschangriff mit drei Rohren klappte.

Endlich war die Stunde der Wahrheit gekommen. Die hohe Prüfungskommission, bestehend aus Stadtbrandrat Josef Aschenbrenner, Stadtbrandinspektor Richard Bruckner und dem Zugführer I. Zug Josef Thüringer (ehemaliger Fachberater Brandschutz und Vater des Gedankens), stand bereit.

„TEL Passau (S) zur Leistungsprüfung angetreten!“ lautete die Meldung, und alles lief wie geschmiert ab. Knoten und Bunde

wurden verlangt, da war man wieder in seinem Metier. Nun erfolgte der Einsatzbefehl, und alles klappte wie am Schnürchen: Saugrohre kuppeln, mit Leinen sichern, an die Pumpe anschließen und zu Wasser bringen. „Angriffstrupp 1. Rohr, Wassertrupp 2. Rohr und Schlauchtrupp 3. Rohr!“ Sofort sausten die THW-Helfer mit Löscherät über den Platz, als ob sie schon alte Brandschutzhasen wären.

Der letzte Eimer war umgespritzt, die Stoppuhr blieb bei 203 Sekunden stehen. Alle Handgriffe wurden von den Schiedsrichtern genauestens überprüft.

Bei der Abschlusssprache sprach Stadtbrandrat Aschenbrenner der TEL seine Anerkennung aus. Eine hervorragende Zeit und fehlerfreies Arbeiten waren der Lohn für die vergossenen Schweißtropfen. Vielleicht trägt dieser Samstag zu einer weiteren Intensivierung der Zusammenarbeit zwischen THW und Feuerwehr in Passau bei.

Bei der abschließenden Siegesfeier waren alle der Meinung, daß dies nur der Anfang der „Wettbewerbstätigkeit“ sein konnte. Das Leistungsabzeichen in Silber ist das nächste Ziel. Bis es aber soweit ist, muß noch viel Schweiß fließen. H.H.

Ein ganz normaler Einsatz

Kitzingen. THW-Helfer Ralf Weiskopf schildert im folgenden Beitrag eindrucksvoll einen Einsatz auf der Bundesautobahn.

17.30 Uhr. „Noch eine halbe Stunde bis zum Feierabend“, denke ich gerade, als das Telefon klingelt. „Die Helga ist dran“, sagt mir die Chefin. „Du sollst sofort zum THW, es ist irgendwas auf der Autobahn.“ Ich lasse alles liegen und stehen und renne los, quer über den Markt zur Wohnung, um den Autoschlüssel zu holen. Treppe rauf, wieder runter und im Laufschrift zum Auto. Verdammte! Wieder einmal zugeparkt! Die Zeit scheint zu schleichen, bis der Besitzer sein Auto wegfährt.

So, jetzt aber los! Dachaufsetzer drauf, Warnblinker an, und ab zur Unterkunft. Denkste, – erstens ist gerade Rush Hour und außerdem sind offensichtlich alle gerade dabei, einen Parkplatz zu suchen und quälen sich im Schrittempo durch die Straßen. Die Verkehrsampeln – sonst meist grün – scheinen ebenfalls alle auf Rot zu stehen. Endlich nach zehn Minuten, die wie eine Ewigkeit dauern, Eintreffen an der Unterkunft.

Unser Autobahn-Kombi steht schon startklar in der Ausfahrt. Einsatzleiter Wolfgang gibt mir kurz Informationen: „Der Unfall ist auf der Bundesautobahn bei Kilometer 327, die Autobahn ist ‚zu‘, wir müssen bis Geiselwind auf Landstraßen fahren.“

Bis ich mich umgezogen habe, ist die Mannschaft komplett. Heinz ist mit seiner Rolle als Fahrer nicht so recht glücklich, hat er doch noch reichlich wenig Praxis auf der „großen Kiste“. 35 Kilometer liegen vor uns, erst durch den Berufsverkehr in Kitzingen, dann auf der Landstraße Richtung Geiselwind. Man glaubt nicht, wie viele Autofahrer ihr „Hörgerät“ nicht in Betrieb haben! Trotz Preßluft und Blaulicht, der herannahende Gerätekraftwagen scheint manche überhaupt nicht zu beeindrucken.

Die 10 % Steigung im Steigerwald schleichen wir hinter einem Sattelzug hoch, überholen unmöglich. Mittlerweile haben wir über Funk die ersten Informationen. Ein Lkw liegt quer über der Fahrbahn, irgendein noch unbekanntes „Zeug“ mit ewig langem unverständlichem Namen ist ausgefahren. Man versucht festzustellen, um was es sich handelt. Der Fahrer ist unterdessen im Krankenhaus und weiß auch nicht, was er durch die Gegend fährt.

Wir sind nicht gerade begeistert, haben wir doch schon einmal schlechte Erfahrungen mit „völlig ungefährlichen“ Stoffen bei einem Unfall gemacht. Mittlerweile haben wir die Autobahnauffahrt Geiselwind erreicht und melden uns bei „Traube 56“ unserer Autobahn-Polizeinstation. Wir erhalten den Auftrag, abzuwarten, bis kein Fahrzeug mehr auf der Autobahn kommt und sollen dann gegen die Fahrtrichtung bis zur Unfallstelle fahren, sozusagen als amtlich abgeseigneter Geisterfahrer.

Als nach circa zehn Minuten keiner mehr zu sehen ist, fahren wir los, vorsichtig auf der Standspur, man weiß ja nie, vielleicht war noch einer auf einem Parkplatz und kommt uns entgegen. Nach 6 km kommen wir an der Unfallstelle an.

Das gewohnte Bild erwartet uns: Ein Lkw liegt quer über die Fahrbahn, der Anhänger steht einen halben Meter über dem

Erdboden auf der Leitplanke. Aufgeplatzte Säcke mit weißem Pulver liegen umher. Die Feuerwehren aus Wiesentheid und Geiselwind sind schon da, sichern mit dem Schaumlöschergerät und fangen den Treibstoff auf. Der Abschleppunternehmer treibt zur schnellen Arbeit an.

Das Zeug ist nicht giftig, aber furchtbar staubig. Wir packen an, laden die Säcke in einen Müllcontainer, der natürlich zu klein ist; die ganzen Säcke auf Paletten und auf einen Abschleppwagen, ebenso Paletten und einiges Stückgut. Das Zeug brennt auf der Haut und auf den Schleimhäuten, aber das kommt von der Wärme: Wir haben 25 Grad, und es sind elf Tonnen Ladung, die wir von der Fahrbahn schaffen. Ein Kran stellt den Lkw wieder

auf die Räder, und wir kümmern uns um den Anhänger. Der ist, Gott sei Dank, leer.

Mit dem Brennschneidergerät wird die Leitplanke in handliche 4-Meter-Stücke zerlegt. Michael verbrennt sich den Schnurrbart, dann ist der Hänger frei und kann abgeschleppt werden. Jetzt noch mit der Seilwinde die Pfosten der Leitplanken aus dem Boden ziehen, und um 21.30 Uhr sind wir fertig. Der Feuerwehr Geiselwind folgen wir gern noch auf eine Super-Brotzeit mit einem Bier ins Gerätehaus, bevor wir gegen 22.30 Uhr wieder in Kitzingen einrücken.

Müde, von oben bis unten weiß, aber zufrieden, haben wir wieder einmal „einen ganz normalen Einsatz“ hinter uns.



Ein THW-Helfer zerschneidet mit dem Brennschneidergerät die Leitplanke. (Foto: Weiskopf)

Warndienst



Programmierte Hilfe und Kontrolle

Fürther Helfer bauen auf den Einsatz des Computers

Nachdem das Amt für Zivilschutz der Stadt Fürth der ABC-Melde- und Auswerte-Stelle (AMAST) aus städtischen Mitteln für Ausbildungszwecke einen Computer zur Verfügung stellte, machten sich die Helfer mit Elan an die Arbeit und schrieben für die Aufgaben der AMAST Programme. So entstanden im Laufe der Zeit ein Programm für die Auswertung der Wetterhilfsmeldung und ein Strahlenschutzprogramm.

Die Auswertung der Wetterhilfsmeldung kann über einen Drucker als Formular ausgegeben werden. Dieser Programmteil könnte auch für die Feuerwehr bei Einsätzen mit starker Rauchentwicklung, Gasausströmung usw., die sich über das Einsatzgebiet hinaus ausbreiten, interessant sein.

In dem Strahlenschutzpro-

gramm sind über ein Menü folgende Berechnungen möglich:

1. Ermittlung der Gefahrengruppe für radioaktive Strahler (nach den Richtlinien für Feuerwehren an strahlengefährdeten Einsatzstellen). Das Ergebnis wird auf dem Bildschirm angezeigt und kann über einen Drucker als Formblatt mit Anschrift des Betreibers usw. ausgedruckt werden.
2. Dosisleistungsberechnung aus Aktivität und Dosiskonstante sowie schrittweise Auflistung beliebiger Abstände. (Ausdruck ist möglich)
3. Umrechnung Ci in Bq und Bq in Ci.
4. Aufenthaltsdauer bei Einsätzen mit Radioaktivität. Nach der Eingabe der Uhrzeit und Dosisleistung wird die Aufenthaltsdauer

sowie die aufgenommene Dosis errechnet. Beim Start des Programmes muß ein Dosisrichtwert eingegeben werden. Wird dieser im Laufe des Einsatzes überschritten, ertönt ein Warnsignal. Hier kann nun der Einsatz für die betreffenden Einsatzkräfte abgebrochen werden oder der Dosisrichtwert um jeweils eine Stufe höher gewählt werden. Dabei wird die schon ermittelte Dosis und Zeitdauer des Einsatzes nicht gelöscht, sondern in die Berechnungen des neuen Dosisrichtwertes miteinbezogen. Die ermittelten Werte werden über den Drucker als Einsatzprotokoll mitgeschrieben. In diesem Protokoll werden auch namentlich die eingesetzten Helfer und die Nummern ihrer Filmdosimeter aufgenommen.

5. Computer - Strahlenschutz -

Rechenscheibe mit den folgenden Unterprogrammen:

1. Dosisleistung zum Zeitpunkt t
2. Zeit bis zur Dosisleistung X
3. Aufgenommene Dosis zwischen t1 und t2
4. Aufenthaltsdauer bis zur Dosis X
5. Zeitpunkt der Detonation aus D1 und D2
6. Aktivität zum Zeitpunkt t
7. Halbwertszeit aus AO und A(t).

Bei abweichendem radioaktivem Zerfall kann der aktuelle Zerfallsexponent gewählt werden.

Die Strahlenschutz-Programme 1-4 sind mehr auf die Belange der Feuerwehr zugeschnitten, während das Programm Nr. 5 für Berechnungen in der AMAST gedacht ist.

Der Übungsablauf in der AMAST Fürth hat sich nun dahin-

=====

S T R A H L E N - S C H U T Z - G E F A H R E N G R U P P E

=====

BETREIBER DES STRAHLERS : Ingenieurbuero Geyer

.....

ANSCHRIFT : Fuerth Schwabacherstrasse 154

.....

TELEFON : 0911-718474

.....

ART DES STRAHLERS : CS -137

.....

UMSCHLOSSEN (JA/NEIN) : JA

.....

AKTIVITAET (IN Ci ODER Bq) = 500 mCi = $1.85 \cdot 10^{10}$ Bq

.....

F R E I G R E N Z W E R T = $1 \cdot 10^{-6}$

.....

VIELFACHES DER FREIGRENZE = 50000

NACH DEN RICHTLINIEN DER FEUERWEHR AN STRAHLENGEFAEHRDETEN EINSATZSTELLEN
ERFOLGTE DIE EINORDNUNG DES STRAHLERS IN DIE:

G E F A H R E N G R U P P E I I

FUERTH, DEN 20.01.1989

Feuerschutzamt

Die Ermittlung der Gefahrengruppe für radioaktive Strahler kann als Formblatt ausgedruckt werden.

Abst.in m	Rem/h	Sv/h	Abst.in m	Rem/h	Sv/h
.1	10	0.1000000	.6	.2777778	0.0027778
Abst.in m	Rem/h	Sv/h	Abst.in m	Rem/h	Sv/h
.2	2.5	0.0250000	.7000001	.2040816	0.0020408
Abst.in m	Rem/h	Sv/h	Abst.in m	Rem/h	Sv/h
.3	1.111111	0.0111111	.8000001	.15625	0.0015625
Abst.in m	Rem/h	Sv/h	Abst.in m	Rem/h	Sv/h
.4	.625	0.0062500	.9000001	.1234568	0.0012346
Abst.in m	Rem/h	Sv/h			
.5	.4	0.0040000			

Bei der Dosisleistungsberechnung aus Aktivität und Dosiskonstante lassen sich beliebige Abstände eingeben.

STRAHLEN - EINSATZ - PROTOKOLL

Dosisrichtwert = 15 mSv

Einsatzbeginn 20.01.1989-15.00

Der aktuelle Wert der Dosisleistung betraegt 6 mSv/h ;
gemessen um 15.04 Uhr.

Bei gleichbleibender Dosisleistung darf der Helfer 2 Stunden und 30
Minuten in dem Gebiet verweilen.

Die neue aktuelle Dosisleistung betraegt 7 mSv/h;
gemessen um 15.09 Uhr.

Der Helfer hielt sich 0 Stunden und 5 Minuten im Gebiet der letzten
Dosisleistung auf.

hat bisher .5 mSv aufgenommen.

~~Der neue Dosisleistung darf der Helfer 2 Stunden und 4~~

~~Bei gleichbleibender
Minuten in dem Gebiet verweilen mSv/h;~~

~~Die neue aktuelle Dosisleistung betraegt
gemessen um 15.29 Uhr.~~

~~Der Helfer hielt sich 0 Stunden und 3 Minuten im Gebiet der letzten
Dosisleistung auf.~~

~~Der Helfer hat bisher 4.966666 mSv aufgenommen.~~

~~Bei gleichbleibender Dosisleistung darf der Helfer 0 Stunden und 12
Minuten in dem Gebiet verweilen.~~

Die Helfer beenden ihren Strahlenschutz Einsatz

Im Strahlenschutz Einsatz-Einsatz war : Berufsfeuerwehr Fuerth

Es waren beteiligt :

(Vorname, Name, Nummer des Filmdosimeters)

Schaller Horst	267831
Eckert Guenter	267832
Ott Theo	267833

Die Einsatzdauer betrug 0 Stunden und 25 Minuten.

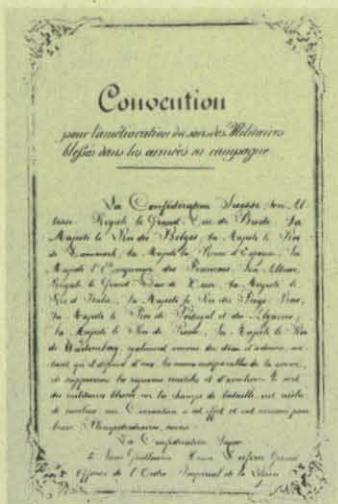
Das Einsatzprotokoll gibt detailliert Auskunft.



125 Jahre Schutz für Konfliktopfer

War im vergangenen Jahr Gelegenheit, sich der Gründung des Roten Kreuzes vor 125 Jahren zu erinnern, folgt 1989 das 125jährige Jubiläum der Genfer Rotkreuz-Abkommen. Am 22. August 1864 beschlossen und unterzeichneten die Delegationen von zwölf europäischen Regierungen die 1. Genfer Konvention, welche die „Verbesserung des Schicksals der verwundeten Soldaten der Armeen im Felde“ zum Inhalt hatte.

Damit wurde die erste Masche im Netzwerk eines universalen, humanitären Völkerrechts geknüpft, das den Menschen vor Folgen von Kriegen, Bürgerkriegen und bewaffneten inneren Konflikten schützen soll. Es um-



Die Genfer Konvention stammt aus dem Jahre 1864.

faßt heute die vier Genfer Rotkreuz-Abkommen und zwei ergänzende Zusatzprotokolle, von denen sich das 1. Zusatzprotokoll mit den internationalen, das 2. Protokoll mit den nicht internationalen Konflikten – also den Bürgerkriegen – befaßt. Die vier Genfer Abkommen sind bis heute von 166 Staaten angenommen worden, es liegen bislang 86 Ratifikationen für Protokoll 1 und 76 für Protokoll 2 vor. Damit haben sich die Vertragsparteien zum Schutz von Verwundeten auf dem Land und zur See sowie von Kriegsgefangenen und von kriegsrischen Auseinandersetzungen betroffenen Zivilpersonen verpflichtet.

Mit seinen heute fast 4800 weltweit im Einsatz stehenden Mitarbeitern hat das von Henry Dunant gegründete Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) das Mandat, unter Wahrung seiner Unparteilichkeit, Menschen zu helfen und die Einhaltung der Abkommen zu gewährleisten. Äthiopien und der Libanon, Afghanistan, El Salvador, Iran und Irak sollen nur beispielhaft als Felder seiner zahllosen humanitären Einsätze genannt sein, für die das IKRK in den Jahren 1917 und 1944 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde.

„Die Dienste des Deutschen Roten Kreuzes bei Großveranstaltungen“

Fachsymposium am 15. und 16. September 1989 in der DRK-Bundesschule in Meckenheim-Merl

Der Unglückstag von Ramstein war der Auslöser für zukunftsorientierte Überlegungen, in welcher Weise eine Hilfsorganisation wie das DRK im Rahmen der üblichen Betreuung von Großveranstaltungen erhöhten Anforderungen bei schwieriger gewordenen Bedingungen und größeren Gefahrenpotentialen gerecht werden kann.

Die Ergebnisse, gemeinsam erarbeitet von Vertretern des Bundestages, der Bundes- und Landesbehörden, der Bundeswehr, der US-Air Force, aus Landes- und Kreisverbänden des DRK, von den Rotkreuz-Gesellschaften aus den Niederlanden, aus der Schweiz und aus Österreich, vom ASB, der JUH und des MHD und nicht zuletzt des Deut-

schen Fußballbundes und des ADAC, werden in den 7. Rettungskongreß 1990 in Saarbrücken einfließen. Die Veranstaltung stand unter Leitung des DRK-Vizepräsidenten Dr. Hartwig Schlegelberger.

Das DRK wurde von den Teilnehmern aufgefordert, Handreichungen mit den Fachleuten aller tangierten Bereiche zu erar-

beiten, die die heutigen Gefahrenpotentialen verstärkt berücksichtigen.

Die Leistung von Mitbürgern als ehrenamtliche Helferinnen und Helfer der Hilfsorganisationen bei der Betreuung von Veranstaltungen ist nicht ersetzbar und unverzichtbar; als freiwillige Leistung ist sie auch nicht erzwingbar. Ohne dieses freiwillige Enga-



Leitung des Fachsymposiums (v.r.n.l.): DRK-Generalsekretär Dr. Schmitz-Wenzel, DRK-Bundesarzt Dr. Linde, DRK-Vizepräsident Dr. Schlegelberger, Referatsleiter Plesske und Referent W. Glass.



Die Referenten (v.l.n.r.): Florian Gerster, MdB; Dr. Schöttler, ZS-Sachverständiger; Oberstarzt Dr. Paul, BMVg; Colonel Howard, US-Air Force Ramstein; Dr. Heil, Dolmetscher; und Referatsleiter Ziemei. (Fotos: Zensen)

gement der Helferinnen und Helfer, tausendfach wahrgenommen an vielen Abenden und Wochenenden im Jahr, wäre der deutschen Bevölkerung die Teilnahme

an besonderen Höhepunkten im sportlichen, religiösen, kulturellen und politischen Leben sowie in der allgemeinen Freizeitgestaltung verwehrt.

Schlußfolgerungen als Grundlage von Arbeitshinweisen für die DRK-Verbände und die Behörden, Organisationen und Institutionen, die an der Durchführung und Un-

terstützung von Großveranstaltungen beteiligt sind, werden in der Dezember-Ausgabe zur Diskussion gestellt. Winfried Glass

DRK baut winterfeste Häuser in Armenien

Das Klima diktiert den Zeitpunkt des Baubeginns in Armenien. Bis Ende Oktober müssen in den Regionen Leninakan, Kirovakan und Spitak 500 Behelfshäuser in 21 Dörfern bezugsfertig sein für jene Betroffenen des Erdbebens, die zur Zeit noch in nicht winterfesten Notunterkünften leben. Die Häuser sind in der Bundesrepublik vorfabriziert, haben eine Größe von rund 40m² und sind mit Naßzelle, Spüle, Boiler und Ofen ausgestattet. Sie kosten 23 000 DM pro Stück und sollen von rund 160 meist ehrenamtlichen Helfern aus den Landesverbänden des Deutschen Roten Kreuzes aufgebaut werden. Zahlreiche dieser Handwerker wie Zimmerer, Schreiner und Installateure bringen Erfahrungen aus ähnlichen Einsätzen früherer Zeit mit, wie z. B. aus dem Wiederaufbau 1980/81 im Hinterland von Salerno/Italien, wo sich die



Noch aktuell: Notunterkünfte.

nach dem verheerenden Erdbeben auch seinerzeit aus vorfabrizierten Teilen errichteten Holzhäuser noch heute großer Beliebtheit erfreuen.

Lastkraftwagen der Sowjetischen Staatsspedition brachten ab Anfang August die Fertigteile

von den deutschen Herstellern in Morsbach, Wissen und München im Pendelverkehr nach Armenien. Ein Vorauskommando des DRK traf die Vorbereitungen vor Ort zur reibungslosen Abwicklung des Aufbaus, zu dem am 22. August der erste Bautrupps mit ca. 70 Handwerkern in Eriwan eintraf. Er wurde am 15. September von

einer zweiten Handwerkergruppe abgelöst. Ende Oktober sollen die Aufbauarbeiten nach Plan abgeschlossen sein. Die Gesamtkosten in Höhe von rund 14 Millionen DM sind ein Teil der Spenden, die die Bevölkerung der Bundesrepublik dem DRK zur Linderung der Not in Armenien anvertraut hat.



Die Zeit drängt: Holzhäuser im Bau.

(Fotos: Spiegl)

Gründung des Deutschen Nationalkomitees für die Internationale Dekade für Katastrophenvorbeugung (IDNDR)

Naturkatastrophen sind Ursache und Wirkung der Unterentwicklung! Natürliche Gewalten können zwar Katastrophen auslösen, in vielen Ländern der Dritten Welt sind es jedoch bestimmte soziale, politische u. a. Gegebenheiten, die ein Naturereignis zur eigentlichen Katastrophe werden lassen.

Diese These hat die internationale Expertenrunde ihren Vorbereitungen für die Internationale Dekade zur Katastrophenvorbeugung (Int. Decade for Natural Disaster Reduction/IDNDR) zugrunde gelegt. Sie verlangt von den politisch Verantwortlichen eine Abkehr von der fatalistischen Ka-

tastrophenhinnahme und eine Prioritätenverschiebung von der post factum Schadensreparatur zur Schadensvorbeugung.

Am 21. September 1989 findet die konstituierende Sitzung des Deutschen Nationalkomitees für die von der UN-Vollversammlung deklarierte, 1990 beginnende IDNDR im Generalsekretariat des Deutschen Roten Kreuzes in Bonn statt. Dem Deutschen Nationalkomitee gehören Persönlichkeiten aus den Bereichen Politik, Wirtschaft, Medien, Wissenschaft und Forschung sowie Katastrophenhilfe und -vorbeugung an.

Das DRK spielt im Bereich der

Katastrophenvorbeugung eine wichtige Rolle unter den Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Zur Zeit werden durch das DRK langfristig angelegte Katastrophenvorbeugeprojekte in Äthiopien und Bangladesh gefördert. Ausbildung und Beratung sind elementare Komponenten der Projekte. In Äthiopien werden beispielsweise umfangreiche Maßnahmen in den Bereichen Bodenkonservierung, Aufforstung, angepasste Landwirtschaft, Gesundheitswesen u. a. durchgeführt. In der Bevölkerung wird das Bewußtsein gefördert, daß die Ausmaße der Dürrekatastrophe durch menschliches Fehlver-

halten verstärkt und die Folgen durch entsprechende Maßnahmen und Planung gemindert werden können. Dieser Projektansatz, bei dem auf bestehende Strukturen aufgebaut wird, denn in fast allen Staaten der Erde bestehen nationale Gesellschaften des Roten Kreuzes oder Roten Halbmondes, ist erfolgversprechend.

Die Förderung der bi- und multilateralen Zusammenarbeit im Bereich der Katastrophenforschung und -vorbeugung ist der IDNDR zum Ziel gesetzt worden.

In Ramstein haben sie gefehlt

Schnell, unbürokratisch und hochmotiviert: Schnelleinsatzgruppen schließen die Lücke zwischen Rettungsdienst und Katastropheneinsatz. Beim Arbeiter-Samariter-Bund existieren inzwischen elf Schnelleinsatzgruppen, die bei Großschadensfällen schnellstmöglich zur Stelle sind.

„Hier Sama 30, hier Sama 30. Einsatz für die SEG!“ Rund vier Minuten, nachdem Einsatzleiter Johann Hinrich Vollstedt diesen Ruf per Funk durchgegeben hat, treffen die Helfer in ihren orangefarbenen Anzügen auf dem Hof der Einsatzleitstelle ein. Über einen Piepser, den jeder Helfer bei sich trägt, empfangen sie das Kommando: „Alle Fahrzeuge in der Halle besetzen.“ Inzwischen ist die Besatzung des Einsatzleitfahrzeuges bereits unterwegs, um den Einsatzort zu erkunden. „Haben die Lage erkundet. Auf der A 1, in Höhe . . . , ist ein LKW umgekippt. Giftige Chemikalien laufen aus. Kolonne sofort kommen.“ – „Meldung angekommen“, erwidert der Sanitäter in der Einsatzzentrale und gibt per Funk den Ort bekannt, wo schnellstens Hilfe nötig ist. Die Fahrzeugkolonne setzt sich in Bewegung und ist in einer Viertelstunde am Einsatzort.

Dort angekommen, läßt für dieses Mal die Erwartung und Spannung nach, denn was sich hier hochdramatisch entwickelt hat, ist Gott sei Dank nur eine Übung gewesen.

Doch so oder so ähnlich geht es zu, wenn eine Schnelleinsatzgruppe, kurz SEG genannt, zum Einsatz gerufen wird. Diese Übung hat beim ASB Stormarn stattgefunden. Er ist einer der inzwischen elf Ortsverbände des Arbeiter-Samariter-Bundes, die eine Schnelleinsatzgruppe eingerichtet haben.

Schnelleinsatzgruppen: Wer

sind sie, und wozu braucht man sie? Aufgabe der Schnelleinsatzgruppe ist es, den normalen Rettungsdienst zu unterstützen, um den sanitätsdienstlichen Anforderungen, die ein Massenunfall mit sich bringt, gerecht zu werden.

Bei dem immer noch nicht vergessenen, schweren Flugzeugunglück beim Flugtag in Ramstein beispielsweise wäre eine Schnelleinsatzgruppe bitter nötig gewesen. Sie hat in der inzwischen existierenden Form gefehlt – einer der Gründe, warum die Auswirkungen dieses Massenunfalls so verheerend waren. Einer der Gründe auch, warum sich die Hilfsorganisationen verstärkt damit auseinandergesetzt haben, wie die Lücke zwischen dem üblichen Rettungsdienst und dem Katastrophenschutz zu schließen sei.

Zu Massen- oder auch Großschadensunfällen zählen Eisenbahn-, Schiffs- und Flugzeugunglücke, Großbrände in Alten- und Behindertenheimen, Krankenhäusern, aber auch Chemieunfälle, beispielsweise bei Gefahrgut-

transporten. In all diesen Fällen muß mit einer besonders hohen Zahl von Verletzten gerechnet werden.

Bei einem solchen Massenunfall ist der Rettungsdienst je nach örtlicher Lage kapazitätsmäßig ganz einfach überlastet, denn die Fahrzeuge und Helfer, die sich bereithalten müssen, um z. B. bei einem Verkehrsunfall zur Stelle zu sein, können nicht parallel für den SEG-Einsatz zur Verfügung stehen. Die Katastrophenschutz-Einheiten wiederum sind wegen längerer Alarmzeiten von mehreren Stunden ebenfalls nicht oder nur mit Verzögerung einsatzfähig. Außerdem leistet der Katastrophenschutz von seiner Struktur und Ausrüstung her keine Intensivversorgung, sondern ist für noch größere Schadenslagen vorgesehen.

Schnelleinsatzgruppen sind bisher immer dort entstanden, wo es die Lage der Gegend erforderlich macht.

Die schleswig-holsteinischen Ortsverbände Heiligenhafen und Stormarn befinden sich beispiels-

weise in der Nähe der A 1, der Autobahn, auf der eine große Anzahl von Tanklastwagen mit gefährlichen Flüssigkeiten und Gasen nach Skandinavien bzw. von dort in die Bundesrepublik Deutschland transportiert werden. Passiert ein Unfall und Chemikalien laufen aus, kann das verheerende Folgen haben, wenn nicht schnellstmöglich eine Spezialeinheit helfen kann, die einem solchen Großschadensfall und einer hohen Anzahl von Verletzten, gewachsen ist. Eine Schnelleinsatzgruppe kann demnach auch nur da gegründet werden, wo Rettungsdienst und Katastrophenschutz bereits zu den Angeboten des ASB gehören. Sie bedingt darüber hinaus eine besondere Struktur. Nur ständige Übungen, straffe Organisation und produktive Teamarbeit können gewährleisten, daß im Ernstfall kein Chaos entsteht.

Einige Schnelleinsatzgruppen verfügen auch über eine spezielle Zusatzeinrichtung, von der man sich im Notfall entscheidende Unterstützung erhofft.



Die Schnelleinsatzgruppen des ASB-Ortsverbandes Stormarn.

(Foto: K. Meyer)



ASB-Funker Klaus Gotthardt bedient beim OV Stormarn den digitalen Datenfunk. (Foto: K. Meyer)

Beim OV Stormarn beispielsweise ist das der Digitale Datenfunk. Der Unterschied zur Sprechfunkanlage ist ganz einfach, daß nicht mehr gesprochen wird, sondern Meldungen per Schreibcomputer an die Leitstelle durchgegeben werden. Dabei geht es sowohl um Anforderungen von Materialien und Hilfspersonal als auch darum, Daten über die Verletzten mitzuteilen: Wer hat welche Verletzung, wer wird in welches Krankenhaus verlegt, wer benötigt welche Medikamente? Verstehensfehler sind über Sprechfunk nicht ganz auszuschließen. Namen oder Medikamente werden schon mal falsch verstanden. Zudem gewährleistet der Computer, daß alle Daten gespeichert sind, denn Informationen per Funk können in der Hektik, die ein Einsatz mit sich bringt, auch vergessen werden. „Wenn ein Unfall sich zu einem Massenglück entwickelt, bietet der digitale Datenfunk also über den BOS-Funk hinaus noch mehr Kommunikationsmöglichkeiten“, erklärt Klaus Gotthardt, Funker der SEG des Ortsverbandes Stormarn.

In Schleswig-Holstein ist es der Gefahrguttransport, in Hamburg sind Großunglücksfälle durch den Flughafen, die Schifffahrt, Bahnlinien und Raffinerien im Hafen vorprogrammiert. Grund genug für den ASB-Landesverband Hamburg, hier eine Schnelleinsatzgruppe zu gründen. Dem ASB-Landestechniker Uwe Wichelmann ist zu verdanken, daß eine 40 Mann starke Gruppe für einen SEG-Einsatz inzwischen vorbildlich gerüstet ist.

Ziel der Hamburger SEG ist es, für bestmögliche Erst-Versorgung am Unfallort zu sorgen. Sie muß so optimal sein, daß im Krankenhaus sofort weiterbehandelt werden kann. Intensivmedizinischer Standard ist dabei gewährleistet.

Die SEG in Hamburg gliedert sich in vier Gruppen. Drei Grup-

pen bilden das Rettungspersonal, eine Gruppe den Technischen Dienst. „Wir nennen sie auch ‚Hol-mal-bring-mal-Leute‘, weil sie Telefone aufbauen, Kisten schleppen, Anschlüsse legen, für Licht sorgen – kurz gesagt, die Rettungssanitäter für das Wesentliche, nämlich die Erstversor-



Um fit zu bleiben: Üben und immer wieder üben.

gung, freihalten“, erklärt Götz Leonhard, Gruppenführer und Rettungssanitäter der Hamburger SEG.

Auch in Hamburg gibt es eine „Spezialität“. Ein ehemaliger Möbelwagen ist in ein besonderes SEG-Kraftfahrzeug umgerüstet worden. In einer Gruppendiskussion hat man genaue Überlegungen angestellt, was im Einsatzfall notwendig ist und um welche Dinge man einen üblichen Rettungs- und Krankentransportwagen erweitern muß. Dazu gehört zum Beispiel ein erweiterter Arztkoffer. „Normalerweise ist das vom Bund aus vorgegeben. Wir wollen aber nicht alles so übernehmen, sondern die Einheit und Ausrüstung so flexibel gestalten, wie wir das für richtig halten“, ergänzt Torsten Harms, Leiter der Hamburger SEG. „Ganz wichtig ist Teamarbeit“, führt er weiter aus. „Hohe Motivation und hohe Flexibilität setzen wir voraus.“

Anlässlich der Windjammerparade, die zum 800jährigen Geburtstag des Hamburger Hafens stattfand, hatte die SEG Bereitschaft. Die erwarteten drei Millionen Besucher blieben jedoch aus, so daß nennenswerte Großunglücksfälle, mit denen man hätte rechnen können, Gott sei Dank nicht eingetroffen sind.

Auch in anderen Schnelleinsatzgruppen des ASB ist man gut gerüstet. Die Ortsverbände Heiligenhafen, Mainz, Erlangen, Hannover-Land, Ulm, Illertissen, Coburg, München und Kaiserslautern verfügen ebenfalls über engagierte Teams, die für Massenfälle einsatzbereit sind.

So entscheidend Schnelleinsatzgruppen sind und so sehr ihre Bedeutung inzwischen klar geworden ist, gibt es doch Probleme finanzieller Art. Seitens des Innenministeriums ist man zwar angetan davon, daß die Lücke zwischen Sanitätsdienst und Katastrophenhilfe geschlossen worden ist, aber der konkrete Vorteil ist immer noch nicht bewußt. Sollte sie erst dann richtig erkannt werden, wenn ein zweites „Ramstein-Unglück“ den Einsatz eines SEG-Rettungsteams nötig macht und den Nutzen prägnant vor Augen führt? Bisher ließen Großschadensfälle dieser Art noch auf sich warten, aber die SEGler stehen in den Startlöchern...

Karin Meyer

Jung und alt gemeinsam aktiv

Immer häufiger helfen auch ältere Johanniter freiwillig den Menschen

Willy Bremges hat viel zu tun. Kranke Menschen müssen zum Krankenhaus gefahren, Blutspenden rechtzeitig transportiert werden. Wichtig ist auch die Zustellung von kompletten Mahlzeiten frei Haus für Menschen, die sich nicht mehr ohne weiteres selbst versorgen können. Hinzu kommen die täglichen Fahrten zum Arzt oder zum Einkaufen mit denen, die diese Wege nicht mehr alleine schaffen. All diese Aufgaben wollen gut durchdacht und geplant sein. Und in einem jungen Johanniter-Kreisverband wie in Mönchengladbach packt der Kreisbeauftragte Willy Bremges oft genug selbst mit an. So sind zwölf Stunden freiwilliger Einsatz pro Tag für den ehrenamtlichen Johanniter mittlerweile zur Regel geworden. Willy Bremges kann diese außergewöhnliche zeitliche Belastung dennoch mit seinen übrigen Pflichten vereinbaren. Der Kreisbeauftragte ist 67 Jahre alt und seit drei Jahren Rentner.

Die Johanniter helfen freiwillig älteren Menschen. Das ist bekannt. Doch immer häufiger helfen auch ältere Johanniter freiwillig den Menschen. Denn das Alter hat heute eine neue Dimension bekommen. Längst sind alte Menschen nicht mehr so häufig pflegebedürftig. Im Gegenteil: Viele Senioren geben sich vital und energiegeladen. Wie Willy Bremges. Der ehemalige Rektor einer Realschule fühlte sich vor drei Jahren mit 64 einfach noch zu jung, um mit Eintritt des Rentenalters die Hände in den Schoß zu legen.

So suchte und fand der vitale Rentner eine neue Aufgabe. Bei der Johanniter-Unfall-Hilfe.

Dort traf Willy Bremges auch auf viele Gleichgesinnte. Der JUH-Kreisverband in Mönchengladbach ist ein typisches Beispiel für das erfolgreiche Zusam-



Die Mönchengladbacher Johanniter sind gut in Fahrt: Zum Fuhrpark gehören unter anderem auch ein City-Flitzer und der neue Krankentransportwagen, hier mit Willy Bremges am Steuer.



menwirken verschiedener Generationen im freiwilligen Dienst für den Menschen. „Unser Kreisverband wurde nach meiner Ernennung zum Kreisbeauftragten völlig neu aufgebaut“, erinnert sich Willy Bremges. „Da mußten Jung und Alt zusammenstehen, um die schwierige Aufbauphase erfolgreich abzuschließen.“ So arbeiteten ehrenamtliche jugendliche Helfer um die 20 und Johanniter im Rentenalter Hand in Hand. Das Ergebnis kann sich sehen lassen: Die JUH in Mönchengladbach gibt heute Woche für Woche an 70 Menschen den Mahlzeitendienst „Essen auf Rädern“ aus, darunter 30 Menüs für Diabetiker. Pro Tag werden zwei bis drei Menschen zum Arzt oder zum Einkaufen gefahren. Hinzu kommt der Transport zahlreicher Blutproben sowie eiliger Blutkonserven.

Nicht zuletzt waren die Mönchengladbacher Johanniter diesen Sommer fast jedes Wochenende im Sanitätsdienst im Einsatz. Dazu gehörten unter anderem so verantwortungsvolle Aufgaben wie die Betreuung der Deutschen Kung-Fu-Meisterschaften.

Für all diese Einsätze steht ein gut eingespieltes Team zur Verfügung. Die Johanniter arbeiten in Mönchengladbach mit 30 ehrenamtlichen Kräften, einem hauptamtlichen Mitarbeiter sowie einem Zivildienstleistenden. Zu den ehrenamtlichen Helfern gehören auch drei Rentner, die in der Lage sind, einen überdurchschnittlichen Anteil ihrer Zeit im freiwilligen Dienst einzusetzen. Neben Willy Bremges haben Alfred Thörissen (63) und Hermann Boymanns (61) bei den Johannitern eine neue sinnvolle Aufgabe gefunden. So ist Alfred Thörissen erst seit einem halben Jahr aktiver Johanniter und verbringt bereits wöchentlich viele Stunden

hinterm Steuer mit dem Transport von Blutproben.

Hermann Boymanns war früher Flächenschleifer. Vor zwei Jahren kam der Rentner zufällig über Willy Bremges in Kontakt mit den Johannitern. „Heute habe ich eine interessante Aufgabe“, freut sich der ehrenamtliche Helfer. „Woche für Woche verbringe ich zahlreiche Stunden in unserer Rettungsleitstelle. Außerdem helfe ich bei der Planung der Einsätze. Der Dienst am Menschen in einem jungen Team macht richtig Spaß.“

All diese Erfolge werden von der Bevölkerung anerkannt und honoriert. So konnte die JUH in Mönchengladbach seit Gründung ihres aktiven neuen Kreisverbandes vor drei Jahren rund 1560 Fördermitglieder gewinnen. Auch der Fuhrpark kann sich sehen lassen. Inzwischen ist die „junge“ Mannschaft mit vier Pkws und einem nagelneuen Krankentransportwagen ausgestattet.

Blaulichtfahrten macht „Chef“ Willy Bremges manchmal auch selbst. Noch nach dem Eintritt ins Rentenalter hat der Kreisbeauftragte an einem entsprechenden Lehrgang erfolgreich teilgenommen. C. E.



Jung und alt haben im Ehrenamt gemeinsam viel Freude. Hermann Boymanns ist in der Rettungsleitstelle und bei der Verpackung von „Essen auf Rädern“ aktiv.

Bundessieger erneut aus Bayern:

Erste Hilfe mit Herz

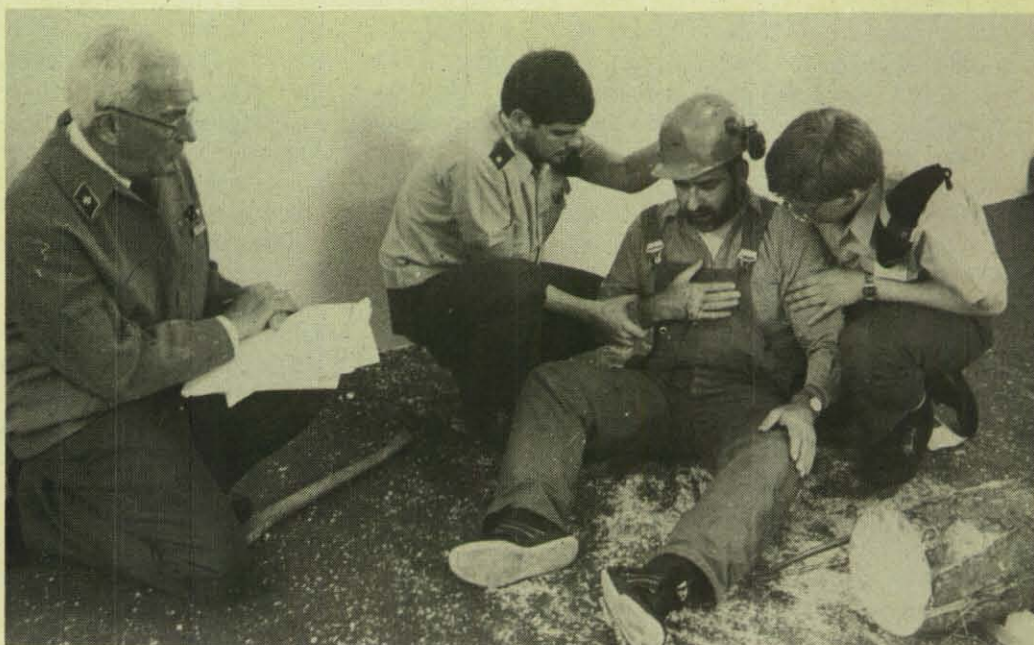
19 Sanitätsgruppen des Malteser-Hilfsdienstes ermittelten beim 7. Bundeswettbewerb in Waldkirchen bei Passau ihren Sieger. Die Malteser aus Traunstein errangen mit 1212 von 1549 möglichen Punkten den ersten Rang. Dicht gefolgt von den Memmingern mit 1185 Punkten und der Gruppe aus Nunkirchen bei Trier.

Dieter Graf Landsberg-Velen, Präsident des Malteser-Hilfsdienstes, bescheinigte den 190 teilnehmenden Helferinnen und Helfern eine hohe Motivation zur fachgerechten Ersten Hilfe. Der Wettbewerb habe insgesamt ein hervorragendes Ergebnis gezeigt. Die von den Gruppen erzielten Punkte attestieren den Maltesern weitere Erfolge in der Ausbildung der aktiven Mitglieder.

Erfreut stellte Graf Landsberg bei der Siegerehrung fest, daß nicht nur die fachgerechte Erste Hilfe von den Sanitätern beherrscht werde, sondern große Sorgfalt auf die menschliche Betreuung der „Opfer“ gelegt werde. „Malteser leisten Erste Hilfe mit Herz“, bemerkte der Präsident.

Die Gruppen hatten einen schriftlichen Test und elf Notfallsituationen zu bewältigen, vom Verkehrsunfall über einen Selbstmordversuch bis hin zum Chemieunfall. 28 Verletztendarsteller der holländischen Lotusgruppe konfrontierten die Ersthelfer realitätsgetreu mit verschiedenen Notfällen.

Der Bundessieger wird den nächsten Wettbewerb in zwei Jahren ausrichten. Damit bleibt auch 1991 diese Veranstaltung fest in bayerischer Hand.



Elf verschiedene Notfallsituationen galt es zu bewältigen: vom Verkehrsunfall über einen Selbstmordversuch bis hin zum Grillunfall.



Die Siegergruppe kommt erneut aus Bayern: Die Malteser aus Traunstein waren die besten.

(Fotos: Kramer)

Zehn Jahre Flüchtlingsbetreuung – kein Grund zum Feiern

Indochina im September 1979: Die vietnamesisch-kambodschanischen Kriegshandlungen kommen zum Stillstand. Die kampferprobte vietnamesische Kriegsmaschinerie hat in Kambodscha eines der schlimmsten Terrorregime zu Fall gebracht: Die Roten Khmer unter ihrem Führer Pol Pot müssen außer Landes fliehen. Zu diesem Zeitpunkt hatten die Roten Khmer bereits 2 bis 3 Millionen Landsleute umgebracht – nur weil sie dem primitiv-kommunistischen Ideal eines Arbeiter- und Bauernstaates nicht entsprachen.

Doch der Einmarsch der Vietnamesen befriedet das Land nicht. Widerstandsgruppen verschiedener politischer Richtungen setzen sich im kambodschanisch-thailändischen Grenzgebiet fest und attackieren die Besatzungstruppen.

Massenflucht Richtung Thailand

Flüchtlingsbewegungen ungeheuren Ausmaßes setzen ein. Innerhalb kurzer Zeit fliehen Hunderttausende Khmer, Laoten und Vietnamesen aus ihrer Heimat. Über verminte Landesgrenzen und gefährliche Seewege versuchen sie, die angrenzenden Staaten zu erreichen. Vielen gelingt das nicht. Sie werden von alten Holzminen zerfetzt, auf dem Meer werden sie entweder Opfer von Seepiraten oder ihre seeuntüchtigen Boote gehen schon bei geringsten Windstärken unter. Auf der Flucht werden Frauen vergewaltigt, Kinder gezwungen, mit bloßen Händen Schützengräben auszuheben. Todkrank und ausgehungert, oft schwer verletzt, erreichen sie die Lager in Thailand, in denen bald mehr Flüchtlinge leben, als Kambodschas Hauptstadt je an Einwohnern zählte: 300 000.

Medizin und Ernährung

In dieser Zeit beginnt der Malteser-Auslandsdienst einen seiner längsten Einsätze. In den nordthailändischen Flüchtlingsla-

gern Chiang Kham und Chinag-Khong gelingt es einem fünfköpfigen medical-team des MHD gemeinsam mit angelernten Flüchtlingen, die bestehenden Camp-Kliniken funktionstüchtig zu machen. Die allgemein-medizinische Arbeit wird verbessert. Zusätzliche Ernährungsprogramme verhindern das Sterben zahlreicher ausgemergelter Kinder. Schwangerschaftsvorsorge, Impfungen und Hygieneunterricht werden angeboten. Nach knapp einjähriger Tätigkeit hat sich die Lage stabilisiert, so daß die medizinische Arbeit zum großen Teil an das Katholische Büro für Flüchtlingshilfe COERR delegiert werden kann.

Doch plötzlich bekommt das Flüchtlingsdrama eine neue Dimension: Aufgrund heftiger Kampfhandlungen überschreiten innerhalb weniger Tage 60 000 Kambodschaner die Grenze nach Thailand. Neue Lager und Hospitäler entstehen. Das Bambushospital der Malteser im Camp Khao-

I-Dang mit seinen 90 Betten ist bald überfüllt. Monatlich müssen mehr als 300 chirurgische Eingriffe ausgeführt werden.

Schwerpunkt Lepaarbeit

Auch in den folgenden Jahren – vor allem in der Trockenzeit – kommt es immer wieder zu kriegerischen Auseinandersetzungen. Die Vereinten Nationen teilen die Aufgabengebiete unter den Hilfsorganisationen auf. Die Malteser übernehmen die Behandlung Leprakrankter und anderer schwieriger Krankheiten. Anfang der 80er Jahre werden Ärzte und Schwestern dafür in Indien ausgebildet. Ein vierköpfiges Spezialistenteam versorgt in drei Lagern mehr als 200 Patienten. Im Camp Site 2 (160 000 Flüchtlinge) entsteht ein zweites Hospital. Zeitweise werden mehr als 30 Patienten aufgrund schwerer Leprareaktionen stationär behandelt.

Heute sind die Hilfen für die Flüchtlinge in den Lagern verbes-

sert, sogar die umliegenden thailändischen Dörfer können mit einbezogen werden. Ein Gefälle in der Gesundheitsversorgung zwischen den Flüchtlingen und der thailändischen Grenzbevölkerung soll so vermieden werden.

Mit regelmäßig stattfindenden rekonstruktiven Operationen bemühen sich die Malteser um die Wiederherstellung einer ausreichenden Bewegungsfähigkeit der Leprakranken. Im Rahmen zusätzlicher chirurgischer Programme operieren Spezialisten Kinder mit Lippen-, Kiefer- und Gaumenspalten. Ärzte für plastische Chirurgie bemühen sich seit Mitte 1988, Mißbildungen und Kriegsverletzungen zu beheben. Diese Hilfen wurden von der UNO als die erfolgreichsten Sonderprogramme des letzten Jahres bezeichnet.

Keine Lösung in Sicht

Die Wirkung der Hilfe ist groß. Doch die beste aller Lösungen liegt noch in weiter Ferne. Seit



Zahlreiche ausgemergelte Khmer-Kinder wurden mit zusätzlichen Ernährungsprogrammen gerettet.

zehn Jahren zieht sich dieser Konflikt hin, eine Lösung ist noch lange nicht in Sicht.

Obwohl im März dieses Jahres erstmals Khmer unter dem Schutz des UN-Flüchtlingskommissars nach Kambodscha zurückkehren durften, ist für die Masse der Khmer und Vietnamesen die Rückkehr ein Tabu. Sie fürchten, Repressalien ausgesetzt und als politisch Abtrünnige behandelt zu werden. Was das heißt, wird Tausenden in der Heimat verbliebenen Landsleuten täglich bewußt. Die Väter bekommen keine Arbeit, ihre Kinder nicht die erwünschte Ausbildung. Überall dort, wo der Staat seine „Fürsorgepflicht“ ausübt, gibt es Schwierigkeiten.

Für die medizinischen Teams der Malteser sind die politischen Umstände zunächst nur Rahmenbedingungen. Ihre Arbeit ist allein an der Not der Menschen ausgerichtet. Und so lange es in Kambodscha keine Veränderungen gibt, wird die Arbeit in den thailändischen Flüchtlingslagern fortgesetzt.



Seit 10 Jahren warten diese Menschen auf ihre Rückkehr nach Kambodscha.

(Fotos: M. Kistermann)

Einfache Methoden – gute Ergebnisse

Zehn Jahre nach dem ersten Einsatz eines Malteserteams in den thailändischen Flüchtlingslagern hat sich die Arbeit grundlegend geändert. Die zunächst allgemein-medizinische Versorgung der ankommenden Flüchtlinge ist längst einer arbeitsteiligen Spezialisierung gewichen. Spezialisten unterschiedlicher fachärztlicher Richtungen bemühen sich in Zusammenarbeit mit den Hilfsorganisationen um eine Mindestversorgung der Menschen. Wie die Arbeit der Malteser heute aussieht, stellt Dr. Daniel Frank, orthopädischer Chirurg, dar:

Am Morgen des 25. April trifft das Interplast-Malteserteam im Flüchtlingslager Khao-I-Dang ein. Wochenlange Vorbereitungen in der Bundesrepublik und in Thailand hatten nur ein Ziel: In kurzer Zeit sollten möglichst viele orthopädische Problemfälle – Klumpfüße, Minenverletzungen, Verwachsungen – konservativ oder chirurgisch behandelt werden. Das erfordert die Zusammenarbeit der Hilfsorganisationen vor Ort. So

hat das Komitee vom Internationalen Roten Kreuz einen OP-Saal bereitgestellt. Die Französische Organisation OHI stellt uns Patienten vor, von denen leider nicht alle operiert werden können. So beginnt das Chirurgen-team mit der manuellen Richtung von Klumpfüßen, die anschließend fixiert werden. Klumpfüße sind die zweithäufigste Fehlbildung unter den Flüchtlingen.

Säuglinge als Patienten

Für den nächsten Tag hatten wir uns einiges vorgenommen. Doch es kommt ganz anders. In der Nähe des Lagers Site 2 ereignen sich plötzlich umfangreiche Schießereien. 38 Personen werden getötet, ca. 55 zum Teil schwer verletzt. Die UN-Behörden verhängen die Sicherheitsstufen 2, 3 und 4, bei denen niemand ins Lager darf. Erst nach fünftägiger Zwangspause können wir das OP-Programm mit Hochdruck fortsetzen. Dank der Erfahrung unseres Anästhesisten ist

es ohne Schwierigkeit möglich, auch erst acht Tage alte Säuglinge zu behandeln. Am Ende unseres knapp 10tägigen Einsatzes haben wir 20 Klumpfüße konservativ und operativ behandelt. Daneben wurde eine größere Anzahl von Fehlbildungen, z. B. zusammengewachsene Zehen, Schnürfurchen, Brandnarben, zerstörte Sprunggelenke und Folgen von Minenverletzungen, weitgehend behoben.

Natürlich wissen wir, daß es mit der Operation eines Klumpfußes allein nicht getan ist. Zur Hälfte hängt der Erfolg von der anschließenden Behandlung ab. Deshalb ist es wichtig für uns, daß das Team von Malteser-Arzt Dr. Röthig einschließlich der Khmer-Hilfspfleger mit der Nachbehandlung vertraut gemacht wird. Obwohl wir uns darüber im klaren sind, daß nach westlichem Standard entwickelte Therapiekonzepte in den Flüchtlingslagern nicht angewandt werden können, versuchen wir gemeinsam mit der französischen Organisation OHI,

ein Mindestmaß an Bewegungsübungen und postoperativer Nachbehandlung umzusetzen.

Die offenkundige Reaktion der sonst so verschlossenen Asiaten überrascht uns. Nachdem erste Erfolge sichtbar werden, weicht die anfängliche Skepsis. Die Patienten stehen unserer Arbeit überaus positiv gegenüber. Die erfreulichen Reaktionen lassen uns an weitere derartige Programme denken. Auch wir vom Team haben dazugelernt: Nicht nur die bei uns praktizierte Übertherapie führt zum Erfolg, sondern auch einfachere Methoden unter schwierigen Begleitumständen können ähnlich gute Ergebnisse erzielen. Für uns stellt sich daher die Frage, ob der gewachsene Anspruch an eine Maximalversorgung nicht allzuoft das notwendige Maß an operativer und konservativer Behandlung überschreitet.

Dr. Daniel Frank



6. Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften

3. und 4. Februar 1990 in Schonach im Schwarzwald

Programm und Ausschreibung

ZEITPLAN

Mittwoch, 31. Januar 1990

17.00 Uhr Auslosung in der Dom-Clemente-Schule

Samstag, 03. Februar 1990

ab 8.00 Uhr Startkartenausgabe im Skistadion

09.00 – 13.00 Uhr Startzeit für Volksläufe 10 + 20 km

16.00 Uhr Zielschluß

16.00 – 18.00 Uhr Startnummernausgabe für Leistungsläufe in der Dom-Clemente-Schule

20.00 Uhr Kameradschaftsabend mit Programmeinlagen und Tanz im Haus des Gastes

Sonntag, 04. Februar 1990

ab 7.30 Uhr Startnummernausgabe, Dom-Clemente-Schule

9.00 Uhr Start der Leistungsläufe der verschiedenen Klassen im Skistadion

17.00 Uhr Siegerehrung im Haus des Gastes

Organisationskomitee

Vorsitzender:	Manfred Schuler
Stellvertreter:	Manfred Bau
Sekretariat:	Heidi Spitz
Finanzen:	Guido Feiß
Wettkampfleiter:	Gunter Schuster
Presse:	Christel Börsig

Ordnungsdienst/Verkehrsregelung: Polizeirevier St. Georgen, PHK Bühler, Freiwillige Feuerwehr Schonach, Manfred Bau
Vertreter des Deutschen Feuerwehrverbandes:

Karl Binai, Vizepräsident

Vertreter des Landesfeuerwehrverbandes: Willi Dongus

Vertreter der Gemeinde Schonach: Bürgermeister Haas

Organisations- und Quartierbüro:

Kurverwaltung, Haus des Gastes,

7745 Schonach,

Telefon 0 77 22/60 33,

Telex 792 600,

Telefax 0 77 22/25 48.

WETTKAMPFKOMITEE:

Chef des Wettkampfes:

Gunter Schuster

Wettkampf-Sekretär:

Christoph Faller

Streckenchef:

Winfried Hör

Zeitnahme:

Willi Feuser, Imhof-Timing

Berechnung:

Dieter Burger, Nixdorf-Computer

Chef des Stadions:

Nikolaus Duffner

Ordnungsdienst:

Manfred Bau

Betreuung der Wettkämpfer:

Champ-Sportdienst

Arzt:

Dr. R. von Groote

Sanitätsdienst:

DRK, Ortsgruppe Schonach

Rennbüro ab 02. Februar 1990 in der Dom-Clemente-Schule, 7745 Schonach im Schw., Telefon 0 77 22/70 83 und 40 75, App. 28

1. Veranstalter

1.1 Der Deutsche Feuerwehrverband richtet für die Aktiven der deutschen Feuerwehren die 6. Deutschen Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterschaften am

Samstag, den 03. Februar 1990

und

Sonntag, den 04. Februar 1990

im staatlich anerkannten Luftkurort Schonach im Schwarzwald aus.

Verbunden mit dieser Veranstaltung sind verschiedene Volksläufe.

1.2 Träger der Veranstaltung ist der Deutsche Feuerwehrverband e. V., Koblenzer Str. 133, 5300 Bonn 2 und der Landesfeuerwehrverband Baden-Württemberg, Röhler Weg 2, 7030 Böblingen.

1.3 Die örtliche Vorbereitung und Durchführung wurde der Freiwilligen Feuerwehr und dem Skiclub Schonach übertragen.

1.4 Die Meisterschaften werden nach den Bestimmungen der Deutschen Wettkampfordnung für Skilanglauf des Deutschen Skiverbandes (DWO) durchgeführt.

2. Teilnahme

2.1 Eine Teilnehmerbegrenzung besteht nicht.

2.2 Für die zur Meisterschaft zählenden Leistungsläufe sind alle Aktiven der deutschen Freiwilligen Feuerwehren, Berufsfeuerwehren, Werk-/Betriebsfeuerwehren sowie der Jugendfeuerwehren teilnahmeberechtigt, die am 1. Januar des Jahres mindestens 6 Monate als Aktive der Feuerwehr bzw. Jugendfeuerwehr angehören. Der Nachweis ist entweder durch den Feuerwehrausweis, Jugendfeuerwehrausweis oder ersatzweise einer Bescheinigung der Feuerwehr bei der Startnummernausgabe zu erbringen.

2.3 Für die Volksläufe sind alle Aktiven der Feuerwehren sowie deren Angehörige und Freunde teilnahmeberechtigt.

2.4 Voraussetzung für die Teilnahme ist die Einhaltung der Meldetermine und die Zahlung des Startgeldes.

2.5 In begründeten Ausnahmefällen, in denen die Teilnahmevoraussetzungen gem. Position 2.2 und 2.4 nicht gegeben sind, kann ein Wertungsausschuß vor dem Start auf Antrag eine Ausnahmegenehmigung erteilen.

2.6 Startgeld

2.6.1 Volksläufe

- bei Voranmeldung bis zum Meldetermin: DM 14,00 je Teilnehmer/Lauf

bei Nachmeldung: DM 16,- je Teilnehmer/Lauf

Das Startgeld muß beim Abholen der Startkarten entrichtet werden.

2.6.2 Leistungsläufe

- für die Klassen „Jugend“: DM 8,00

- für die übrigen Klassen: DM 14,00

Das Startgeld muß beim Abholen der Startnummern entrichtet werden. Die Startnummern werden nur geschlossen für die jeweilige Feuerwehr/Feuerwehrabteilung/Jugendfeuerwehr ausgegeben.

3. Klassen-Einteilung

3.1 Volkslauf (klassischer Laufstil)

- 10 km-Strecke: Für alle Klassen

- 20 km-Strecke: Für alle Klassen

3.2 Leistungsläufe (klassischer Laufstil)

Für die Klassenzugehörigkeit gilt das vollendete Lebensjahr (Stichtag ist 1. Januar 1990).

Klasseneinteilung für Leistungsläufe

Damen	Jahrgang	
weibliche Jugend I	- 15 Jahre	(- 1975) 5 km
weibliche Jugend II	16 - 18 Jahre	(1974-1972) 5 km
Junioren/Damen	19 - 29 Jahre	(1971-1961) 5 km
AK I	30 - 39 Jahre	(1960-1951) 5 km
AK II	ab 40 Jahre	(1950 u. früher) 5 km
Herren		
männliche Jugend I	- 15 Jahre	(- 1975) 5 km
männliche Jugend II	16 - 18 Jahre	(1974-1972) 5 km
Junioren/Senioren	19 - 29 Jahre	(1971-1961) 12 km
AK I	30 - 39 Jahre	(1960-1951) 12 km
AK II	40 - 49 Jahre	(1950-1941) 12 km
AK III	50 - 59 Jahre	(1940-1931) 12 km
AK IV	ab 60 Jahre	(1930 u. früher) 12 km

4. Wertung

4.1 Volksläufe:

Keine Zeitnahme, ohne Platzierung. Kontrollstellen befinden sich an den Strecken.

4.2 Leistungsläufe:

4.2.1 Einzelwertung gemäß Klassen (Pos. 3.2)

4.2.2 Mannschaftswertung für I und II

a) weibliche Jugend, Juniorinnen/Damen, Damen AK I+II

b) männliche Jugend I und II

c) Junioren/Herren, Herren AK I+II+III+IV

In die Mannschaftswertung kommen

- bei den Damen jeweils die 3 Zeitschnellsten

- bei den Herren jeweils die 4 Zeitschnellsten

die der gleichen Feuerwehr/Feuerwehrabteilung bzw. Jugendfeuerwehr angehören und auf der gleichen Meldeliste aufgeführt sind.

4.3 Es werden folgende Meistertitel vergeben:

4.3.1 weibliche Jugend: I und II

„Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterin der Jugend“

4.3.2 Juniorinnen/Damen, Damen AK I+II:

„Deutsche Feuerwehr-Skilanglauf-Meisterin“

4.3.3 männliche Jugend: I und II

„Deutscher Feuerwehr-Skilanglauf-Meister der Jugend“

4.3.4 Junioren/Herren, Herren AK I+II+III+IV

„Deutscher Feuerwehr-Skilanglauf-Meister“

4.4 Folgende Auszeichnungen/Ehrenpreise werden vergeben:

- Volksläufe:

Alle Teilnehmer erhalten eine Teilnehmerplakette

- Leistungsläufe:

Alle Teilnehmer (gem. Pos. 3.2) erhalten eine Wettkampfspange

- Leistungsläufe/Einzelwertung:

Die 3 Erstplatzierten jeder Klasse (gem. Pos. 3.2) erhalten einen Pokal

- Leistungsläufe/Mannschaftswertung:

Die 3 Erstplatzierten der Mannschaftswertungen (gem. Pos. 4.2.2) erhalten einen Pokal pro Mannschaft.

Die Deutschen Meister erhalten zusätzlich einen Ehrenpreis.

5. Anmeldung

5.1 Meldeschluß ist:

Dienstag, der 24. Januar 1990 (Poststempel)

5.2 Anmeldungen unter Verwendung der offiziellen Meldelisten nur an:

Skiclub Schonach e. V.

Postfach 88

7745 Schonach im Schw.

5.3 Ausschreibungsunterlagen und Anmeldevordrucke erhältlich bei:

- Kurverwaltung Schonach

Haus des Gastes

7745 Schonach im Schw.

Telefon 0 77 22/60 33

Telefax 0 77 22/25 48

Telex 792 600 kv sch d

- Deutscher Feuerwehrverband, Koblenzer Str. 133, 5300 Bonn 2 (Tel. 02 28/33 10 93)

6. Haftung

Veranstalter und Organisatoren übernehmen gegenüber den Teilnehmern und dritten Personen keine Haftung.

7. Unfallversicherungsschutz

7.1 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr einschl. Jugendfeuerwehr genießen den gesetzlichen Unfallversicherungsschutz, wenn sie als Teilnehmer im Rahmen ihres Feuerwehrdienstes vom zuständigen Wehrleiter zu diesen Skilanglauf-Meisterschaften entsandt werden.

7.2 Angehörige von Werk-/Betriebsfeuerwehren sind dann unfallversichert, wenn ihre Teilnahme im Rahmen ihrer beruflichen Tätigkeit gemäß § 539 Abs. 1 Nr. 1 RVO erfolgt. Zuständiger Unfallversicherungsträger ist die jeweilige Fachberufsgenossenschaft, bei der das Unternehmen Mitglied ist. Es wird empfohlen, den Versicherungsschutz rechtzeitig über den Arbeitgeber zu klären.

7.3 Beamte der Berufsfeuerwehr sind dann unfallversichert, wenn ein Unfall anlässlich der Skilanglauf-Meisterschaften als Dienstunfall im Sinne des Beamtenversorgungsgesetzes anzuerkennen ist.

8. Proteste

Hierfür gelten die Bestimmungen entsprechend der Deutschen Wettkampfordnung für Skilanglauf des Deutschen Skiverbandes (DWO) und in begründeten Ausnahmefällen ein Wertungsausschuß (siehe Pos. 2.5).

9. Schlußbestimmung

Diese Ausschreibung wurde vom Vorstand des DFV in seiner Tagung am 1. 9. 89 beschlossen.

Trainingswoche vom 28. Januar bis 4. Februar 1990

Die Kurverwaltung Schonach in Zusammenarbeit mit der DSV-Skischule Schonach bietet anlässlich der 6. Deutschen Feuerwehr-Skilanglaufmeisterschaften am 3./4. Februar 1990 eine Trainingswoche für die Teilnehmer und deren Angehörigen an.

Diese beinhaltet einen 7 Tage-Aufenthalt (Sonntag 28. Januar - Sonntag 4. Februar), einen Begrüßungstrunk und einen Skilanglaufkurs mit nachstehendem Programm:

Sonntag, 28. Januar 1990 - Anreise -

Montag, 29. Januar 1990

9.00 Uhr Begrüßung mit Begrüßungstrunk

10.00 - 12.00 Uhr Langlaufkurs

Einteilung in verschiedene Leistungsgruppen

20.00 Uhr Informationsabend über „richtiges Skiwachsen“, Skipflege, Skiausrüstung

Dienstag, 30. Januar 1990

10.00 – 12.00 Uhr Langlaufkurs

18.00 Uhr Fackelwanderung mit Hüttenabend

Mittwoch, 31. Januar 1990

10.00 – 12.00 Uhr Langlaufkurs

Donnerstag, 01. Februar 1990

10.00 – 12.00 Uhr Langlaufkurs

14.00 Uhr Geführte Skiwanderung mit zünftiger Einkehr

Freitag, 02. Februar 1990

10.00 – 12.00 Uhr Langlaufkurs mit Besichtigung der Rennstrecke, Renn- und Wachstips

Gruppe A:

Privathäuser, Zimmer mit Dusche/WC, Aufenthaltsraum, Langlaufkurs, Begrüßungstrunk, Fackelwanderung, Loipennadel, Übernachtung/Frühstück **incl. DM 258,-**

Gruppe B:

Pensionen, Gästehäuser, Zimmer mit Dusche/WC, Langlaufkurs, Begrüßungstrunk, Fackelwanderung, Loipennadel, Übernachtung/Frühstück **incl. DM 321,-**

Gruppe C:

Hotels, Gasthöfe, Zimmer mit Dusche/WC oder Bad/WC, Langlaufkurs, Begrüßungstrunk, Fackelwanderung, Loipennadel, Übernachtung/Frühstück **incl. DM 391,-**

Bitte beachten: Einzelzimmer stehen nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung! Einzelzimmerzuschlag: DM 35,-.

Bitte das unten abgedruckte Anmeldeformular verwenden!

Anmeldeschluß: **19. Januar 1990**

Eine schriftliche Bestätigung geht Ihnen umgehend zu!



Schonach im Schwarzwald, mit 4 500 Einwohnern, zählt zu den größten Dorfgemeinden des Schwarzwalds und liegt 800–1 152 m ü. M. Die älteste Schonacher Urkunde, die sich erstmals auf Schonach im Schwarzwald als politische Gemeinde bezieht, stammt aus dem Jahre 1326. Aus kleinen gewerblichen Anfängen entwickelte sich im Laufe der letzten 100 Jahre die heute im In- und Ausland bekannte Schonacher Uhrenindustrie, die mit ihren Kuckuck-, Schwarzwald- und Jockele-Uhren Weltruf genießt.

Daneben hat sich der Kurbetrieb, sommers wie winters, stark entwickelt und ist in der Infrastruktur des Ortes nicht mehr wegzudenken. Seit 1972 hat Schonach das Prädikat „Staatlich anerkannter Luftkurort“. Schonach hat über 2 300 Gästebetten in Hotels, Gasthöfen, Pensionen, Privatzimmern und Ferienwohnungen/Appartements. Für die Vielzahl von Gästen steht Sommer wie Winter ein umfangreiches Kurprogramm zur Verfügung.

Für den Wintersportler wie auch für den Wintererholungsgast stehen zahlreiche Wintersporteinrichtungen bereit. Dazu gehören drei Skilifte (2 mit Flutlicht) am Winterberg, eine Lifanlage am Rohrhardsberg (ca. 7 km vom Zentrum). Das Loipenzentrum Schonach verfügt über 52 km präparierter Loipen, die sich auf fünf Rundloipen, zwischen 5 und 16 km, von Schwierigkeitsgrad leicht bis mittel, aufteilen.

Für den Erholungsgast stehen ca. 30 km geräumte Wege zur Verfügung. Komplette Skiausrüstungen kann man im Ort in zwei Sportgeschäften leihen. Die DSV-Skischule Schonach bietet Abfahrts- und Skilanglaufkurse an.

Schonach im Schwarzwald hat sich seinen Namen als „Skidorf“ hauptsächlich durch seine verschiedenen internationalen Nordischen Skiveranstaltungen erworben.

Dazu haben insbesondere die traditionellen Skiwettkämpfe um den Schwarzwaldpokal – Weltcup Nordische Kombination – beigetragen, die vom

5. – 7. Januar 1990 zum 24. Mal ausgetragen werden. Bei dieser Weltcupveranstaltung trifft sich die gesamte Weltelite in dieser Disziplin in Schonach.

Einen festen Platz im Wintersportprogramm haben auch:

11. Februar 1990 Schwarzwälder Skimarathon

Schonach – Hinterzarten, 60 km, ca. 3 000 Teilnehmer

18. Februar 1989 Rucksacklauf um den Wäldercup

Schonach – Belchen, 100 km

Dreimal wurden bisher die Deutschen Skilanglaufmeisterschaften der Feuerwehren mit jeweils 1 200 Teilnehmern durchgeführt.

In Schonach beginnt auch der Fernskiwanderweg Schonach-Belchen.

Einhundert Kilometer markierter und großteils maschinell präparierter Skiwanderweg über die schneesichersten und landschaftlich reizvollsten Höhen des Mittel- und Südschwarzwalds hinweg.

Informationen: Kurverwaltung, Haus des Gastes, 7745 Schonach im Schwarzwald,

Telefon 0 77 22/60 33, Telex 792 600 kv sch d,

Telefax 0 77 22/25 48

Meldeliste Leistungsläufe

für die 6. Deutschen Skilanglaufmeisterschaften
der Feuerwehren am 03./04. Februar 1990
in SCHONACH IM SCHWARZWALD



An den
Skiclub Schonach e.V.
Postfach 88

7745 Schonach im Schwarzwald

Absender: (Feuerwehr/Abt.)
(mit Telefonnummer für ev. Rückfragen)

Feuerwehr/Abteilung:

PLZ/Ort:

Telefon:

Leistungsläufe

Meldeschluss: 24. Januar 1990

Nr.	Name/Vorname	Geb.-Datum		Eintrittsdatum in die Feuerwehr	Startgeld

Die Richtigkeit der obigen Angaben wird bestätigt. Die genannten Personen sind Angehörige unserer Feuerwehr und werden zu den Wettkämpfen entsandt.

Datum _____

Unterschrift
Kommandant/Wehrführer _____

Meldeliste Volkslauf

für die 6. Deutschen Skilanglaufmeisterschaften
der Feuerwehren am 03./04. Februar 1990
in SCHONACH IM SCHWARZWALD



An den
Skiclub Schonach e.V.
Postfach 88

7745 Schonach im Schwarzwald

Absender: (Feuerwehr/Abt.)
(mit Telefonnummer für ev. Rückfragen)

Feuerwehr/Abteilung: _____

PLZ/Ort: _____

Telefon: _____

Volkslauf

Meldeschluss: 24. Januar 1990

Nr.	Name/Vorname	Feuerwehrabteilung	Volkslauf		Startgeld
			10 km	20 km	

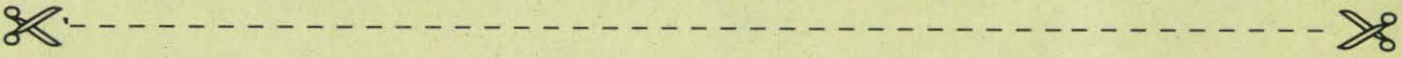
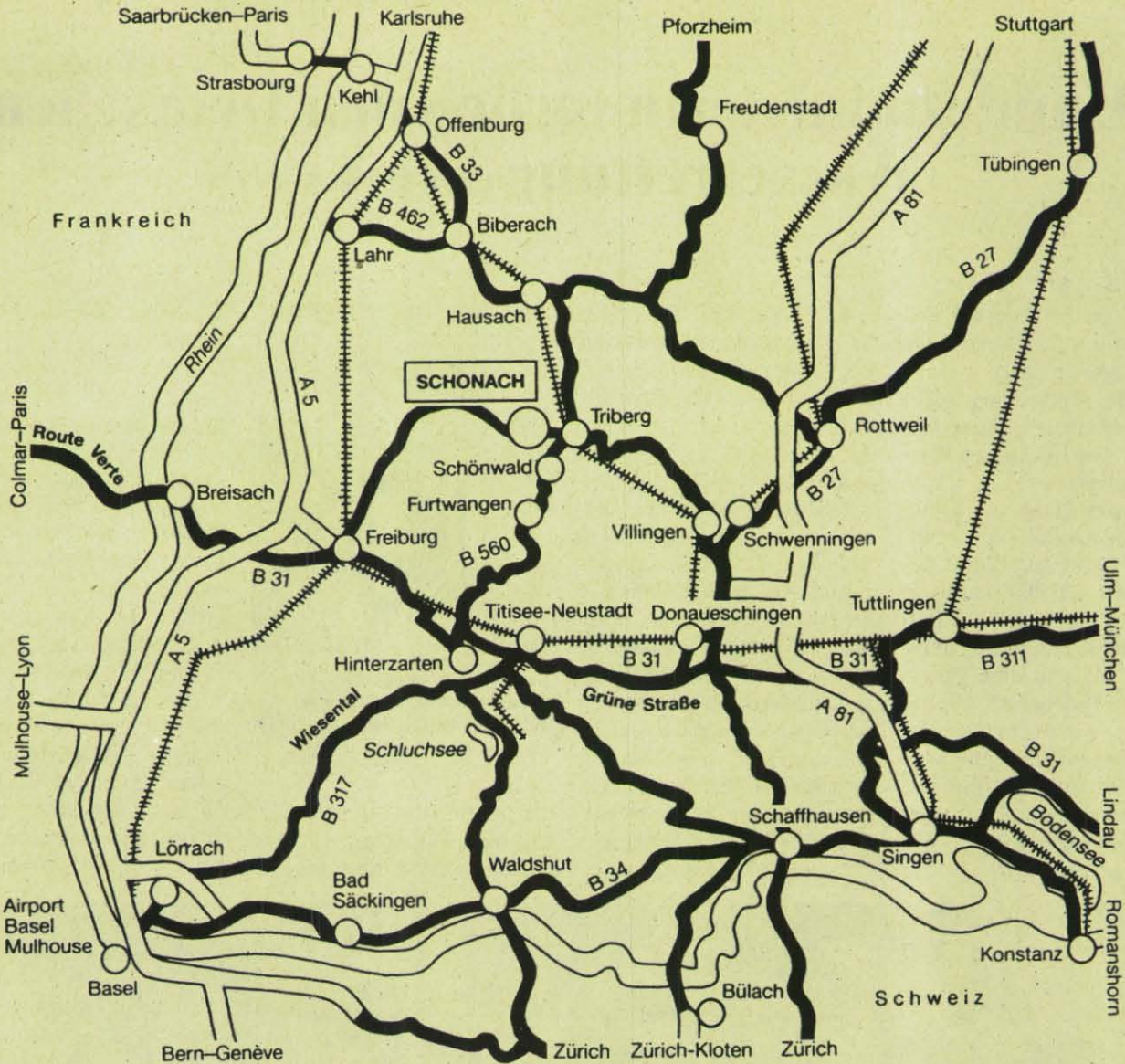
Datum _____

Unterschrift _____

Wie erreiche ich Schonach

Bahn- und Schnellzugstation ist Triberg (Schwarzwaldbahn), Bahnlinie Offenburg – Konstanz. Durchgehende Verbindungen von Dort-

mund, Hamburg, Frankfurt/M.. Bahnbuslinie Triberg – Schonach, ca. 5 km. Mit Pkw Autobahn bis Offenburg, anschl. B 33 bis Triberg – Schonach oder Autobahn von Stuttgart bis Villingen-Schwenningen, anschl. B 33 bis Triberg – Schonach.



Absender:

Name _____

Vorname _____

Straße _____

PLZ/Wohnort _____

Telefon _____

Anmeldung

zur Trainingswoche anl. der 6. deutschen Ski-Langlauf-Meisterschaften der Feuerwehren am 03./04. Februar 1990 in SCHONACH IM SCHWARZWALD.
Hiermit bestelle ich verbindlich für die Zeit vom 28. 01. bis 04. 02. 1990 lt. Angebot in der Ausschreibung:

- | | | |
|-------------------------------------|----------|----------|
| _____ Doppelzimmer DU/WC | Gruppe A | DM 258,- |
| _____ Doppelzimmer DU/WC | Gruppe B | DM 321,- |
| _____ Doppelzimmer DU/WC od. BAD/WC | Gruppe C | DM 391,- |

BITTE BEACHTEN: Einzelzimmer stehen nur in begrenzter Anzahl zur Verfügung! Einzelzimmerzuschlag in allen Gruppen DM 35,-.

An die
Kurverwaltung
Haus des Gastes

7745 Schonach im Schwarzwald

Ort/Datum _____

Unterschrift _____

Bundesministerin verlieh den Deutschen Wasserrettungspreis 1989

Ganz im Zeichen der Feierlichkeiten im und am Hamburger Hafen stand auch die Verleihung einer neugeschaffenen Auszeichnung – des Deutschen Wasserrettungspreises 1989. Zum ersten Mal in der 76jährigen Geschichte der Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) wurde in Hamburg der „NIVEA Delphin“ für Lebensretter übergeben. Die von dem Unternehmen Beiersdorf AG gestiftete Auszeichnung ist eine besondere Anerkennung für außergewöhnliche Verdienste bei Rettungen von Menschenleben aus Wassergefahr.

Im Rahmen einer Feierstunde im Hafencub Hamburg übernahm die Bundesministerin für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit, Prof. Dr. Ursula Lehr, die Ehrung der Preisträger. Sie hatte sich spontan bereit erklärt, die Preisverleihung persönlich vorzunehmen. In ihrer Grußansprache vor zahlreichen Gästen würdigte sie neben dem mutigen Verhalten der Preisträger sowohl die Aktivitäten der DLRG als auch das Engagement aller Menschen, die sich in uneigennütziger Weise für ihre Mitmenschen einsetzten.

Anschließend verlieh die Bundesministerin die drei Preise: den Deutschen Wasserrettungspreis für DLRG-Mitglieder, den Ehrenpreis für einen Lebensret-



In ihrer Grußansprache würdigte Bundesgesundheitsministerin Ursula Lehr die Leistungen der DLRG im Rettungsdienst.

den Rettungswachdienst verdient gemacht hat.

Bis zur „totalen Erschöpfung“

Den ersten „Delphin“ erhielt Markus Probst, 22jähriges DLRG-Mitglied aus Traben-Trarbach. Der ausgebildete Rettungsschwimmer hatte bis zur totalen Erschöpfung ein mit dem Fallboot gekentertes Kind aus der starken Strömung der Mosel gerettet.

Den „Delphin“ für Nicht-DLRG-Mitglieder erhielt der 18jährige Schüler Peter Freesmeier aus Rheda-Wiedenbrück für seine Rettungsaktion. Unter Einsatz seines eigenen Lebens sprang er in die winterkalte Ems,

ter, der nicht der DLRG angehört, und den Förderpreis für eine DLRG-Gliederung, die sich um



Die Preisträger zusammen mit den ersten Gratulanten (v. li.): DLRG-Präsident H.-J. Bartholdt, Dr. Peter Schäfer (Beiersdorf), Peter Freesmeier, Frau Minister Lehr, Markus Probst und Bernd Kirschner als Vertreter des DLRG-Bezirks Lübeck.



DLRG-Präsident Hans-Joachim Bartholdt bei seiner Begrüßungsrede.



Die Bundesministerin im Gespräch mit den ältesten DLRG-Mitgliedern (v. li.): Antonie Kricheldorf, Prof. Dr. Ursula Lehr und Herbert Jenrich.

um einen vierjährigen Jungen vor dem Ertrinken zu retten.

Bernd Kirschner, Leiter des DLRG-Bezirks Lübeck, nahm stellvertretend für seine Kameraden den „Delphin“ für Gliederungen entgegen. Die Lübecker wurden damit für ihre herausragenden Leistungen im Rettungswachdienst ausgezeichnet. Mit über 15 000 freiwilligen Einsatzstunden

jährlich machen sie seit drei Jahrzehnten die Wasserfreizeit von tausenden von Urlaubern sicherer.

Freudestrahlend, begleitet von zahlreichen Glückwünschen, wurden die Auszeichnungen von den Preisträgern entgegengenommen. Grund zur Freude gab es allemal! Neben der eigens für den neugeschaffenen Wasserpreis kreierten

Delphin-Statue aus Bronze und einer Urkunde warteten zusätzlich 3 000 DM auf die Lebensretter.

Ansporn für humanitäre Einstellung

Zu den ersten Gratulanten zählte Hans-Joachim Bartholdt, Präsident der DLRG. Seiner Mei-

nung nach ist diese erste Übergabe des „Delphins“ für Lebensretter nicht nur als Ehrung von Menschen für ihren Mut und Einsatz zu sehen, sondern auch weiterhin Ansporn für eine humanitäre Einstellung in der heutigen hochtechnisierten Gesellschaft. Immerhin werden mit der neugeschaffenen Preisstiftung erstmalig Leistungen aus dem Kreise



Tanja Bürger, aktive DLRG-Schwimmerin aus Hamburg, brachte mit ihren Interviewantworten die Gäste im Hafencub zum Schmunzeln.

der fast 500 000 DLRG-Mitglieder vor einer breiten Öffentlichkeit gewürdigt.

„Stellvertretend für viele tausend Fälle, in denen selbstlose Einsatzbereitschaft und Hilfe erbracht werden, soll dieser Preis auch in den kommenden Jahren an Lebensretter verliehen werden“, erklärte Dr. Peter Schäfer, Vorstandsmitglied des Hamburger Unternehmens, in seiner Anspra-

che. Über die zukünftigen Preisträger soll eine paritätisch besetzte Jury entscheiden.

Nicht nur die Preisträger standen im Mittelpunkt des Geschehens. Interessiert verfolgten die Gäste die von Moderator Adolf Albershardt in lockerer hanseatischer Art durchgeführten Kurztinterviews mit jungen DLRG-Sportlern.

Spaß an sportlicher Betätigung

Stellvertretend für viele junge Menschen, die aktiv dabei sind, kamen die 12jährige Tanja Bürger, begeisterte Wassersportlerin, und der 25jährige Jörg Rossen, erfolgreicher Rettungsschwimmer, der dem so erfolgreichen World-Games-Team angehört, zu Wort. Spaß an sportlicher Betätigung, sinnvolle Freizeitgestaltung

und gute Kameradschaft waren für die beiden Junioren die Hauptmotivation für ihre DLRG-Mitgliedschaft.

Einen besonderen Applaus erhielten die beiden Ehrengäste Antonie Kricheldorf und Herbert Jenrich, die zu den ältesten DLRG-Mitgliedern zählen. Sie sind seit über 60 bzw. 70 Jahren Mitglieder der DLRG und immer noch aktiv.

Evelyn Barczik

Sail '89: DLRG sorgte für Sicherheit

Ahoi, Hamburg, wir sind da. Unter vollen Segeln zogen die schönsten Windjammer der Welt elbeaufwärts. Voran die russischen Großsegler Kruzenstern und Sedov machten ein Schiff nach dem anderen die Leinen an den Landungsbrücken fest, begleitet vom Applaus der Zuschauer, die zur Sail '89 vom 13. bis 23. Juli in die Hansestadt gekommen waren.

Schlechtes Wetter und Panikmache hatten allerdings viele Menschen vom Besuch abgehalten. So wurde die Zahl von 3 Millionen Besuchern, die durch die Medien geisterte und die für ein Verkehrschaos sorgen sollten – was dann ausblieb –, bei weitem nicht erreicht.

Dabei war natürlich – wie immer – die DLRG. Mit 30 Booten und 70 Rettungsschwimmern sicherten sie Terrain und Besucher. Zusätzlich standen Serviceleistungen auf dem Einsatzplan.

Parade des Jammers

Die erste Windjammer-Parade ging sprichwörtlich den Bach runter. Wind von vorn und schlechtes Wetter lockten nur wenige Besucher an. Dann das gewohnte Bild: Schuldzuweisungen nach dem vermeintlichen Flop. Wer war's denn nun? Polizei, Veranstalter, Presse?

Müßig, diese Fragen zu klären. Man ging zur Tagesordnung über und hoffte auf Petrus' Einsehen bei der Abschlußparade.

Als das Flaggschiff der Bundesmarine, die Dreimast-Bark Gorch Fock unter vollen Segeln einlief,

wechselte sich das Hamburger Schmuddelwetter mit strahlendem Sonnenschein ab. „Das bin ich den Hamburgern schuldig“, meinte Immo von Schnurbein, Kommandant des Schulschiffes, lakonisch.

Für die DLRG, viele waren aus dem ganzen Bundesgebiet angereist, war die Sail nicht nur Alltagsarbeit. Der Seegang auf der

Elbe, bis zu einem Meter hoch, war nicht leicht zu bewältigen. Die Skipper von Kata- und Trimaranen erhielten stets die versprochene Hilfe. Mit jeweils drei Booten mußten sie zu ihren Liegeplätzen geschleppt werden.

„Trotz aller Arbeit, es hat einen Riesenspaß gemacht“, meinte Mathias Clemens stellvertretend für viele danach. Hartwig

Wiest, verantwortlicher Einsatzleiter, lobte vor allem die Disziplin der Besucher, deshalb kam es auch nicht zu größeren Zwischenfällen.

Bezirk Stade sorgte für Sicherheit

Unterhalb Hamburgs, auf niedersächsischer Seite, war der DLRG-Bezirk Stade mit der Leitung und Durchführung des Wasserrettungsdienstes beauftragt. Über 70 Stromkilometer bis zur Ostemündung elbabwärts sorgte die DLRG mit 25 Motorrettungsbooten für einen reibungslosen Ablauf und die nötige Sicherheit.

Neben den Bootsbesatzungen, die z. T. auch von Feuerwehr und THW gestellt wurden, waren Ärzte und Sanitäter überregional eingesetzter Einheiten bereit zu helfen.

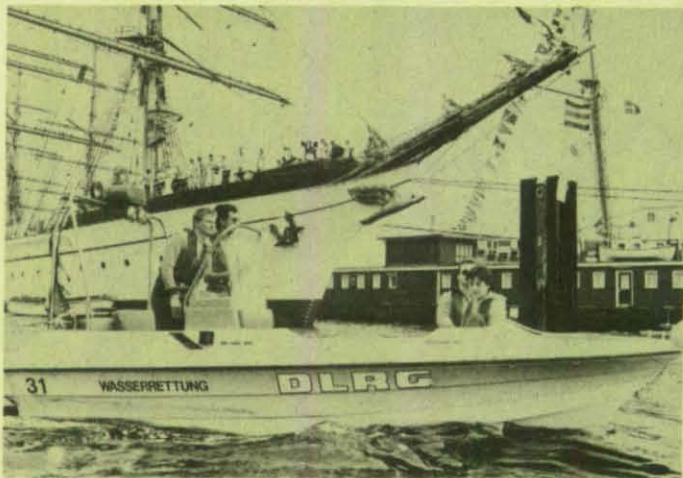
Für die Sail '89 war die Einsatzzentrale der DLRG eigens von Stade an die Elbe nach Stader Sand verlegt worden. Mit Hilfe modernster Technik wurde die Arbeit in den fünf Einsatzabschnitten koordiniert, wobei die Einsatzkräfte auf ihre langjährige Erfahrung zurückgreifen konnten.

Der Wasserrettungszug (gemäß STAN und DLRG) des Bezirkes Stade bildete das Rückgrat bei der Bewältigung der Aufgaben. Also mußte nicht improvisiert werden. Bilanz des DLRG-Bezirk Stade nach der Sail: 11 Einsätze, neben Segelboot-Abbergungen auch drei Lebensrettungen. Alle Einsätze waren erfolgreich.

Maria Bergmann/Achim Wiese



DLRG-Rettungsschwimmer sichern die Aktivitäten im Hafenbecken.



Rettungsboot auf Patrouillenfahrt.

Presseschau des Inlands

Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR

Das Bundesministerium des Innern hat den Entwurf eines Hilfeleistungsabkommens zur grenzüberschreitenden Katastrophenhilfe zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR erarbeitet. Nach den Worten von Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble kann durch einen solchen Vertrag das Anliegen beider Seiten, in Not geratenen Menschen unkompliziert und schnell helfen zu können, bestmöglich verwirklicht werden.

Wie der Minister unlängst vor den Mitgliedern einer Regierungsdelegation der von einem schweren Erdbeben betroffenen Sowjetrepublik Armenien in Bonn mitteilte, würden u. a. folgende Punkte die gegenseitige Unterstützung bei Katastrophen erleichtern:

- Die Vereinbarung von Ansprechpartnern für die Übermittlung und Entgegennahme von Hilfeersuchen,
- die Vereinfachung des grenzüberschreitenden Personen- und Warenverkehrs bei der Entsendung von Hilfsmannschaften und
- die Ermöglichung eines Gedankenaustausches von Sachverständigen auf dem Gebiete des vorbeugenden und abwehrenden Katastrophenschutzes.

Die sowjetische Delegation wies darauf hin, daß für die UdSSR aufgrund der zunehmenden Industrialisierung und der großen Naturkatastrophen der jüngsten Vergangenheit eine internationale Zusammenarbeit immer dringlicher werde. Der Delegationsleiter überbrachte den Dank seiner Regierung für die schnelle Hilfe, die gleich nach Bekanntwerden des verheerenden Erdbebens in Armenien aus der Bundesrepublik Deutschland eingetroffen sei.

(„Innenpolitik“ Nr. III/89)

Kritik an Katastrophenvorsorge

Bei der Vorsorge für Katastrophenfälle wird nach Ansicht der Leiters der Ludwigshafener Unfallklinik, Peter Rudolf Zellner, der Sachverständigen von Medizinern nur unzureichend berücksichtigt. Der Leiter des derzeit stattfindenden Internationalen Ludwigshafener Symposiums zur Versorgung von Brandverletzten im Katastrophenfall sagte am Freitag, bei der Bewältigung solcher Ausnahmesituationen müßten auf jeden Fall in den Organisationsstäben Chirurgen mit herangezogen werden. Es gebe jedoch Tendenzen, bei der Planung an den Chirurgen „vorbeizufahren“.

Vor Journalisten klagte Zellner darüber, daß nach der Katastrophe auf dem Flugtag in Ramstein vor einem Jahr die Spezialisten für Brandverletzungen bei der Beratung der Konsequenzen aus diesem Fall nicht ausreichend angehört worden seien. Der Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie, Erich Ungeheuer, wurde sogar mit der Bemerkung zitiert, die Vorsorge für Katastrophenfälle sei auch nach Ramstein noch unzureichend.

Zellner äußerte sich zugleich skeptisch gegenüber dem auch von der rheinland-pfälzischen Landesregierung verfolgten Konzept, Katastropheneinsätze unter die Führung eines Leitenden Notarztes zu stellen. Eine Person könne bei einem solchen Einsatz überfordert sein, gab Zellner zu bedenken. Ebenso könne aber auch ein Oberbürgermeister oder Regierungspräsident als Hauptverwaltungsbeamter bei der Organisation von Katastropheneinsätzen überfordert sein, kritisierte Zellner auch die gegenwärtigen Vorgaben für den Katastrophenschutz.

Der Mediziner plädierte für den Aufbau eines länderübergreifenden Katastrophenstabes, dem vor allem eine erstklassige Logistik zur Verfügung stehen müsse. Eine Übertragung dieser Aufgabe an die Bundeswehr sei sicher „sinnvoll“, sagte Zellner unter Hinweis auf das Beispiel Schwedens.

(„Süddeutsche Zeitung“ Nr. 201/89)

Lebensmittelversorgung in Krisenzeiten neu geregelt

Die Bundesregierung will die Sicherung des Bedarfs an Nahrungs- und Futtermitteln bei Versorgungskrisen in Friedenszeiten auf eine neue gesetzliche Grundlage stellen. Zu diesem Zweck hat das Kabinett nach Angaben des Bundesernährungsministeriums den Entwurf eines Ernährungsvorsorgegesetzes sowie den Entwurf eines Zweiten Gesetzes zur Änderung des Ernährungssicherungsgesetzes verabschiedet. Die bisher in diesem Gesetz enthaltenen Vorschriften zur Lebensmittelversorgung bei Versorgungskrisen in Friedenszeiten – zum Beispiel verursacht durch Natur- und Umweltkatastrophen, Tierseuchen oder Unfälle in großtechnischen Anlagen – werden herausgelöst und im neuen Ernährungsvorsorgegesetz zusammengefaßt. Künftig werde das Ernährungssicherungsgesetz nur noch Regelungen für Kriegszeiten enthalten, teilt das Ministerium weiter mit. Durch die gesetzliche Trennung, die es im Energiesektor bereits seit Jahren gebe, sei es zudem möglich, die Regelungen zur Ernährungsvorsorge auch in Berlin anzuwenden. Das war bisher wegen eines Vorbehalts der Alliierten nicht möglich.

(„Süddeutsche Zeitung“ Nr. 223/89)

Presseschau des Auslands

Jugend und Zivildschutz

Die Arbeit des Österreichischen Zivildschutzverbandes und anderer Organisationen oder Behörden, die in Sachen Zivildschutz aktiv sind, ist nicht immer leicht. Es ist schwer, Erwachsene zum Mittun zu bewegen – Desinteresse und Bequemlichkeit sind Barrieren, die nur mühsam überwunden werden können. Aber auch vorgefaßte Meinungen und ein nicht immer positives Image des Zivildschutzes – eine Belastung aus vergangenen Tagen – erschweren den Zugang zur Bevölkerung.

Nur durch rege Informationstätigkeit (der Zivildschutzverband bemüht sich ständig darum) und die vorbildliche Arbeit in so manchen Selbstschutzzentren ist es in den letzten Jahren gelungen, immer mehr Österreicherinnen und Österreicher für die Idee des Zivild- und Selbstschutzes zu gewinnen.

Vorbilder sind notwendig

Wie schön wäre es doch, nicht erst Erwachsene zum Zivildschutz „bekehren“ zu müssen.

Voraussetzung dafür ist jedoch, daß bereits unsere Kinder mit einer positiven Einstellung zum Selbstschutz aufwachsen. Das ist nur dann möglich, wenn wir alle eine gewisse Vorbildfunktion ausüben.

Wenn wir zu einfachen Erste-Hilfe-Handgriffen unfähig sind, bei jeder Kleinigkeit den Notruf wählen, keine Ahnung von sinnvoller Haushaltsbevorratung oder den Warn- und Alarmsignalen haben und darüber hinaus – wenn oft auch nur unbewußt und unbeabsichtigt – verantwortungslos handeln, dann wird man sich auch in Zukunft schwertun, den Zivildschutz zu propagieren.

Dabei ist das Interesse für den Zivildschutzgedanken bei Kindern und Jugendlichen durchaus vorhanden. Lehrer oder Ausbilder der Feuerwehr, vom Roten Kreuz und Zivildschutzverband berichten immer wieder, wie begeistert sich die Jugend engagiert.

Es besteht also durchaus berechtigte Hoffnung, daß es in Zukunft Er-

wachsene gibt, die dem Selbstschutzgedanken gegenüber aufgeschlossener sind.

Dennoch: Wir alle müssen noch mehr tun, um die Jugend zu motivieren. Wir, das sind Eltern, Lehrer, Einsatzorganisationen, Behörden und – nicht zuletzt – der Zivildschutzverband. (Cornelia Schragl-Kellermayer in „Zivildschutz Aktuell“, Österreich, 3/89)

Zivildschutz hält Einzug in österreichische Klassenzimmer

Wie das österreichische Magazin „Zivildschutz“ zu berichten wußte, gibt es in mehreren österreichischen Bundesländern vielversprechende Ansätze, das Thema Katastrophenschutz zu einem Unterrichtsbestandteil an der Volksschule zu machen.

In der Steiermark haben zum Beispiel zwei Zivildschutzexperten ein Konzept für die Selbstschutzausbildung in Pflichtschulen ausgearbeitet. Demnach soll in allen vierten Klassen der Hauptschulen und in den Polytechnischen Lehrgängen drei Tage lang Selbstschutz unterrichtet werden.

Zu der Ausbildung gehören acht Stunden Erste Hilfe, vier Stunden Entstehungsbrand-Bekämpfung (wovon zwei Stunden Praxis im Freien und zwei Stunden theoretischer Unterricht im Physiksaal), und zwei Stunden Zivildschutzübungen (inkl. Schutzraumbau, Strahlenschutz usw.) sind.

Im Bezirk Fürstenfeld wurde dieses Konzept bereits erfolgreich erprobt. In Kärnten führt der Zivildschutzverband Aufsatz- und Zeichenwettbewerbe zum Thema „Sicherheit – richtiges Selbstschutzverhalten“ durch und in Oberösterreich werden an der Hauptschule Altheim Aspekte des Zivildschutzes in verschiedene Unterrichtsfächer integriert.

Um die Bemühungen der Lehrer zur Motivation der Jugend zu unterstützen, hat das österreichische Unterrichtsministerium 200 Kopien des vom Innenministerium hergestellten Video-Zivildschutzfilmes gekauft, die von Schulen für den Unterricht angefordert werden können.

Zivildschutz ist sinnvoll

Zivildschutz ist sinnvoll, das ist gar keine Frage. Nur, es liegt im Interesse seiner Gegner, ihn immer wieder als sinnlos zu verdammen und Maßnahmen, die als wirksam und lebensrettend erprobt wurden, unter den Teppich zu kehren. Damit wird Zivildschutz als Alibihandlung abqualifiziert. Und alle jene, die ihre Freizeit bei den Einsatzorganisationen zubringen und sich bei der Katastrophenhilfe oft unter Einsatz ihres Lebens für ihre Mitmenschen einsetzen, werden schlichtweg diskreditiert.

Die Propaganda von der Sinnlosigkeit des Zivildschutzes geht ins Leere. Sie zieht sich auf den Standpunkt zurück, daß man Katastrophen verhindern müsse, nicht aber sich mit ihnen abfinden dürfe. Man soll die Tagespolitik aus dem Zivildschutz heraushalten, weil es hier um humanitäre Aufgaben geht. Trotzdem muß man auf etwas Grundsatzpolitisches eingehen.

Die Polemiker argumentieren immer mit der Phrase, Zivildschutz könne Katastrophen nicht verhindern. Sie meinen damit Nuklearunfälle, Atomkrieg, Luft- und Umweltverschmutzung. Das sind sicher heute die lebensbedrohendsten Gefahrenherde für die Menschheit.

Zugegeben, gegen die lebensbedrohende Umweltbelastung gibt es schon andere Möglichkeiten, sich zur Wehr zu setzen. Aber auch nur in einem Staat mit demokratischer Gesellschaftsordnung. Das „Verhindern“, das übrigens nicht nur die Zivildschutzgegner für sich gepachtet haben, sondern im Interesse aller Menschen liegt, ist jedoch in einem freien Land wie Österreich ausschließlich mit demokratischen Mitteln möglich.

Zivildschutz kann niemals sinnlos sein. Es gibt ja auch Naturkatastrophen, Erdbeben, Überschwemmungen, Vulkanausbrüche usw. Hier zu helfen soll wirklich sinnlos sein? – Jede Nachbarschaftshilfe wäre dann ja wohl auch sinnlos – wenn ein Feuer ausbricht etwa...

(Anton Gaal in „Zivildschutz Aktuell“, Österreich)

Keine Panik bei Stromausfall

Das „Notlicht-Depot“ ist ein zusätzliches Sicherheitselement im heute schon gesetzlich verordneten Flucht-Leitwegsystem von öffentlichen, Industrie- und Verwaltungsgebäuden bei Ausfall von Strom und Notstrom in der Dunkelheit. Das Depot „tankt“ in 15 Minuten für fünf Stunden Licht. Dabei ist die Beschriftung des Depots deutlich lesbar. In dem Depot warten 16 Leuchtstäbe auf ihre Benutzung.

Der Leuchtstab ist eine biegsame Plastikröhre, gefüllt mit zwei ungiftigen chemischen Lösungen. Beide sind bis zur Verwendung durch eine Ampulle im Inneren



getrennt. Ausreichendes Biegen bis zum „Knack“ läßt die innerschwimmende Aktivator-Ampulle zerbrechen. Leichtes Schütteln vermischt die beiden (ungiftigen) Flüssigkeiten und schon leuchtet der ganze Stab.

Die Leuchtstäbe können Panik verhindern, weil individuelles Licht dunkle Gänge, Treppen und Türen sicher begehbar macht und darüber hinaus Rettungsmaßnahmen für Personen ermöglicht.

(Foto: Cyalume)

Breite Größenpalette

Ein neuer Gummi-Schutzstiefel, gefertigt nach den Richtlinien der UVV „Feuerwehren“ und dem Merkblatt der GUV „Sicherheitsschuhwerk für den Feuerwehrdienst“, stellt sich vor. Der Stiefel wurde völlig neu konzipiert und die Forderung nach Leichtigkeit und Tragekomfort waren bei der Entwicklung des neuen Produktes oberstes Gebot. Der Leichtgummi-Schutzstiefel mit Stahlkappe und Stahlzwischensohle ist ca. 25 % leichter als übliche Gummi- bzw. PVC-Schutzstiefel.

Besonders für die Jugendfeuerwehren

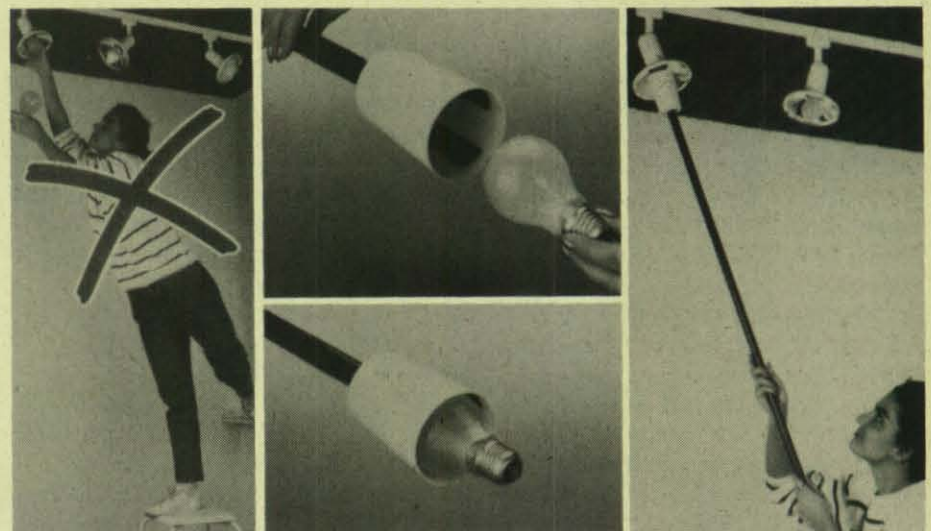


und die Damen im Feuerwehrdienst wird es interessant sein, daß der Stiefel bereits ab Größe 36 erhältlich ist. Aber auch die Randgröße 49 findet im Sortiment Berücksichtigung.

(Foto: Limex)

Kletteraktionen überflüssig gemacht

Schnell ist ein Unfall passiert, wenn mit waghalsigen Kletteraktionen auf Tisch und Stuhl eine Glühbirne ausgewechselt werden soll. Dieser Gefahr vorbeugen will ein neuartiger Glühbirnen-Wechselbecher. Mit dem Gerät, passend für die normale Glühbirne mit einem Durchmesser von 60 mm, läßt sich ein Wechsel an Decken- und Wandleuchten ohne Verwendung von Leitern vornehmen. Durch das Euro-Gewinde des Bechers läßt sich in Verbindung mit Hausgerä-



te- oder Besenstiel eine Höhe von 4 Metern erreichen. Zudem wird dadurch eine Sicherheitsbrücke zwischen Hand und Glühbirne geschaffen, was Verbrennung, Glasbruch oder Stromschlag verhindern kann.

(Foto: Fischer & Fischer)

Farbe, die ins Auge fällt

Für Sicherheitsmarkierungen an Gefahrenpunkten, für die Kenntlichmachung von Notausgängen und Rettungswegen sowie für die Lackierung von Fahrzeugen, Schutzhelmen oder Schutzanzügen eignet sich Neon-Leuchtfarbe aus der Sprühdose. Die Farbe speichert vorher aufgestrahltes Licht und leuchtet je nach Bestrahlung und Schichtdicke bis zu 30 Minuten nach. Das Leucht-Spray muß auf weißen Grund gesprüht werden. Sollte die zu beschichtende Fläche nicht weiß sein, sollte Acryl-Grund-Weiß vorgesprüht werden. Bei witterungsgefährdeten Flächen läßt sich die Schicht mit



Acryl-Klarlack dauerhaft versiegeln. Neon-Leucht-Spray ist strahlungsfrei und in der Trockenschicht auch für Kinderspielzeug geeignet.

(Foto: Klostermann)



Mit einem Unfall fing es an ...

Illustrierte Geschichte des Arbeiter-Samariter-Bundes

Von Wilhelm Müller
Wirtschaftsverlag GmbH, Wiesbaden

Das Werk handelt vom Wirken der Arbeiter-Samariter in Deutschland und in Europa über einen Zeitraum von 100 Jahren. Es ist der Abschluß einer umfangreichen Geschichtsarbeit. Die Geschichtsquellen des Arbeiter-Samariter-Bundes waren in der Nachkriegszeit weitgehend verschüttet. Der Autor Wilhelm Müller rekonstruierte sie in mühsamer Kleinarbeit.

In chronologischer Reihenfolge werden alle für die Entwicklung einer Wohlfahrtsorganisation wichtigen Details behandelt. In 850 Einzelartikeln stellen sich historisch wichtige Gegebenheiten dar. Über 1000 bisher unveröffentlichte Fotos und Dokumente, davon 350 in Farbe, illustrieren, erläutern und ergänzen das Werk. Historische Dokumente und Berichte von Augenzeugen geben ein anschauliches Bild einer Wohlfahrtsorganisation und ihrer Aufgabenbereiche, die heute von Behinderten- und Altenhilfe, Beratungsdiensten, Jugendarbeit, Rettungswesen, Krankentransporten bis zur Auslandshilfe im Katastropheneinsatz reichen.

„Hier Florian Nürnberg, kommen!“

Tagebuch eines Feuerwehrmannes
Von Karlheinz Oechsler und Günter Fromme

Verlag G. u. G. Schulist, 8807 Heilsbronn

Die meisten Bücher zum Thema „Feuerwehr“ zeigen diese Institution von ihrer technischen Seite, ihre Fahrzeuge und deren Vielfalt werden von allen Seiten betrachtet. Bildbände bringen den Großbrand, die Gasexplosion in Farbe ins Wohnzimmer. Den täglichen Kleinkram, den unspektakulären, von der Öffentlichkeit nahezu unbemerkten Dienst, findet man in solchen Publikationen vergleichsweise selten.

Von dieser Tatsache gingen die Verfasser aus, als sie beschlossen, ein Tagebuch über den Feuerwehr-Dienst in Angriff zu nehmen. Vielleicht ist den Bürgern einer Großstadt

wie Nürnberg schon längst bekannt, daß die Feuerwehr nicht mehr nur zum Löschen da ist – wer aber weiß denn schon genau, was auf den Wachen alles abläuft, was ein Feuerwehrmann tagtäglich erlebt.

Das Buch trägt sicher dazu bei, beim Leser besseres Verständnis für die Tätigkeit der Feuerwehr zu wecken und ihn für die vielseitigen Aufgaben zu interessieren. Dies gelingt um so besser, als nicht nur das Einsatzgeschehen in Wort und Bild behandelt wird, sondern neben der geschichtlichen Entwicklung der Feuerwehr auch die technische Fortentwicklung und Ausrüstung beschrieben wird.



Handbuch Brandschutz

Birth/Lemke/Polthier
4. Auflage
1.-14. Ergänzungslieferung
Ecomed Verlagsgesellschaft mbH,
8910 Landsberg

Brandverhütung und Brandbekämpfung haben in unserer Industriegesellschaft einen hohen Stellenwert. Deshalb ist neben den bewährten und auf umfangreichen Erfahrungen beruhenden Kenntnissen neues und vertiefendes Wissen um die Bekämpfung der Gefahren notwendig. Diesen Erfordernissen entsprechen Aufbau und Inhalt des jetzt in der 4. Auflage vorliegenden Handbuches.

Vor acht Jahren wurde mit der Darstellung der Grundlagen zum Brandschutz begonnen. In der jetzigen Form ermöglicht das Werk eine umfassende Wissensvermittlung zur Verhütung und Bekämpfung der Gefahren durch Brände und den damit verbundenen Aufgaben der Feuerwehren. Es ist auch ein Leitfaden für andere Fachkräfte in den Hilfsorganisationen. Die rechtlichen Grundlagen, wie Vorschriften und Richtlinien, sowie die gesamte fachbezogene Technik und Brandschutztechnologie werden in leicht verständlicher Form für die Zielgruppen aufbereitet. Für Führungskräfte kann das Handbuch deshalb eine schnelle Orientierungshilfe sein.

Auto-Album 40 Jahre Unimog

Verlag Fiedler, 6454 Bruchköbel
1948 wurde der erste Unimog („Universal-Motorgerät“) der Öffentlichkeit vorge-

stellt und ein Ende der Produktion ist auch heute noch nicht abzusehen. Der vorliegende Bildband gibt einen detaillierten Überblick über die technische Entwicklung dieses Fahrzeugtyps in den vergangenen vierzig Jahren. Dabei erfährt der Leser, wie aus dem einstigen Motorgerät im Verlauf der Jahrzehnte schließlich ein komplettes System, eine Unimog-Familie, entsteht.

Auf weit mehr als 500 meist farbigen Fotos wird der bis heute über 260.000 mal gebaute Fahrzeugtyp in all seinen Varianten vorgestellt. Eingeleitet von einem geschichtlichen Rückblick gliedert sich die Darstellung der Fahrzeuge in 13 Abschnitte, angefangen von der Landwirtschaft über Feuerwehr und Hilfsorganisationen bis zu den „Exoten“. Ein ausführliches Kapitel mit Angaben über Baureihen, Baumuster und Sondertypen sowie technische Daten von Motoren und Fahrgestellen rundet das Bild ab.

Aufgrund seiner Fülle von Informationen ist der Band nicht nur für „Unimog-Fans“ interessant, sondern führt auch den technisch Interessierten näher an das Thema heran. Für den Sammler und Modellbauer stellt der Band darüber hinaus eine wahre Ideen-Fundgrube dar.

Ergänzungslieferungen zu Sammelwerken

Merk/Dusch/Beßlich
Zivilschutz und Zivilverteidigung
Handbücherei für die Praxis
40. – 43. Ergänzung März–Juni 1989
Verlag W. Jüngling, 8047 Karlsfeld

Die vier Ergänzungen enthalten neben kleineren Fortschreibungen und Aktualisierungen die Rahmenrichtlinien zur Gesamtverteidigung vom Januar 1989. Der bisherige Teil D Erweiterter Katastrophenschutz mit Selbstschutz wurde in einen neuen Teil D Erweiterter Katastrophenschutz (Verteidigungsteil) und einen neuen Teil J Katastrophenschutz und Katastrophenhilfe im Frieden aufgeteilt. Der Selbstschutz soll nach Verabschiedung des KatS-Ergänzungsgesetzes in den Teil E übertragen werden, dessen 1. Auflage von 1965 ihm bereits gegolten hatte.

Der neue Teil J enthält die völkerrechtlichen Katastrophenhilfeabkommen der Bundesrepublik Deutschland mit ihren Anrainerstaaen, die Landeskatastrophenschutzgesetze, die Mitwirkung der Hilfsorganisationen im Katastrophenschutz und die entsprechenden Verwaltungsvorschriften.

Wolfgang Jendsch

Das Minimagazin

Das Vorbild

Der Gerätekraftwagen (GKW) ist dem Bergungsdienst des Katastrophenschutzes zugeordnet und wird der Gerätegruppe des Bergungszuges angegliedert. Die Aufgabe des Bergungsdienstes im Katastrophenschutz übernimmt in der Regel das Technische Hilfswerk (THW), in wenigen Fällen sind Bergungszüge auch im Bereich der Feuerwehr zu finden.

Der Gerätewagen enthält einen Großteil der BZ-Fachausstattung; da jeder 2. Bergungszug zusätzlich mit einem Schlauchboot ausgerüstet wird, finden wir GKW auch mit dieser Zusatzbeladung.

Die Fahrzeuge sind, soweit sie dem THW angehören, in blau (RAL 5002) lackiert, Stoßstangen, Radkappen und Kotflügel sind schwarz (in Einzelfällen in Bayern auch weiß!). Teilweise sind die Fahrzeuge an den Seiten mit orange oder silbernen Streifen versehen. Ausgeliefert wurden bisher GKW auf Mercedes-Benz LA 1113 und auf Magirus 170 D 11.

Das Modell

Unter der Bestellnummer 1192 bietet die Firma Preiser ein Modell des THW-Gerätekraftwagen 72 auf MB 1113 B an. Das Modell ist von hervorragender Qualität, gut detailliert und vorbildgetreu. Dennoch gibt es zahlreiche Möglichkeiten der Modellverbesserung bzw. der weiteren Detaillierung. Das hier in diesem Zusammenhang gezeigte Vorbild steht beim THW-Ortsverband Otterdingen, Ldkrs. Tübingen, im Einsatz. Das Modell wurde diesem Vorbild entsprechend gebaut.

Zum Modellbau: Zunächst empfiehlt es sich, die Einzelteile des Preiser-Modells zu grundieren (Mattfarbe weiß oder blau) bzw. zu lackieren. Dann erhalten das Fahrerhaus und der Aufbau die THW-Organisationsfarbe blau (RAL 5002), die Geräteraum-Rolläden und die Dachfläche die Farbe alu sowie Stoßstangen, Radkappen und Kotflügel die Farbe schwarz. Geeignet sind hier verschiedene Modellfarben (z. B. Humbrol, Revell, u. a.), für die Blaulackierung empfehle ich „Humbrol Authentic-Co-

Die Einsatzfahrzeuge des Katastrophenschutzes

Vom Vorbild zum Modell

Gerätekraftwagen (GKW) des Technischen Hilfswerkes



lor RAL 5002". Folgende Farbdetaillierungen sind zu beachten: Fensterrahmen, Dach-Zierleisten, Kühlergrill-Rand und Mercedes-Stern sind silbern abzusetzen, ebenso die Aufbau-Verschlüsse. Die Scheibenwischer und die Türgriffe des Fahrzeugs werden schwarz-matt lackiert, die Trittstufen am Fahrerhaus sind alufarben.

Am Fahrzeugmodell werden nun – nach dem Zusammenbau (und hier zählt sich eine lange Trockenzeit mit Sicherheit aus!) – einige Teile ergänzt, die nicht im Preiser-Bausatz zu finden sind: die Zusatzscheinwerfer unter der Stoßstange, (hier sind Rückspiegelblätter aus anderen Preiser-Bausätzen geeignet; zudem gibt es entsprechendes Material der Firma Roco), Peilstangen rechts und links der Motorklappe (aus Roco-Material), die Rotzler-Seilwinde an der Fahrzeugfront (aus dem Preiser-Bausatz 1172, ergänzt durch ein dünnes „Windenkabel“) und die Stromversorgungskabel für den Arbeitsscheinwerfer (dünnes Garn oder sehr dünner Metalldraht). Dem hier gezeigten Vorbildfahrzeug entsprechend wird zudem ein Schlauchboot auf das Geräteraum-Dach gesetzt, nach oben mit einer dünnen Folie abgedeckt und mittels dünnem Garn „verzurr“. Das Schlauchboot stammt aus der Preiser-Packung Nr. 1193.

Nach Anbringen dieser Zusatztteile sowie der dem Bausatz beigefügten Rückspiegel und dem Arbeitsstellenscheinwerfer geht es an die weitere farbliche Detaillierung: die „Glas“-Scheiben der Rückspiegel, des Scheinwerfers und der Zusatzlampen werden silbern abgesetzt, Peilstäbe und Kabel matt-schwarz (Peilstäbe mit matt-weißem Kopf), ebenso die Griffe

der Rolläden. Die Fahrzeug blinker erhalten eine orange Färbung, die Rückleuchten und -strahler eine rote.

Nunmehr fehlt die Beschriftung des Modells: das THW-Emblem mit dem Zusatz „Technisches Hilfswerk, Ortsverband...“ sowie der THW-Schriftzug für die Fahrzeugfront liegen dem Bausatz bei. Unserem Vorbild entsprechend kommen die orangefarbenen Seitenstrahler am Fahrerhaus und am Aufbau dazu (sie können aus den Seitenstreifen des Preiser-Abziehbild-Satzes geschnitten werden!) sowie die Kfz-Kennzeichen aus den diversen Beschriftungssätzen von Herpa, Preiser oder Roco.

Damit dürfte das Modell fertig sein und als „kleines Schmuckstück“ seinen Platz in der Vitrine einnehmen.

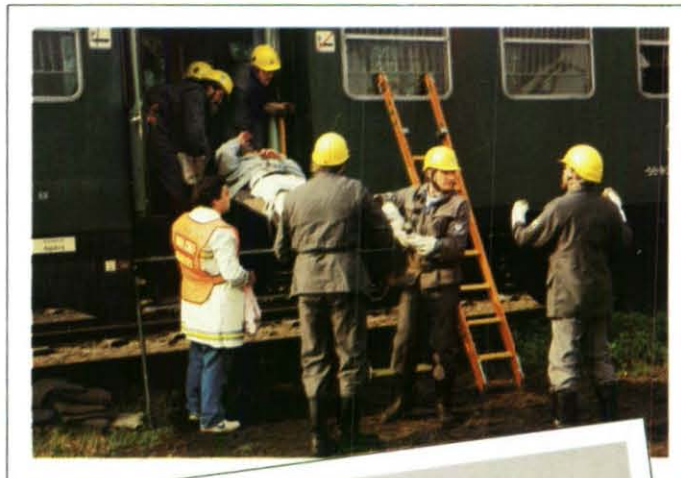
Es bleibt nachzutragen, daß – anderen Vorbildern entsprechend – das Fahrzeug in der Regel ohne Schlauchboot ausgerüstet ist und daß es Variationen hinsichtlich der Blaulichtanordnung, der optischen Gestaltung mittels Seitenstreifen und der Dachbeschriftung gibt.

Für THW-Verbände, Fahrzeug- und Modellfreunde ist es mit Hilfe des Preiser-Bausatzes und unter Hinzuziehung anderer Modelle nunmehr möglich, einen kompletten Bergungszug des THW im Maßstab 1:87/HO nachzubauen (ZTrKw, Krad, MKW, MZB, Kipper, Lkw, Kombi, Bergungsräumgerät).

Unsere Fotos zeigen das Vorbildfahrzeug aus Otterdingen (oben), das entsprechende Modell zusammen mit einer Fahrzeug-Variante (links) und, eingebaut in ein Diorama, einen Teil des THW-Bergungszuges im Maßstab 1:87 (rechts).



Eurokat – eine Premiere



Eurokat – das steht für die erste grenzübergreifende Katastrophenschutz-Übung in Europa. 481 Helfer und 87 Fahrzeuge waren auf dem Bahnhof der belgischen Ortschaft Montzen daran beteiligt. Es galt, 180 Verletzte aus einem verunglückten Zug zu retten, während wenige Meter weiter acht Waggons mit Ammoniumnitrat brannten – angesichts der Sprachprobleme zwischen den Helfern aus Belgien, den Niederlanden und der Bundesrepublik Deutschland keine leichte Aufgabe. Pluspunkte bei den Schiedsrichtern verbuchte bei der Auswertung vor allem die ABC-Einheit, der es gelang, 110 Vollschutzanzüge zu dekontaminieren und so den Einsatz der geschützten Atemschutzgeräteträger zu gewährleisten.

Besonders bei der Bergung arbeiteten die Helfer mit ihren Kollegen von jenseits der Grenzen eng zusammen. Die Übung diente dazu, die bilateralen Abkommen über die gegenseitige Hilfeleistung bei Katastrophen oder schweren Unglücksfällen in der Praxis zu erproben. Dabei zeigte sich deutlich, wo in der Zukunft Verbesserungsmöglichkeiten liegen. Der Leiter der belgischen Einsatzkräfte brachte das auf einen kurzen Nenner: „Ich habe viele schöne Fehler gesehen!“ Lesen Sie dazu auch den großen Bericht im Innenteil.

